

133. Bergedorfer Gesprächskreis

Reformen im Mittleren Osten

Was können Europa und die USA beitragen?

17.–19. März 2006, Washington D.C.





LAW

LEX

INHALT

Fotodokumentation	1
Teilnehmer	20
Zusammenfassung	21

Protokoll

Begrüßung	23
I. Europäische und US-amerikanische Ansätze	24
1. Definitionen des Mittleren Ostens	24
2. USA und EU: Stärken, Schwächen, Gemeinsamkeiten	25
3. Der Mittlere Osten nach der Irak-Invasion	39
4. Guantanamo und Abu Ghraib	45
II. Regionale Perspektiven	48
1. Der westliche Umgang mit Autokraten	48
2. Wahrnehmungen und Vorurteile	52
3. Der arabisch-israelische Konflikt	57
4. Gründe für Radikalismus	59
5. Kann der Mittlere Osten demokratisch werden?	61
III. Was ist zu tun?	77
1. Der arabisch-israelische Konflikt	78
2. Iran	83
3. Instrumente und Partner für Reformen	91
4. Irak	100
5. Transatlantische Zusammenarbeit	102
6. Türkei und Libanon – Modelle für die Region?	106
Anhang	
Teilnehmer	114
Literaturhinweise	122
Glossar	124
Register	135
Bisherige Gesprächskreise	139
Die Körber-Stiftung	151
Impressum	152

INITIATOR

Dr. Kurt A. Körber

DISKUSSIONSLEITER

Dr. Theo Sommer

Editor-at-Large, DIE ZEIT, Hamburg

REFERENTEN

Professor Dr. Sadeq Al-Azm

Gastprofessor, Universität Princeton

Dr. Khalil A. Al-Khalil

Mitglied, Ausschuss für Sicherheit, Shura-Rat, Riad

Hisham Kassem

stellv. Vorsitzender, El-Masry El-Youm, Kairo

Professor Dr. Elaheh Koolaee

Professor, Fakultät Rechts- und Politikwissenschaft, Universität Teheran

Professor Dr. Ernest May

Professor, John F. Kennedy School of Government, Harvard Universität, Cambridge

Ghassan Moukheiber

Mitglied, Finanzausschuss, Libanesisches Parlament, Beirut

Dr. Friedbert Pflüger, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin

Ruprecht Polenz, MdB

Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Deutscher Bundestag, Berlin

Kurt Volker

Principal Deputy Assistant Secretary for European and Eurasian Affairs, U.S. Department of State, Washington D. C.

TEILNEHMER

Professor Dr. Ebtisam Al-Kitbi

Professor, Fachbereich Politikwissenschaften, Universität der Vereinigten Arabischen Emirate, Al Ain

The Hon. Howard L. Berman

Kongressabgeordneter, Repräsentantenhaus, Washington D. C.

VLR I Dirk Brengelmann

Leiter des Referats 211, Sicherheits- und Abrüstungspolitik, USA, Kanada, Nord-, West- und Südeuropa sowie Türkei, Bundeskanzleramt, Berlin

Dr. Patrick O. Cohrs

Fellow, Belfer Center for Science and International Affairs, John F. Kennedy School of Government, Harvard Universität, Cambridge

Dr. Haleh Esfandiari

Director, Middle East Program, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington D. C.

Joschka Fischer, MdB

Bundesminister des Auswärtigen a. D., Deutscher Bundestag, Berlin

MDg Dr. Horst Freitag

Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik und Maghreb, Auswärtiges Amt, Berlin

Dr. Werner Hoyer, MdB

Staatsminister a. D., stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion, Deutscher Bundestag, Berlin

Dr. Saad Eddin Ibrahim

Vorsitzender des Vorstands, Ibn Khaldun Center for Development Studies, Kairo

Dr. Mohamed M. Kamal

Mitglied, Ausschuss für Bildung und Jugend, Shura-Rat, Kairo

Professor Dr. Gilles Kepel

Nahost-Experte, Institut d'Etudes Politiques, Paris

Hans-Ulrich Klose, MdB

stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Deutscher Bundestag, Berlin

Dr. Marina S. Ottaway

Senior Associate, Carnegie Endowment for International Peace, Washington D. C.

Dr. Thomas Paulsen

Projektleiter, Bergedorfer Gesprächskreis, Körber-Stiftung, Berlin

Professor Dr. James Piscatori

Fellow, Wadham College und Oxford Centre for Islamic Studies, Universität Oxford

Botschafter Janusz Reiter

Botschaft der Republik Polen, Washington D. C.

Botschafter Eric Rouleau

Publizist, Paris

Botschafter Dr. Klaus Scharioth

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Washington D. C.

Dr. Peter W. Singer

Direktor, Project on U.S. Policy Towards the Islamic World, The Brookings Institution, Washington D. C.

Professor Dr. William R. Smyser

Professor, Georgetown University, Washington D. C.

Dr. Klaus Wehmeier

stellv. Vorsitzender des Vorstands, Körber-Stiftung, Hamburg

Dr. Richard von Weizsäcker

Bundespräsident a. D., Berlin

Professor Dr. Samuel F. Wells Jr.

Associate Director, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington D. C.

Christian Wriedt

Vorsitzender des Vorstands, Körber-Stiftung, Hamburg

Dr. Gottfried Zeitz

Büro von Bundespräsident a. D.

Dr. Richard von Weizsäcker, Berlin

ZUSAMMENFASSUNG

Welchen Beitrag können Europa und die USA zur Stabilisierung und Modernisierung des Mittleren Ostens leisten?

Beim 133. Bergedorfer Gesprächskreis ging es zum einen um die grundsätzliche Analyse der **Stärken und Schwächen der USA und der EU** (S. 24–39). Das robuste, oft auf kurzfristige Resultate zielende Vorgehen der USA steht nach Meinung vieler im Gegensatz zu langfristig orientierten, oft als zu wenig durchschlagskräftig kritisierten Strategien der Europäischen Union. Stimmt diese Beurteilung, und wie können beide Ansätze sich ergänzen?

Bei der Diskussion gegenseitiger **Wahrnehmungen und Vorurteile** (S. 52–57) spielte vor allem der Vorwurf eine wichtige Rolle, der Westen messe die Autokraten der Region abhängig von seinen realpolitischen Interessen mit **zweierlei Maß** (S. 48–52).

Im Zusammenhang mit **historischen und kulturellen Hindernissen für die Demokratisierung** (S. 61–68) des Mittleren Ostens forderten einige Vertreter der Region Geduld und Respekt für regionale Eigenheiten, während andere erklärten, der Verweis auf kulturelle Besonderheiten sei nur eine Ausrede der herrschenden Autokraten, um Reformen ad infinitum zu verschieben. Es gebe eine demokratische Tradition in vielen Ländern der islamischen Welt, und das Potential für die Unterstützung demokratischer Werte sei ebenso groß wie anderswo. Kann **Demokratisierung von außen** funktionieren (S. 68–71)? Während einige Vertreter der Region erklärten, offene Unterstützung durch westliche Akteure unterminiere die Glaubwürdigkeit demokratischer Opposition, sahen andere in äußerem Druck den einzigen Weg zu beschleunigten Reformen. Bei der Frage nach **Instrumenten der Demokratisierung** ging es um die Rolle von Medien (S. 73–75), aber auch um die Bedeutung von Wahlen einerseits und des Aufbaus funktionierender politischer und rechtsstaatlicher Systeme andererseits (S. 71–73).

Vor allem aber standen konkrete Herausforderungen und politische Ansätze zu deren Bewältigung im Vordergrund. Hat der **Irak-Krieg** als »kontrolliertes Erdbeben« eine positive Dynamik in der politischen Landschaft der Region ausgelöst oder sind unkalkulierbare Sicherheitsgefahren sein Hauptergebnis (S. 39–44); und wie können die transatlantischen Partner verhindern, dass die Situation außer Kontrolle gerät (S. 99–104)? Welche Rolle spielen **Guantanamo und Abu Ghraib** für die Wahrnehmung des Westens in der islamischen Welt, und welchen Kurs sollten die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht einschlagen (S. 45–47)? Wie nehmen Menschen in der Region den **arabisch-israelischen Konflikt** wahr (S. 57–58) und wie kann der Westen zur Lösung des Konflikts beitragen (S. 78–82)? Welche

Strategie sollten die transatlantischen Partner im **Nuklearkonflikt mit dem Iran** verfolgen – was können die EU-3 erreichen, und welche Folgen hätten direkte Verhandlungen der USA mit dem Iran (S. 83–89)? Wie kann der Westen **Instrumente wie Massenmedien, finanzielle Unterstützung und Konditionalität** wirkungsvoll nutzen (S. 91–93), und auf welche **lokalen Traditionen** lässt sich aufbauen (S. 94–97)? Kann die **Türkei als Modell für die Etablierung säkularer Demokratien in der Region** dienen (S. 106–110) oder liegt die Zukunft vielmehr im **Dialog mit Islamisten** (S. 97–99), deren Macht stetig zuzunehmen scheint? Säkular orientierte Reformer wiesen darauf hin, nur die herrschenden repressiven Bedingungen seien für den Erfolg islamistischer Politiker verantwortlich – der Westen müsse darum auf die Etablierung demokratischer Strukturen dringen.

PROTOKOLL

Begrüßung



Herzlich willkommen in Dumbarton House, einem hervorragenden Beispiel der Architektur aus der Zeit der *Federalists*, der prägenden Gründungsjahre der amerikanischen Demokratie. In dieser passenden Umgebung werden wir über eine akute Herausforderung der Demokratie diskutieren: die Demokratisierung und Modernisierung des Mittleren Ostens. Teilnehmer aus der Region, den USA und den EU-Mitgliedstaaten werden analysieren, welchen Beitrag Europa und Amerika leisten können. Die transatlantischen Partner haben zunehmend konträre Vorstellungen davon, welche Strategie am erfolgversprechendsten ist – eine Kontroverse, die sich seit der Irak-Invasion der USA verschärft hat und uns sicher noch einige Jahre beschäftigen wird. Theo Sommer, Editor-at-Large, »DIE ZEIT«, moderiert unsere Diskussion.

von Weizsäcker

Der Nahe Osten, seit langem einer der gefährlichsten Konfliktherde der Welt, ist in den letzten Jahren noch instabiler und unsicherer geworden. Die Region brodeln: Irans Nuklearambitionen versetzen die Welt in Schrecken, der Irak taumelt zwischen Stabilisierung und Bürgerkrieg, der arabisch-israelische Konflikt ist weiterhin ungelöst, und eine wirkliche Befriedung Afghanistans ist nicht in Sicht. Wir können uns wohl darauf einigen, dass ein langwieriger, schmerzhafter Transformationsprozess vor uns liegt, aber damit ist noch nicht geklärt, was die EU und die USA zu diesem Prozess beitragen sollten.

Sommer

Das Protokoll enthält eine autorisierte überarbeitete Version der mündlichen Beiträge.

I. Europäische und US-amerikanische Ansätze

1. Definitionen des Mittleren Ostens

Sommer Bevor wir uns spezifischen Problemen zuwenden, sollten wir die Terminologie klären. In meiner Einleitung sprach ich von Afghanistan als Teil des Mittleren Ostens. Nach traditionellem Verständnis gehört das Land nicht zum Mittleren Osten, es ist aber Teil des sogenannten »Weiteren Mittleren Ostens«, des »Broader Middle East« entsprechend der Definition, die George W. Bush beim G8-Gipfel 2004 in seinem Vorschlag einer neuen Strategie des Westens für die Region eingeführt hat. Wenn wir vom Mittleren Osten sprechen, werden einige von uns diese Definition gebrauchen, während andere unterschiedliche geografische Grenzen im Kopf haben.

Moukheiber
Unsere Definitionen bestimmen unsere Politik
Unsere Definitionen bestimmen unsere Politik

Unsere Definition der Region bestimmt auch unsere Politik. Geht es um den Libanon, Syrien, Ägypten oder den Irak? Länder, die nicht zusammengehören, zusammenzufassen, beeinflusst unsere Analyse: Der Libanon hat eine freie Presse, aber das hat den Mob nicht davon abgehalten, die dänische Botschaft in Beirut anzuzünden. Eine freie Presse unterstützt also nicht automatisch liberale, westliche Ansichten. Ungeachtet aller westlichen Neigung zur Vereinfachung: Man muss seinen Bezugspunkt präzise nennen, wenn man ein Problem identifizieren will.

Klose
Sachgerechte Analyse erfordert Präzision

Der »Weitere Mittlere Osten« mag eine brauchbare Überschrift sein, aber eine sachgerechte Analyse erfordert mehr Präzision. Der Jemen kann nicht mit Jordanien gleichgesetzt werden, der Libanon nicht mit Saudi-Arabien, Syrien mit Oman oder Ägypten mit Libyen. Der Jemen ist weit von Demokratie entfernt, der Libanon kann möglicherweise bald demokratisch werden, und Syrien ist den osteuropäischen Volksdemokratien vor 1989 ähnlicher als irgendeinem Regime in der arabischen Welt.

Moukheiber

Die islamische Welt ist nicht das Gleiche wie der Mittlere Osten. Nicht alle Gesellschaften in der Region sind monolithisch islamisch und folgen einer traditionellen Interpretation des Koran. Vage Definitionen richten auch politischen Schaden an. Das erste »Forum for the Future« 2004 in Rabat brachte Vertreter der Zivilgesellschaften der BMENA-Länder zusammen, einschließlich Iran und Türkei. Weil die Iraner und Türken aber kein Arabisch sprachen und die Araber keine Drittsprache wie Englisch sprechen wollten, wurden von Anfang an Übersetzer gebraucht. Als arabische Teilnehmer fragten, warum Türken und Iraner dabei waren, war die

Die Islamische Welt ist nicht der Mittlere Osten.

Moukheiber



Antwort: weil die Amerikaner sie bei BMENA dabei haben wollen. Wie können die USA hoffen, Interaktion zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren einer Region zu fördern, wenn sie künstlich Länder einbeziehen, deren Bürger eine Übersetzung brauchen, bevor sie sich mit der Mehrheit verständigen können?

Ich stimme zu, jedes Land Mittleren Osten braucht einen maßgeschneiderten Ansatz.

Begriffe wie »Mittlerer Osten«, »Weiterer Mittlerer Osten«, »arabische Welt«, »islamische Welt« oder »die Region« sind natürlich an den Rändern unscharf. Aus pragmatischen Gründen müssen wir aber hoffen, dass wir eine allgemeine Arbeitsdefinition für diese Kategorien teilen. Wenn zum Beispiel etwas für die arabische, nicht aber für die islamische Welt gilt, müssen wir das eben ausdrücklich sagen.

Die Entscheidung der G8, den »Weiteren Mittleren Osten« statt den »Mittleren Osten« in den Blick zu nehmen, war natürlich politisch. Aber strenge Grenzen zu ziehen ist in diesem Fall ohnehin falsch, da zum Beispiel die Situationen im Iran und im Irak eng miteinander verbunden sind. Wenn man politische Programme entwickelt, muss man die Definition des Mittleren Ostens aus praktischen Gründen etwas erweitern.

Die jeweiligen geografischen Definitionen der US- und EU-Initiativen sind Teil des Wettbewerbs um die Märkte der Region. Die Begriffswahl beeinflusst direkt die politische Agenda und die Verteilung der Mittel.

2. USA und EU: Stärken, Schwächen, Gemeinsamkeiten

Betrachten wir nun, welche Strategien die transatlantischen Partner bisher zur Förderung von Reformen in der Region gewählt haben. Worin unterscheiden sich die Ansätze, wo decken sie sich, inwiefern widersprechen oder ergänzen sie sich? Ernest May, Charles-Warren-Professor für amerikanische Geschichte an der Kennedy School of Government der Harvard-Universität, vergleicht die Agenda der aktuellen Regierung mit den Traditionen amerikanischer Außenpolitik. Danach diskutiert Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, das Thema aus bewusst politischer Warte.

Polenz

Al-Azm

Die geographischen Definitionen sind unscharf...

Ottaway

...aber strenge Grenzen zu ziehen wäre im Mittleren Osten ohnehin falsch

Moukheiber

Sommer

Auch frühere amerikanische Politiker empfanden die Demokratie als »Krankheit«.

May



May
Wie neu ist die Politik der Bush-Regierung und was ist ihre Halbwertszeit?

Der Einsatz der Bush-Regierung für Demokratie im Mittleren Osten wirft für den Historiker zwei Fragen auf. Erstens: Wie neu ist diese Politik? Zweitens: Was ist ihre Halbwertszeit? Wird eine »demokratische Welt« ein dauerhaftes US-Ziel werden, vergleichbar mit der Politik der *Open Door* oder des *Containment*? Oder bleibt sie so flüchtig wie Woodrow Wilsons »Make the world safe for democracy« oder Jimmy Carters Betonung der Menschenrechte?

Was die Neuheit der Politik angeht, so hängt die Antwort zum Teil davon ab, was die US-Prioritäten sind. Bushs Politik zielt auf: (1) Frieden und Ordnung in der Region; (2) Sicherung der Ölversorgung; (3) die interne Liberalisierung mit freien Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung der Frau und größerer ethnischer und religiöser Toleranz; (4) die Verbesserung der Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für die Jugend; und (5) Bekämpfung des Terrorismus.

Amerikaner hielten den Mittleren Osten schon immer für rückständig

Einige dieser Prioritäten sind seit langem Ziel der Amerikaner, wenn auch nicht notwendig der US-Regierung. Im Allgemeinen sahen die Amerikaner die Muslime des Mittleren Osten schon immer als rückständig an. Immerhin kam und ging die Blütezeit des Islam einige Jahrhunderte vor der Entstehung der USA. Während großer Teile des 19. Jahrhunderts waren amerikanische Missionare im Osmanischen Reich aktiver als in China. Die American University in Kairo zeugt noch heute davon.

Als das Öl immer wichtiger für die Weltwirtschaft wurde, wurden einzelne Amerikaner oder amerikanische Firmen Berater von Machthabern im Mittleren Osten. Mit der Zeit übernahm die US-Regierung diese Rolle. Während des Kalten Krieges versuchte man mit ehrgeizigen wirtschaftlichen und militärischen Hilfsprojekten zu verhindern, dass die Sowjetunion Verbündete in der Region findet. Man denke nur an die militärische Aufrüstung des Iran unter dem letzten Schah, zu der die USA einen wesentlichen Beitrag leisteten.

Demokratisierung ist ein altes Ziel amerikanischer Politik

Das scheinbar Neue an der Herangehensweise der Bush-Regierung ist die Betonung von Demokratisierung als Hauptinstrument zur Erreichung amerikanischer Ziele. Das mag für den Mittleren Osten neu sein, ist aber kaum neu an und für sich. Die Amerikaner haben schon immer andere gedrängt, ihrem politischen Beispiel zu folgen. Anfangs empfahlen sie jedoch nicht Demokratie. 1804 bezeichnete Alexander Hamilton Demokratie als »Krankheit«, an der die Vereinigten Staaten zugrunde gehen könnten. Es dauerte noch bis in die 1830er-Jahre, bis die Amerikaner sich daran gewöhnt hatten, dass ein ausländischer Beobachter wie Alexis de Tocqueville ihr Land »demokratisch« nannte.

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts wollte man vor allem Beispiele setzen. Im durch den Krieg mit Spanien 1898 gewonnenen Gebiet führten die USA Institu-

tionen nach US-amerikanischem Muster ein. Wilson versuchte, Mexiko und Teile der Karibik nach dem US-Vorbild zu formen. Sein Londoner Botschafter erklärte Wilsons Ziele in Mexiko gegenüber dem britischen Außenminister so: »Lass sie wählen und gemäß ihrer Entscheidung leben.« Auf die Frage »Und wenn sie nicht wollen?« antwortete er: »Dann gehen wir dorthin und zwingen sie, noch mal zu wählen.« »200 Jahre lang?« »Ja. Die USA gibt es auch in zwei Jahrhunderten noch, und sie können für diese kurze Zeitspanne durchaus Menschen erschießen, bis die Leute dort zu wählen und sich selbst zu regieren lernen.«

Die Ablehnung der Wilsonschen Friedensverträge durch den Senat schien Wilsons gesamtes Programm zurückzuweisen, sein Streben nach Demokratisierung ebenso wie das nach kollektiver Sicherheit. Die nächsten Präsidenten hüteten sich darum davor, die Menschen in Lateinamerika zu Wahlen und zur Anerkennung der Wahlergebnisse zu zwingen. Franklin Roosevelt, wenngleich Wilson-Protegé, soll von einem karibischen Diktator gesagt haben, er sei zwar ein »Mistkerl, aber *unser* Mistkerl«.

Während des Zweiten Weltkriegs agierte Roosevelt als vorsichtiger Wilsonianer. Er bestand darauf, alle Völker sollten »das Recht haben, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen«. Er schloss nicht aus, dass Menschen nicht-demokratische Regierungsformen wählen könnten, wie etwa die des damaligen US-Verbündeten, der kommunistischen Sowjetunion. Während des Kalten Krieges pries die amerikanische Führung zwar die Demokratie, machte aber wenig Aufhebens um Tyrannen, solange diese *ihre* Mistkerle waren.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion rang die amerikanische Führung um eine Definition der nationalen Mission. Einmal verblüffte Bill Clintons Sicherheitsberater die Welt mit der Aussage, das zentrale Ziel der USA sei »Erweiterung«. Aber die Interventionen in Haiti und auf dem Balkan zeigten, dass Amerika Demokratie und gleichzeitig Stabilität und Ordnung zu befördern versuchte. Bei der Aushandlung des Nahost-Friedensprozesses drängten die US-Vertreter die Palästinenser zur Öffnung des politischen Prozesses.

In der Zwischenzeit kam bei amerikanischen Politikwissenschaftlern eine Mode ganz nach der Maxime von Keynes auf, Politiker übernahmen oft die Ideen »akademischer Schreiberlinge vom Vorjahr«: Man vertrat das neu-kantianische Argument, demokratische Regime seien grundsätzlich friedlicher, zumindest untereinander. Gleichzeitig begannen Ökonomen, die bisher Demokratie als Produkt der Modernisierung gesehen hatten, zu argumentieren, es sei möglicherweise genau andersherum.

Roosevelt akzeptierte diktatorische »Mistkerle«, wenn sie »unsere Mistkerle« waren

Die heutige Regierung hängt der Theorie an...

...Demokratisierung führe
zu Modernisierung

Die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 brachten Leute in Entscheidungspositionen, die stark von diesen Schreiberlingen beeinflusst waren. Einige standen auch dem Likud nahe und wollten im Mittleren Osten die muslimischen Regime mit einem Israel versöhnen, das mehr oder weniger in den Grenzen des alten Judäa und Samaria lag. Die neukantianische Formel weckte Hoffnungen. Die Anschläge des 11. September und der irreführende Konsens über Saddams Waffensprogramm wirkten als Katalysator: Durch einen Militärschlag wollte man den Irak zur ersten einer Reihe von Demokratien machen und so Stabilität und Modernisierung in den Mittleren Osten bringen.

Im Irak will Bush die
Demokratie einführen ...

Die Zukunft des Irak ist unsicher und problematisch. Darum bleibt es eine offene Frage, ob dieses Experiment ein Erfolg oder Misserfolg ist. Rhetorisch hat sich Präsident George W. Bush aber darauf festgelegt, Demokratisierung sei das Mittel, durch das die Welt und besonders der Mittlere Osten das erreichen würden, was sein Vater einmal vage als »neue Weltordnung« bezeichnet hatte.

Die zweite Frage betrifft die Halbwertszeit des US-Engagements für Demokratisierung. Die Schlagkraft und Lebenserwartung der US-Außenpolitik hing bisher ironischerweise vor allem von ihrer Verwurzelung im demokratischen System der USA ab. Die meisten ausländischen Beobachter – und auch viele Amerikaner – verstehen dieses System nicht. Sie vergessen, dass das amerikanische Volk eine Politik nicht nur durch die Präsidentschaftswahl unterstützt, sondern auch durch die Kommunikation mit einzelnen Mitgliedern des Senats und des Repräsentantenhauses.

In vielen Fällen stellte sich die Politik des Präsidenten als eine Nicht-Politik heraus, weil der Kongress ihr die Zustimmung verweigerte. Die berühmte Monroe-Doktrin blieb ein Dreivierteljahrhundert lang ohne Substanz. Erst nach dem Krieg gegen Spanien und Theodor Roosevelts Amtsantritt machte der Kongress sie zur politischen Realität. Dann hielt sie die europäischen Mächte wirklich davon ab, gegen die Staaten in der Karibik vorzugehen. Die Détente von Richard Nixon und Henry Kissinger bewegte sich auf noch dünnerem Eis. Der Kongress stellte von Anfang an klar, dass er unparteiische Waffenkontrolle gemäß dem SALT-Abkommen ebenso wenig unterstützen würde wie eine dauerhafte sowjetische Kontrolle von Osteuropa.

...doch weder der Kongress noch die Öffentlichkeit haben sich bisher seine aggressive Strategie wirklich zu eigen gemacht

Bis jetzt haben sich weder der Kongress noch die von ihm repräsentierte Öffentlichkeit die aggressive Förderung der Demokratie im Mittleren Osten zu eigen gemacht. Sollte sich der Irak zum Guten wandeln, könnte sich das ändern. Wenn der Irak aber nicht ruhiger und friedlicher wird, könnte im Kongress eine Ablehnung vergleichbar der gegenüber Wilson nach 1919 entstehen.

Aus Furcht vor Machtverlust scheuen die Eliten Reformen.

Polenz

Im Moment erscheint es als das Wahrscheinlichste, dass die Förderung von Demokratie auch weiterhin ein Teil der US-Nahostpolitik bleiben wird – aber nicht deren Kernstück. Die langfristige Wirksamkeit von George W. Bushs Initiative wird möglicherweise der von Jimmy Carters Menschenrechtsinitiative gleichen.

Worin unterscheiden sich US- und EU-Reformstrategien für den Mittleren Osten? Die gegenwärtige US-Regierung meint, Terrorismus entstehe aus einem Mangel an Freiheit und könne durch demokratische Entwicklung eingedämmt werden. Die eigene Sicherheit sichere man am besten durch die weltweite Förderung von Freiheit und Demokratie. Aus dieser Perspektive folgt der Weg vom 11. September zur Irak-Invasion einer bestechenden Logik. Aber der Glaubwürdigkeitsverlust der USA seit dem Krieg hat westlichen Bemühungen, Demokratie im Mittleren Osten zu fördern, schwer geschadet. Der Krieg und die folgenden Ereignisse – einschließlich der fotografisch dokumentierten unmenschlichen Behandlung irakischer Gefangener in Abu Ghraib – sind nicht nur ein moralisches Desaster für die USA, sondern wirken sich auch verheerend auf die US-Außenpolitik aus. Amr Hamzawys Studie »Zeitgenössisches politisches Denken in der arabischen Welt. Kontinuität und Wandel« kommt zu folgendem Schluss: Die US-Intervention im Irak verstärkt in der Region die Auffassung, die aktuelle US-Außenpolitik zielt darauf, den Kolonialstatus der islamischen Welt wiederherzustellen. Immer mehr Menschen im Mittleren Osten entwickeln Hass auf die USA, weil sie den Eindruck gewinnen, Freiheit, Demokratie und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte seien nur ein Vorwand für die USA, ihre Macht auszuweiten.

Die »Broader Middle East and North Africa Initiative« (BMENA) sollte Demokratisierung fördern, hat aber bisher keine Ergebnisse gezeitigt. Ein Grund dafür ist, dass weder die EU noch die G8 sich mit den USA auf eine gemeinsame Strategie einigen konnten. Was ist also die Strategie der EU?

Die EU setzt nicht auf Regimewandel durch Druck und Militäreinsatz, sondern auf individuelle Ansätze für verschiedene Länder und auf Dialog mit den bestehenden Regimen. Die EU verfolgt eine langfristige Strategie, die darauf beruht, dass Demokratisierung nur gelingen kann, wenn auch Wirtschaftswachstum und politische Partizipation entwickelt werden. Für einen nachhaltigen Wandel müssen die institutionellen Grundlagen von Demokratie – Transparenz, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit – gestärkt werden; Demokratie besteht nicht nur aus Wahlen.

Da die politischen Eliten vor Ort aus Furcht vor dem Verlust ihrer Macht wenig reformwillig sind, hat die EU Anreizstrukturen entwickelt. 1995 hat sie die Euro-



Polenz

Der Weg vom 11. September zur Irak-Invasion folgte aus Sicht der US-Regierung einer bestechenden Logik

BMENA zeigt bisher keine Ergebnisse

Anders als die USA kann sich Europa nicht
völlig aus dem Mittleren Osten zurückziehen.

Fischer



Mediterrane Partnerschaft (»Barcelona-Prozess«) initiiert, die durch interne Reformen und regionale Kooperation die politische, soziale und wirtschaftliche Modernisierung im Mittelmeerraum voranbringen soll. Um die notwendige Zustimmung der herrschenden Eliten in den Partnerländern zu erreichen, bietet die EU finanzielle Unterstützung und den schrittweisen Aufbau einer Freihandelszone.

Der zweite Kooperationsmechanismus der EU, die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), wurde 2004 eingeführt und richtet sich an die östlichen und südlichen EU-Nachbarn. Ihr Ziel ist es, die Sicherheit an Europas Grenzen dadurch zu verbessern, dass die Nachbarländer zu stabilen, modernen Gesellschaften werden. Die ENP nutzt die Erfahrungen aus dem Erweiterungsprozess. Sie setzt einige seiner Instrumente ein, um den Partnerländern bei der Modernisierung ihrer Volkswirtschaften und politischen Systeme gemäß individuellen Länderberichten und Aktionsplänen zu helfen. Eine Aussicht auf Mitgliedschaft ist damit nicht verbunden.

Der Barcelona-Prozess ist
bisher daran gescheitert ...

Trotz einzelner Erfolge müssen allerdings beide Projekte kritisch beurteilt werden. Eine Evaluierung des Barcelona-Prozesses im November 2005, zehn Jahre nach seinem Beginn, hat gezeigt, dass es nicht gelungen ist, eine breite Welle politischer Reformen in der Region anzustoßen oder dynamische Zivilgesellschaften zu entwickeln. Das Versagen wurde am deutlichsten, als sich die Teilnehmer der 10-Jahres-Konferenz im November 2005 nur in Form einer verwässerten Erklärung auf einen Verhaltenskodex zur Terrorismusbekämpfung einigen konnten, obwohl ein bemerkenswerter institutioneller Apparat die Konferenz vorbereitet hatte.

... dass die EU Sicherheit will und die
Partnerländer Wirtschaftshilfe wollen

Der Prozess ist erstens gescheitert, weil die Partnerländer die Abkommen unzureichend umgesetzt haben und auf Seiten der EU Fehler begangen wurden. Zweitens waren die Erwartungen der EU hauptsächlich auf Sicherheit gerichtet, während die Partnerländer vor allem ihre wirtschaftlichen Interessen verfolgt haben. Drittens mangelt es dem Barcelona-Prozess an klaren Prioritäten und an einer Abstimmung mit der ENP.

Sommer

Was unterscheidet das Vorgehen der EU und der USA im Mittleren Osten, Herr Fischer?

Fischer

Die Sicherheit des Mittleren Ostens
ist Teil der europäischen Sicherheit

Sowohl die USA als auch die EU haben strategische Interessen in der Region, aber Europa ist als geopolitischer Nachbar unauflöslich mit dem Mittleren Osten verbunden. Europa kann sich darum nie völlig zurückziehen, und enge kulturelle und historische Verbindungen verstärken diese Beziehung. Die Sicherheit im Mittleren Osten ist integraler Bestandteil der europäischen Sicherheit, ob wir es

Die Amerikaner werden Israel nicht sich selbst überlassen.



Smyser

wollen oder nicht. Europa ist nicht nur an Demokratisierung interessiert, sondern auch etwa an Verbesserungen im Bereich von Minderheitenrechten und Migrationsproblemen. Ob das Mittelmeer im 21. Jahrhundert ein Meer der Kooperation oder der Konfrontation wird, ist für die EU wie auch für die Länder des Mittleren Ostens gleichermaßen entscheidend. Dass geeignete Institutionen fehlen, die sich um unsere gemeinsamen Interessen kümmern, ist ein anderes Thema.

Die USA haben keinen so zwingenden Grund, Stabilität und Prosperität im Mittleren Osten zu sichern. Die Region ist zwar auch ungeheuer wichtig für die amerikanische Sicherheit, aber der Atlantik macht doch einen Unterschied.

Trotz ihrer geografischen Lage können sich die USA nicht so einfach aus dem Mittleren Osten zurückziehen: Sie werden Israel niemals sich selbst überlassen.

Natürlich sind die USA durch Israel und viele andere strategische Faktoren an die Region gebunden. Aber Europa ist durch seine geografische Lage etwa von Immigration oder vom Schicksal der Türkei direkt betroffen, während die USA von zwei Ozeanen umgeben sind und als Nachbarn nur Kanada und Mittelamerika haben.

Die unterschiedlichen Haltungen Europas und Amerikas schlugen sich auch in ihren Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September nieder. 2001 kamen beide gleichermaßen zu dem Schluss, dass der Status quo in der Region nicht mehr akzeptabel sei. Eine neue Strategie war notwendig, und Amerikas europäische Verbündete haben ausnahmslos den NATO-Angriff gegen Al-Qaida und die Taliban in Afghanistan unterstützt. Die Invasion in den Irak war etwas ganz anderes. Die USA haben sich für eine riskante Strategie entschieden: Sie unternahmen den Versuch, die Region in einen amerikanischen Mittleren Osten umzugestalten, der auf Demokratisierung, Marktwirtschaft und Modernisierung aufgebaut ist. Sie waren weniger pessimistisch als die Europäer, dass sie scheitern und durch das entstehende Vakuum eine globale Bedrohung schaffen könnten.

Die US-Regierung war damals überzeugt, dass die empfundene Bedrohung durch den Irak und Saddams Weigerung, mit dem UN-Sicherheitsrat zu kooperieren, eine Invasion rechtfertigten. Im Nachhinein wissen wir mehr, und es mag gute Gründe geben, intensiv über eine Neubewertung nachzudenken. Aber ich schlage vor, unsere Aufmerksamkeit lieber zukünftigen Herausforderungen zuzuwenden.

Die USA brauchen Stabilität im Mittleren Osten weniger dringend als die EU

Smyser

Fischer

Im Irak entschieden sich die Amerikaner für eine riskante Strategie

Volker

Statt über die Fehler der Irak-Invasion zu diskutieren, sollten wir uns künftigen Herausforderungen zuwenden

Amerikas werte- und interessen geleitete
Außenpolitik ist ein Geschenk.

Fischer



Fischer
Modernisierung kann
schmerzhaft und brutal sein

Europäer wissen aus ihrer eigenen Geschichte, wie schmerzhaft und brutal Modernisierungsprozesse sein können. Darum sind sie oft vorsichtiger und bescheidener als die Amerikaner, was die Modernisierung anderer Länder angeht.

Obwohl ich den US-Ansatz im Fall des Irak für viel zu optimistisch halte, möchte ich diese Einschätzung doch in den richtigen Zusammenhang stellen: Die einzigartige Kombination von Werten und Interessen in der US-Außenpolitik ist ein Geschenk für die Welt. An diesem Kernkonzept muss Amerika festhalten, koste es, was es wolle.

Europas Zurückhaltung erklärt sich
aus seinem kolonialen Erbe ...

Rouleau

Anders als die USA haben die Europäer kein Wort wie *rogue states* in ihrem diplomatischen Vokabular, und sie sind skeptisch gegenüber Demokratisierungsversuchen von außen. Sie sind sich bewusst, dass der Westen über 60 Jahre Autokraten im Mittleren Osten gestützt hat, sei es wegen des Kalten Krieges, zum Schutz der dortigen Ölressourcen oder um sich Märkte zu sichern.

Europa neigt zur Zurückhaltung, weil es sich seiner kolonialen Vergangenheit bewusst ist. Die Kolonialmächte gaben immer vor, sie handelten im Interesse der von ihnen kolonisierten Völker. Der französische Kolonialismus wurde im 19. und 20. Jahrhundert als »*mission civilisatrice*«, »Zivilisierungsmission«, gerechtfertigt. Heute sehen die Franzosen den Kolonialismus so negativ, dass das französische Verfassungsgericht ein Gesetz ablehnte, das die Behandlung »positiver Aspekte« französischer Kolonialisierung im Geschichtsunterricht verlangt hätte – obwohl die Kolonisierung in einigen Bereichen zweifellos zu Fortschritten in den kolonisierten Ländern geführt hat.

... darum setzt der Barcelona-Prozess auf
Dialog und nicht auf Demokratisierung

Heute sollte man aus ähnlichen Gründen ebenso skeptisch gegenüber den Motiven der Großmächte sein, die Demokratie predigen. Europäer bezweifeln, dass Demokratie exportiert werden kann. Sie sind überzeugt, dass die Herrschaftsform in der Verantwortung der Menschen eines Landes liegt. Darum ist der Barcelona-Prozess als Dialog- und nicht als Demokratisierungsprozess angelegt.

Klose

Der Barcelona-Prozess war eine Einladung, in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Sicherheit zusammenzuarbeiten. Leider war sein Erfolg bisher begrenzt. Die angebotene finanzielle Hilfe wurde wegen der damit verknüpften Bedingungen zurückgewiesen.

Singer

Amerika und Europa haben im Bereich der Modernisierung und Demokratisierung Stärken und Schwächen, die sich gut ergänzen. Die EU hat ihre Stärke im Auf-



bau von Institutionen und der Rechtsharmonisierung mit ihren Nachbarländern, vor allem auf Grundlage ihrer Erfahrungen mit dem Integrationsprozess. Aber im Mittleren Osten fehlt es ihr an Attraktivität: Die Abwesenheit der wichtigsten arabischen Politiker beim letzten Barcelona-Prozess-Treffen macht den Prozess beinahe irrelevant. Die USA dagegen haben weder Erfahrungen damit noch die Fähigkeit dazu, Demokratie und Reformen auf europäische Art zu fördern, aber sie haben immense Militärressourcen und politisches Gewicht.

Während die USA stark genug und willens sind, ihre Interessen durchzusetzen, ist Europa auf Anreize und Zusammenarbeit angewiesen. Weil ihr der politische Wille, die Institutionen und Ressourcen fehlen, um Militär einzusetzen, hat die EU effiziente Instrumente für friedliche Einflussnahme entwickelt. Die erfolgreichste EU-Außenpolitik bisher war die Erweiterung: Griechenland, Irland, Spanien und Portugal, um nur einige zu nennen, sind große Erfolge in Sachen Transformation und Modernisierung. Die USA haben in Einzelfällen ähnliche Methoden angewendet, zum Beispiel mit der Beeinflussung Mexikos durch das North American Free Trade Agreement (NAFTA), aber das ist nicht zur durchgehenden US-Politik geworden.

Europa kann langfristige Initiativen durchführen, weil das Brüsseler Verwaltungspersonal sehr beständig ist und eine Kommission sicher sein kann, dass die nächste den Kurs nicht abrupt ändern wird. Der Barcelona-Prozess ist ein gutes Beispiel eines solchen Langzeitprojekts – er besteht schon über zehn Jahre.

Die USA dagegen sind institutionell nicht zu solchen langfristigen Initiativen in der Lage. Die nächste Regierung, ob Demokraten oder Republikaner, wird zwar immer noch von der Demokratisierung des Mittleren Ostens sprechen. Aber die Prioritäten wird der nächste Präsident neu definieren und umstrukturieren. Dann ist der US-Ansatz vielleicht wieder ganz anders als die EU-Linie.

Die USA und die EU haben in der Tat unterschiedliche Zeitfenster für ihre politischen Strategien. Während die USA typischerweise ungeduldig sind, ist die EU überinstitutionalisiert. Europa befindet sich zum Beispiel auf dem Barcelona-Pfad, der mehr oder weniger endlos ist und vielleicht nie irgendwo ankommt, während die BMENA-Initiative der USA schon um 2008 enden soll. Jetzt muss man Mechanismen finden, die die beiden Ansätze so zusammenbringen, dass Nachhaltigkeit und Dynamik sich ergänzen.

Die Stärken Amerikas und Europas ergänzen sich

Fischer

Die Amerikaner setzen auf Stärke, die Europäer auf Anreize

Ottaway

Europäische Politik ist langfristig angelegt...

... während die USA zu langfristigen Initiativen nicht in der Lage sind

Singer

Demokratisierung ist für die USA
nicht so wichtig wie Sicherheit.

Kassem



May

Natürlich macht Amerika
langfristige Politik ...

Die Annahme, die USA könnten aus strukturellen Gründen keine langfristigen außenpolitischen Ziele verfolgen, ist grundfalsch. Ich hoffe, Europas Politiker glauben sie nicht. Die Ausdauer der US-Außenpolitik ist unübertroffen, wenn – und nur wenn – der Kongress über längere Zeit öffentliche Zustimmung für eine Politik wahrnimmt. Kein europäisches System, das britische vielleicht ausgenommen, erlaubt ein ähnliches Durchhaltevermögen.

... wer den Amerikanern langfristige Strategien
abspricht, vereinfacht und verfälscht

Ihre *Open-Door*-Politik haben die USA seit dem späten 19. Jahrhundert beständig verfolgt. Eindämmung und Abschreckung als die großen Strategien des Kalten Krieges wurden bis zum Erfolg durchgehalten. Die Warnung, die USA seien zu langfristigen Strategien nicht imstande, ist ein Paradebeispiel für Vereinfachung und schließlich Verfälschung im Interesse einprägsamer Thesen. Das kann politisch sehr schädliche Folgen haben.

Pflüger

Die neue US-Sicherheitsstrategie setzt viel stärker als ihr Vorgänger auf Diplomatie, multilaterale Organisationen wie die NATO und langfristige Strategien wie *Nation building*.

Al-Khalil

Die USA und Europa haben eines gemeinsam: Bisher waren sie in der Region hauptsächlich präsent, um Zugang zu Energieressourcen zu sichern und auf militärische Bedrohungen zu reagieren. Das Interesse der Menschen in der Region an einem besseren Leben scheint ihnen nicht so wichtig zu sein.

Kassem

Die USA fördern die Demokratie im
Mittleren Osten nicht aus Nächstenliebe

Wir wissen alle, dass Demokratisierung an sich für die USA nicht annähernd so wichtig ist wie Sicherheit. Wenn die USA Demokratie im Mittleren Osten fördern, so sicher nicht aus Nächstenliebe. Jeder ehrliche Regierungsvertreter wird das zugeben. Das heißt aber nicht, dass wir Demokratisierungsdruck von außen nicht begrüßen sollten.

Smyser

Natürlich möchte die US-Regierung durch Demokratisierung die Sicherheit der USA erhöhen. Nur darum investieren die USA so immense Summen.

Demokratisierung wurde erst in Präsident Bushs zweiter Amtszeit ab 2004 zum politischen Programm der USA, noch nicht mit der Irak-Invasion 2003. Zur offiziellen außenpolitischen Linie wurde sie im Dezember 2005 mit einem Artikel von Außenministerin Rice in der *Washington Post*, »The Promise of Democratic Peace«. Rice schrieb darin, dass es der amerikanischen Sicherheit diene, weltweit demokratische Regierungen zu haben, da diese sich »im internationalen System verantwortungsvoll verhalten«.

Wir sollten nicht davon ausgehen,
dass die ganze Region den
amerikanischen Lebensstil bewundert.

Klose



Diese Auffassung wurde durch Thomas Barnetts Bestseller »The Pentagon's New Map« verstärkt, der auch in der Führungsetage des Pentagons viel gelesen wurde. Barnett, Direktor der Strategieplanungsfirma Enterra Solutions, definiert darin einen sogenannten »funktionierenden Kern« derjenigen Länder, die demokratisch, globalisiert und miteinander verbunden sind. Dem gegenüber stellt er die »nichtintegrierten« Länder, die Demokratisierung und Reform benötigen. Viele dieser Länder liegen in Afrika und Lateinamerika. Alle islamischen Länder gehören dazu, einschließlich Albanien, Pakistan und der Türkei. In seinem Nachfolgebuch, »Blue-Print for Action«, entwirft Barnett eine Formel, mit der man die Probleme der Welt durch Militäreinsätze lösen können soll: Einmarschieren, eine Stabilisierungstruppe zurücklassen und dann langsam, aber sicher das Land zur Demokratie umbauen.

Während die oberen Ebenen des Pentagon das Buch lieben, hassen es die Referenten, sprich die Menschen, die diese Kriege tatsächlich durchführen müssten. Wenn Sie es lesen, werden Ihnen die Haare zu Berge stehen. Warum? Barnetts Ideen sind in doppelter Hinsicht problematisch: Erstens würden sie das Westfälische System beenden. Seit den Friedensverträgen von Münster und Osnabrück nach dem Dreißigjährigen Krieg 1648 hat dieses System die internationalen Beziehungen im modernen System der Nationalstaaten geregelt, basierend auf der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität. Eines der souveränen Rechte ist, seine Regierungsform selbst zu wählen.

Zweitens sind die Kosten für Barnetts Strategie nicht durchzuhalten. Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, früherer Chef-Volkswirt der Weltbank, hat die Kosten des Irak-Krieges auf 600 Milliarden US-Dollar beziffert, Folgekosten wie medizinische Behandlung und Kriegsrenten für die Soldaten sowie Zinsen auf die nationalen Schulden eingeschlossen. Stiglitz schätzt, dass die Kosten auf eine Billion Dollar ansteigen, wenn der Krieg noch zwei Jahre andauert. Noch mehr solche Kriege können sich die Vereinigten Staaten nicht leisten.

Die amerikanische Nahostpolitik wird nicht nur von Sicherheitsaspekten geleitet, sondern auch von der Annahme, dass alle Menschen in der Region den westlichen Lebensstil bewundern. Diese Annahme ist sehr amerikanisch, und ich bezweifle ihre Richtigkeit. Wir sollten selbstkritischer sein, was den Export unseres Lebensstils angeht.

Von der US-Regierung wird Demokratisierung zwar aus Sicherheitserwägungen gefördert, gleichzeitig unterstützen unsere Politiker sie aber über andere Kanäle

Die USA können sich noch mehr
teuere Kriege nicht mehr leisten

Klose

Smyser



Über parteinahe Institute unterstützen
US-Politiker Demokratie weltweit

aus idealistischen Gründen: Jedes Jahr vergibt der US-Kongress mehrere Millionen Dollar an große Organisationen, die in anderen Ländern zivilgesellschaftliche Entwicklung fördern. Leiter dieser Organisationen sind einige unserer einflussreichsten Politiker: Dem National Democratic Institute, das den Demokraten nahesteht, sitzt die frühere Außenministerin Madeleine Albright vor, dem International Republican Institute Senator John McCain. Diese und viele andere Institutionen fördern die weltweite Ausdehnung der Demokratie. Unterstützt werden sie von NGOs, oft auch finanziell. Mit ihrer Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft haben sie sogar Präsident Putins Zorn auf sich gezogen.

Kepel
Die Neo-Cons glaubten an
überlegene Militärtechnologie

Wie Francis Fukuyama in seinem neuen Buch »Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg« zeigt, ist der Glaube an westliches Eingreifen mit überlegener Militärtechnologie der Kern des Neo-Con-Erbes im Irak – wie auch der Likud-Hinterlassenschaft in Palästina. Der relativ glatte Regimewechsel in der Sowjetunion ließ manche hoffen, dass jedes unerwünschte Regime im Angesicht amerikanischer Entschlossenheit hinwegschmilzt und sich funktionierende Zivilgesellschaften aus den Ruinen erheben. Aber weder auf den militärischen Sieg im Irak noch auf den einseitigen israelischen Abzug aus Gaza folgten die positiven Entwicklungen, die man erhofft hatte.

May
Die Sowjetunion ging nicht an Drohungen
oder Militäreinsätzen zugrunde ...

Die USA haben militärische Macht und setzen sie auch ein, aber andere Instrumente ihrer Politik sind weniger eindrucksvoll. Zivile Programme sind viel zu begrenzt und nicht ausreichend zwischen den Akteuren abgestimmt.

1987, nur zweieinhalb Jahre vor dem Fall der Berliner Mauer, forderte Präsident Reagan vom sowjetischen Staatschef Gorbatschow »to tear down this wall«. Dass Reagans Wunsch prompt in Erfüllung ging, erweckte den falschen Eindruck, das Ende des sowjetischen Imperiums sei auf die hartnäckige US-Außenpolitik zurückzuführen. Tatsächlich war es das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen vieler Akteure in den westlichen Gesellschaften. Zum Beispiel half das westdeutsche Fernsehen, das auch im Osten empfangen werden konnte, die SED als herrschende Partei der DDR zu delegitimieren. Die Lieferung von Kopierern half Polens Solidarnosc, der ersten unabhängigen Gewerkschaft im Ostblock, die Jahre des Kriegsrechts (1981–1983) zu überstehen. Und um die Bedeutung der KSZE wissen Sie alle. Entscheidend für das Ende der Sowjetunion waren Überzeugungskraft und Oppositionsunterstützung, nicht Drohungen, geschweige denn der Einsatz von Militär.

Im Gegensatz zu den Europäern glauben die Amerikaner an die Wirkung von Gewalt.

Wells

Es ist mir unverständlich, warum einflussreiche Regierungsmitglieder den Einsatz von Gewalt immer noch als wirkungsvolles Mittel zur Erreichung unserer vielfältigen außenpolitischen Ziele, einschließlich Demokratisierung, ansehen. Wir stecken im Irak fest, die öffentliche Unterstützung für den Krieg schwindet, und ein Rückzug ohne große Verluste wird schwierig genug.

Im Gegensatz zu den Europäern sind die Amerikaner an Risiken gewöhnt und glauben an die Wirkung von Gewalt. Was Risiken angeht: Die US-Volkswirtschaft befindet sich in einem ständigen Auf und Ab, unsere Politiker versuchen sich in großem Ausmaß an *Social Engineering*, und konsequenterweise ist auch die Außenpolitik risikofreudig. Viele Amerikaner meinen, dass in einer festgefahrenen Situation – wie etwa im Mittleren Osten – durch angemessene Anwendung von Gewalt eine Veränderungen zum Besseren zu bewirken ist. Die Reagan-Regierung hat die Sowjetunion, als sie sich schon im Niedergang befand, mit energischer Rhetorik und enormen Militärausgaben konfrontiert, um ihren Fall zu beschleunigen. Das hat die jetzige Regierung bei ihrer Irak-Invasion in gewissem Maße inspiriert.

Amerikanische Befürworter von Militäreinsätzen vergessen manchmal, dass die USA auch schlechtere Erfahrungen gemacht haben. Mein Mentor Ernest May hat Präsident Wilsons Interventionen in Mexiko erwähnt: Als General Huerta 1913 die mexikanische Regierung stürzte und eine Militärdiktatur ausrief, entschied sich Wilson zur Intervention, erst durch finanzielle Unterstützung der legitimen Regierung und schließlich militärisch. Aber es gelang ihm nicht, einen selbsttragenden Demokratisierungsprozess anzustoßen. Die USA zogen sich 1917 zurück, und erst viel später, als Mexiko von den USA weitgehend ignoriert wurde, entwickelten sich demokratische Institutionen. Erst 1994, als NAFTA in Kraft trat, wurde Mexiko wirklich zu einer offenen Gesellschaft. Es hat fast ein Jahrhundert gedauert, bis das Land dem nahe kam, was sich die US-Demokratieförderer unter Wilson vorgestellt hatten.

Ergänzen sich der robuste US-Ansatz und die europäische Geduld und Dialogbereitschaft, oder heben sie sich eher gegenseitig auf?

Der US-Aktivismus läuft immer Gefahr, selbstgerecht zu sein, während die europäische Vorsicht zur Untätigkeit werden kann – aber manchmal haben beide sich sehr gut ergänzt. Im Januar 1977 löste US-Präsident Carter mit seinem Unterstüt-



Berman

Wells

... wie manche in der jetzigen Regierung glauben

Auch die Amerikaner haben mit Militäreinsätzen schlechte Erfahrungen gemacht

Sommer

Pflüger

zungsbrief an den russischen Dissidenten Andrej Sacharow, den Nobelpreisträger von 1975, in der ganzen kommunistischen Welt eine Sehnsucht nach Partizipation und Menschenrechten aus. Die westeuropäischen Regierungen mahnten damals zur Vorsicht und forderten die US-Regierung auf, die guten Beziehungen mit der Sowjetunion nicht durch Selbstgerechtigkeit und fanatischen Eifer zu gefährden. Die UdSSR dürfe nicht nur im Bereich der Menschenrechte unter Druck gesetzt werden, sondern der Westen brauche auch das SALT-II-Abkommen und die Entspannung. Man dürfe keine anarchistischen Bewegungen oder andere destabilisierende Entwicklungen auslösen. Als beide transatlantischen Partner ihre jeweiligen Ansätze kombinierten, vereinten sie konstruktiv Menschenrechtsförderung und den Erhalt guter Beziehungen.

Al-Khalil

Europa und die USA haben spezifische Stärken und Schwächen

Europa und die USA haben mit ihren spezifischen Stärken zu Reformen im Mittleren Osten beigetragen. Europas Kapital sind gute Handelsbeziehungen, geografische Nähe, kulturelle Verwandtschaft und die Kenntnis von Geschichte und Traditionen. Durch die ausgeglichene Haltung Europas herrscht wenig Feindseligkeit und Streit zwischen den beiden Regionen. Die USA haben politische und militärische Macht, hoch entwickelte Technologie und große Wirtschaftskraft. Zudem ist ihre Geschichte frei von Kolonialismus, und viele Länder des Mittleren Ostens haben amerikanische Werte wie Woodrow Wilsons 14 Punkte verinnerlicht. Wie die USA Muslime und andere Immigranten aus dem Mittleren Osten aufnehmen, ist beispielhaft. Wie Europa bieten die USA mit ihren akademischen und militärischen Institutionen hervorragende Möglichkeiten für hochklassige Ausbildung. Allein 400.000 saudi-arabische Studenten haben davon in den letzten 50 Jahren schon profitiert und sicher eine wesentliche Rolle bei der Modernisierung ihres Landes gespielt.

Singer

Die USA werden schärfer kritisiert als die EU

Es ist wohl unbestreitbar, dass die US-Außenpolitik viel schärfer beobachtet und kritisiert wird, als es Aktionen der EU jemals widerfährt. Einige von Ihnen begrüßen das erneuerte Interesse der Bush-Regierung an Demokratie, aber kritisieren, dass zu stark und zu schnell auf Demokratisierung gedrängt wird. Mit dem US-Fokus auf Sicherheit und erzwungenen Regimewechsel sind Sie nicht einverstanden, aber vor finanzieller Hilfe für NGOs in der Region warnen Sie auch. Sie fordern, die US-Außenpolitik müsse konsequent Menschenrechte einfordern, aber wenn die Vereinigten Staaten Menschenrechte einfordern, beschuldigen Sie die Amerikaner, den Ländern ohne Respekt für ihre Individualität die US-Standards

Die USA bewegen sich permanent zwischen Scylla und Charybdis.

Singer



aufzuzwingen. Es scheint, die USA bewegen sich permanent zwischen Scylla und Charybdis und können in den Augen der Europäer und der Region nur das Falsche tun, selbst wenn sie machen, was man von ihnen verlangt. Im dänischen Cartoon-Streit stehen die Europäer zum ersten Mal unter ähnlich kritischer Beobachtung.

Während die USA zurzeit entschieden Reformen vorantreiben, hält sich die EU immer noch zurück. Solange die Europäer nicht die Tragweite der Bedrohung begreifen und mit den USA gemeinsam handeln, wird es im Mittleren Osten keine Gesellschaften auf Basis von *Egalité*, *Fraternité* und *Liberté* geben, sondern Extremismus, Theokratie und Staatsversagen.

3. Der Mittlere Osten nach der Irak-Invasion

Werfen wir einen genaueren Blick auf die Region: Wie hat sie sich in den letzten Jahren entwickelt? Wir sind uns alle einig, dass die Irak-Invasion den Mittleren Osten verändert hat, aber wir beurteilen die Veränderungen sehr unterschiedlich.

Reformen sind im Mittleren Osten ein großes Thema, seit es dort moderne Staaten gibt. Doch die Reformen erfüllen bisher nicht die Bedürfnisse und Hoffnungen der Staaten und Menschen. Zu Beginn des dritten Jahrtausends sind Muslime und Araber zwar zahlreich, aber sie leiden unter wirtschaftlichen, sozialen und politischen Enttäuschungen. Ihre Regierungen sind entweder ineffektiv oder machtlos wie in Afghanistan, Somalia und Libanon. Diese Staaten können kaum ihrer Aufgabe gerecht werden, unabhängig ihr Geschick zu bestimmen. Reformen im Mittleren Osten erfordern eine klare Vision, kompetente Regierungen, Gedanken- und Meinungsfreiheit, zivilgesellschaftliche Organisationen und politische Stabilität.

Laut dem dritten »Arab Human Development Report« der UN von 2004 ist die arabische Entwicklungskrise so umfassend und komplex, dass echte Reformen nur durch den vollen Einsatz aller arabischen Bürger gelingen können. Der Bericht nennt politische Einschränkungen als Haupthindernis für Entwicklung. Aber für das Fehlen lebendiger Zivilgesellschaften gibt es noch andere Gründe: Die Debatte um Pressefreiheit nach den Karikaturen des Propheten Mohammed in der dänischen Zeitung »Jyllandsposten« hat gezeigt, dass grundsätzliche Widersprüche zwischen westlicher Demokratie und islamischen Traditionen bestehen.

Kassem

Während die USA Reformen vorantreiben, hält sich Europa zurück

Sommer

Al-Khalil

Polenz

Reformen gelingen nur wenn sich alle Bewohner der Region dafür einsetzen



Nach den Terror-Anschlägen vom 11. September haben sich die USA und Europa bemüht, Sicherheit und Stabilität im Mittleren Osten zu erhöhen. Als Weg zur Reform dienten so unterschiedliche Instrumente wie der Barcelona-Prozess der EU und die Invasion der USA und ihrer Alliierten im Irak. Warum ist die Situation nach Ansicht von Experten heute in mancher Hinsicht schlimmer denn je? Wir haben weder Sicherheit noch Stabilität erreicht, und das Ansehen des Westens hat weiter gelitten.

Es gibt positive Entwicklungen
im Mittleren Osten ...

Doch es gibt auch eine positive Entwicklung: Die Menschen im Mittleren Osten diskutieren nun über politische und wirtschaftliche Reformen und erhöhen damit den Reformdruck auf ihre Regime, besonders in Marokko, Jordanien und Bahrain.

Sommer

Herr Polenz hat ein ziemlich düsteres Bild von der Region gezeichnet, aber mit Hoffnungsschimmern. Machen die positiven Entwicklungen, die er nannte, Hoffnung für die Zukunft? Und hat die Irak-Invasion der USA dazu beigetragen?

Pflüger

...die durch die Irak-Invasion
weiter vorangetrieben wurden

Manche Aspekte der Invasion im Irak und der folgenden Politik sind, vorsichtig gesagt, diskussionswürdig. Aber zugleich hat die Invasion enorme Fortschritte ausgelöst. Vor einigen Jahren bedeutete Stabilität im Mittleren Osten Unterdrückung und Autokratie. Kurden und Schiiten wurden im Irak massenhaft ermordet, auch wenn wir es nicht im Fernsehen sahen. Terrorismus in und aus der Region bedrohte unsere Sicherheit: Der 11. September geschah vor der amerikanischen Invasion.

Trotz Blutvergießen und Instabilität brachte
die Invasion die Demokratie voran

Die Irak-Invasion hat Blutvergießen und Instabilität verursacht, aber auch die Demokratie vorangebracht. Bei meinem Besuch der Golfstaaten kürzlich sah ich fast überall Fortschritte. Vor fünf Jahren kümmerte sich noch niemand im Mittleren Osten um Menschenrechte und Demokratie, aber heute diskutieren die Zeitungen und die Menschen auf der Straße darüber, sogar in den konservativen Emiraten. In Bahrain fand eine Frauenrechtskonferenz statt, Marokko hat Reformen zu Frauenrechten verabschiedet. Zwar darf man noch immer nicht die herrschenden Familien offen herausfordern, aber Katar hat letztes Jahr seine erste Parlamentswahl abgehalten. Frau Al-Kitbi wurde gerade in das erste Menschenrechtsgremium ihres Landes gewählt, und der Libanon führte freie Wahlen durch. Im Irak gab es ein Verfassungsreferendum und eine Wahl mit der beeindruckenden Beteiligung von 75%. Angesichts der Sicherheitslage war dies ein starkes Signal dafür, dass die Menschen bereit sind, den Weg zur Demokratie einzuschlagen.



All das zusammen ist fast eine Revolution. Revolutionen sind oft blutig. Es gab Rückschläge und Fehler, und es wird weitere geben. Aber wir sollten uns auch klarmachen, dass die Region vor der Invasion nicht friedlich und harmonisch war und dass es seitdem bedeutende Fortschritte gab.

Ich bin da skeptischer als Sie. Die Mehrheit der europäischen Bürger und Regierungen war »nicht überzeugt«, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besaß und Al-Qaida unterstützte, um Herrn Fischers Statement auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2003 zu zitieren. Die Skeptiker hatten zumindest zum Teil recht: Damals war der Irak kein Terrorismus-Problem. Heute aber ist er eines.

Ich hoffe, die USA haben im Irak Durchhaltevermögen. Nach dem Zweiten Weltkrieg dauerte es vier Jahre, um in Deutschland Wahlen abzuhalten und eine Verfassung zu verabschieden, und zehn Jahre, bis das Land zumindest begrenzte Souveränität erhielt.

Der Irak von 2006 ist etwas ganz anderes als das Deutschland von 1945. In Deutschland hatte die Demokratie starke historische Wurzeln, die Wirtschaft gab bald Anlass zu Hoffnung, und die Bürger einte ihre Identifikation mit der deutschen Nation.

Wenn die Menschen im Irak ihre jetzige Situation mit der unter Saddam vergleichen, folgern sie, dass Freiheit ohne Sicherheit nutzlos ist. Ein Regimewechsel garantiert keine bessere Regierungsführung, wenn er nicht eine stabilere Gesellschaft und die Sicherung von Ausbildung und öffentlicher Sicherheit mit sich bringt. Angesichts des Versagens der USA verlieren die Menschen jede Hoffnung, dass interne Reformen oder Interventionen von außen die Situation jemals wirklich ändern können.

Paradoxerweise fühlen sich viele autokratische Regime in der Region seit der Irak-Invasion der USA selbstsicherer und mächtiger. Denn sie wissen, dass die USA kaum noch ein weiteres Unterfangen riskieren werden.

Indem sie als »einzige Supermacht« aufgetreten sind, und durch die vielen Fehler ihrer Nahostpolitik, haben sich die USA unnötig viele Feinde gemacht.

Die Misere im Irak ist nicht gerade ein verlockendes Vorbild für die Demokraten in der Region. Wenn Sie im Mittleren Osten lebten und sich Demokratie wünsch-

Klose

Haben die Amerikaner mit dem Irak soviel Geduld wie mit Nachkriegsdeutschland?

von Weizsäcker

Mit Deutschland 1945 ist der Irak 2006 nicht vergleichbar

Al-Kitbi

Viele Autokraten sind seit der Irak-Invasion noch selbstsicherer

Al-Khalil

Rouleau

Nicht erst die Irak-Invasion
hat die Region destabilisiert.

Reiter



ten – würden Sie Ihr Schicksal den Leuten anvertrauen, die für die derzeitige Situation im Irak verantwortlich sind?

Fischer

Stabilität im Mittleren Osten ist
zu wichtig für Wunschdenken

Stabilität im Mittleren Osten ist zu wichtig und zu heikel für Wunschdenken, Herr Pflüger. Machen Sie doch einmal die Augen auf: Statt einer demokratischen Kettenreaktion hat die Irak-Invasion ein gefährliches Vakuum geschaffen.

Durch den Sturz Saddams wollte die Bush-Regierung den alten anglofranzösischen Mittleren Osten, gezeichnet von Kolonialvergangenheit und traditionellen Konflikten, von Korruption, Stagnation und Verzweiflung, in eine Region der Demokratie verwandeln, in der Zivilgesellschaften und moderner Islam blühen. Man wollte die Transformation Osteuropas nach 1989 wiederholen, nur leider in einer völlig anderen, ungeeigneten Umgebung. Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen, dass dieser Plan fehlschlägt.

Gewalt im Irak, Wettstreit um
Hegemonie, Irans Atomprogramm –
die Region ist hochexplosiv

Stattdessen haben die USA eine Destabilisierung der ganzen Region erreicht. Saddam Husseins Sturz hat einen Wettstreit um regionale Hegemonie ausgelöst, mit dem Iran als Favoriten. Die USA brauchen Irans Unterstützung in Afghanistan wie im Irak; 130.000 US-Soldaten in der Region sind potenzielle Geiseln, und ein Ölpreis über 100 Dollar pro Barrel wäre verheerend für den Westen. Neben dem Iran wollen auch die Türkei und Israel das wachsende Vakuum füllen, das Saddam hinterlassen hat, während Dschihad-Terroristen ihren nächsten Kampfschauplatz in Jordanien eröffnen. Irans nukleare Ambitionen machen aus dieser ohnehin explosiven Mischung einen Molotow-Cocktail.

Ich kann nur hoffen, dass der Mittlere Osten keinen so brutalen und blutigen Weg zu Modernität und Demokratie gehen muss wie Europa im 20. Jahrhundert, als Selbstüberschätzung und Hegemonialstreben zu zwei Weltkriegen und später das atomare Wettrüsten zur Gefahr gegenseitiger Zerstörung führten.

Pflüger

Katastrophenszenarios sind ebenso
wenig hilfreich wie Wunschdenken

Wunschdenken ist zwar nicht hilfreich, übertriebene Katastrophenszenarios aber genauso wenig. Ich bin gerne bereit, die Kassandrarufe ehemaligen Außenministern zu überlassen und mich auf differenziertere Analysen zu beschränken.

Reiter

Die Irak-Invasion hat den Mittleren Osten nicht destabilisiert – denn die Region war vorher nicht stabil. Stagnation und Pattsituationen zwischen Autokraten sind keine Stabilität. Die USA haben versucht, mit einer kühnen und entschlossenen Strategie, einer Art kontrolliertem Erdbeben, die Dinge in Bewegung zu bringen.



Jetzt müssen Europa und die USA ihre vereinten Kräfte einsetzen, um das Erdbeben unter Kontrolle zu behalten.

Trotz all ihrer Defiziten – mangelnde Legitimität und Planung, schreckliche Folgen für viele Menschen – war die US-Invasion im Irak ein wirksamer Auslöser für Reformen in der Region. Die Alternative wäre Stagnation, Staatsversagen und schließlich eine westliche Intervention viel größeren Ausmaßes gewesen.

Denn: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde der Status quo im Mittleren Osten zunehmend untragbar. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion setzte sich die Demokratie überall durch, aber nicht im Mittleren Osten. Fünf Regimewechsel haben der Region keine Reformen gebracht, die ungeschickte arabische Diplomatie konnte den arabisch-israelischen Konflikt nicht lösen, und schwache Volkswirtschaften boten unserer alarmierend schnell wachsenden Bevölkerung keine soziale Sicherheit. 60 Prozent der Bevölkerung im Mittleren Osten sind jünger als 25 Jahre, während das BIP der gesamten Region, \$550 Milliarden, geringer ist als das Spaniens (\$592 Milliarden). Schuld am wirtschaftlichen Versagen ist vor allem die schlechte Regierungsführung unseres Reigens autoritärer Regime.

Die Kombination aus wirtschaftlicher Schwäche und Bevölkerungswachstum hätte auf lange Sicht unvermeidlich zu Staatsversagen geführt. Dann hätte der Westen ohnehin eingegriffen. Europa und die USA können *Failing States* im südlichen Afrika tolerieren, aber nicht im Mittleren Osten, wo es um Ölressourcen und Israels Existenz geht.

Hätte der Westen die Autokraten der Region mit friedlichen Mitteln zum Kurswechsel bringen können? Ich bezweifle das stark. Engagement und Dialog hätten Jahrzehnte gedauert, ohne spürbaren Wandel zu bewirken. Der einzige wirksame Hebel wäre ein Waffenboykott gewesen, doch der hätte keine Reformen zur Folge gehabt, sondern eine weitere Radikalisierung der Regime. Eingekauft hätte man die Waffen stattdessen bei Lieferanten wie Nordkorea. Die US-Intervention hat zumindest einiges aufgewirbelt, und das zu einem geringeren Preis als eine Intervention zu einem späteren Zeitpunkt.

Seit der Invasion sind im Irak und in der Region einige ermutigende Entwicklungen zu beobachten. Seit 2003 sehen wir mehr zivilgesellschaftliche Aktivitäten, bescheidene demokratische Reformen und offene Diskussionen ohne politische Tabus. Gewiss war es etwas hochtrabend, einen demokratischen Irak als regiona-

Kassem

Ohne Irak-Invasion wäre bald eine größere Intervention nötig geworden

Ohne Zwang ändern Autokraten wohl kaum ihre Politik

Volker

Der Mittlere Osten entdeckte 2005
den Zauber demokratischer Wahlen.

Ibrahim



les Vorbild für Wandel anzukündigen. Aber ein vereintes, befriedetes Land wird positive Impulse setzen.

Ibrahim

Im Jahr 2005 hat der Mittlere Osten den Zauber der demokratischen Wahl entdeckt. In Palästina, im Irak und, unter schwierigsten Bedingungen, in Afghanistan: Die Menschen wählen in großer Anzahl, wenn man sie lässt, vor allem Frauen. Sogar traditionell antidemokratische Kräfte wie die Kommunisten und Islamisten sind mittlerweile mit Präsident Bushs Eintreten für Demokratie einverstanden. Wenig überraschend folgen Autokraten (und amerikanische Verbündete) wie Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten Bushs Ratschlag weniger eifrig.

Ist Besetzung im Mittleren Osten
Voraussetzung für freie Wahlen?

Angesichts der Beispiele Palästina und Irak fragen sich viele Araber, ob eine Besetzung durch externe Mächte die Voraussetzung für faire und freie Wahlen ist. Alle konnten sehen, dass die palästinensische Wahl fair und frei war. Und auch im Irak zweifelt niemand die Korrektheit der Wahl an, trotz des schrecklichen Blutvergießens, das einen dunklen Schatten auf die Zukunft des Landes wirft.

Al-Azm

Entwicklungen auf der Mikro-Ebene
machen Hoffnung

In der Tat lassen Entwicklungen auf der Mikro-Ebene hoffen. Nachdem die Hamas im Januar 2005 die Wahlen zum palästinensischen Parlament gewonnen hatte, kündigte die geschlagene Fatah-Partei an, nicht an einer Hamas-Regierung teilzunehmen. Stattdessen wolle man sich um die interne Reorganisation kümmern, um auf die Wünsche der Wähler zu reagieren. Für eine westliche Partei wäre dieses Verhalten ganz normal, aber in der arabischen Welt ist es ein Novum.

In Syrien oder Ägypten wäre auch ein Briefwechsel zwischen dem Präsidenten und dem demokratisch gewählten Premierminister der gegnerischen Partei undenkbar. Aber Mahmoud Abbas, Fatah, und Ismail Haniyeh, Hamas, taten genau das. Über die spezifischen Gründe dafür mag man streiten, aber es ist ein großer Schritt nach vorne.

Esfandiari

Der Koran bleibt die Quelle
vieler Verfassungen in der Region

Die Islamisten haben sich vielleicht von der Idee verabschiedet, dass der Koran »die Lösung« ist, aber in der ganzen Region bleibt der Koran eine Hauptquelle für die nationalen Verfassungen. Keine islamistische Partei hat je ein Land auf vollkommen säkulare Weise regiert, ohne sich zumindest bei sozialen Fragen des Scharia-Rechts zu bedienen, etwa in Fragen des Status der Frau oder der Familie. Bei den Frauenrechten stehen wir in manchen Ländern heute sogar schlechter da als früher, zum Beispiel im Irak. Die irakische Stadt Basrah, einst säkular, ist heute eine kleine islamische Republik – im Politischen, Rechtlichen, sogar im Sozialen.



4. Guantanamo und Abu Ghraib

Amerikanische und europäische Teilnehmer, aber auch Vertreter aus der Region haben auf positive Aspekte des robusten US-Ansatzes hingewiesen. Abu Ghraib und Guantanamo gehören sicherlich nicht zu diesen positiven Aspekten.

Niemand war mehr entsetzt über die Abu Ghraib-Fotos als Präsident Bush. Selbstverständlich müssen die USA ein Vorbild an Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sein, nicht nur aus Prinzip, sondern auch, um in der Region wirkungsvoll handeln zu können. Durch Maßnahmen wie die Unterzeichnung des McCain-Amendment haben wir klargemacht, dass Folter und Erniedrigung von Gefangenen, zivil oder militärisch, im Ausland oder zu Hause, nicht toleriert werden. Ich möchte auch daran erinnern, dass die Gräueltaten durch eine interne militärische Untersuchung aufgedeckt wurden, die zur Verurteilung der Verantwortlichen führte. Als kürzlich eine zweite Reihe von Fotos veröffentlicht wurde, waren alle abgebildeten Soldaten bereits im Gefängnis.

Wir wissen, dass Guantanamo das Bild der USA in der Welt beschädigt hat. Aber herkömmliche Gesetze reichen für den Kampf gegen islamistische Terroristen nicht aus, und das ist kein rein amerikanisches Problem. Gemäß internationalem Recht werden Kriegsgefangene bis Kriegsende festgehalten. Können wir die unrechtmäßigen Kämpfer, die wir in Afghanistan gefangen genommen haben, und die Terroristen, die amerikanische Zivilisten angreifen, so behandeln? Nein, denn sie sind keine Soldaten in einem klassischen Krieg. Einige unserer europäischen Partner halten das Strafrecht für den angemessenen Rahmen für diesen langfristigen Kampf. Aber auf den afghanischen Schlachtfeldern können wir keine forensischen Untersuchungen durchführen und haben keine Mittel für ordentliche Strafprozesse. Einige aus Guantanamo entlassene Gefangene haben anschließend Terroranschläge in Russland oder Afghanistan verübt oder dänische Minister bedroht. Das zeigt, dass die Fehlerkosten bei diesen Leuten höher sind als bei Durchschnittskriminellen. Die USA haben die juristischen Verfahren für Guantanamo-Häftlinge bereits verbessert und sichern gewisse Rechtsstandards zu. An einer nachhaltigeren Antwort auf dieses juristische Problem arbeiten wir aber noch. Ich ermuntere unsere europäischen Partner, zu diesem Prozess aktiv beizutragen. Es ist unsere gemeinsame Herausforderung, mit dem organisierten Terrorismus auf eine Weise fertig zu werden, die sowohl die Bürger als auch den Rechtsstaat schützt.

Sommer

Volker

Abu Ghraib und Guantanamo:
Folter und Erniedrigung von
Gefangenen wird nicht toleriert ...

... aber herkömmliche Gesetze
reichen für den Kampf gegen
islamistische Terroristen nicht aus



Al-Azm

Das Argument, Gefangenen einen ordentlichen Prozess zu verweigern, weil sie angeblich besonders gefährlich und weder gewöhnliche Kriminelle noch Soldaten seien, ist im Mittleren Osten gut bekannt. Arabische Autokraten rechtfertigen ihren Umgang mit Mitgliedern der Muslimbruderschaft genau so. Ich finde es traurig, diese Argumentation von einem Mitglied der US-Regierung zu hören.

Singer

Gegen das McCain-Amendement wehrte sich die US Regierung mit Händen und Füßen

Senator McCains Amendment als Sieg der Exekutive zu reklamieren ist etwas weit hergeholt, schließlich hat die Bush-Regierung sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt. Wie ich aus persönlicher Erfahrung weiß, da ich an den Abu-Ghraib-Untersuchungen beteiligt war, haben wir eben *nicht* direkt und schnell gehandelt. Die Missbräuche geschahen im Oktober 2003, aber die Armeeuntersuchung fing erst im Januar 2004 an, und als die Medien im April 2004 darüber berichteten, gingen wir noch immer nicht angemessen damit um. Was die Verantwortung der Befehlskette – nicht der individuellen Soldaten – angeht, so ist die Sache immer noch nicht erledigt. Wenn wir kein Bewusstsein für Verantwortlichkeit in allen militärischen und zivilen Befehlsketten schaffen – den Generalstaatsanwalt und zivile Vertragsnehmer eingeschlossen –, wird uns die Welt unsere Bekenntnisse nicht glauben und unsere Glaubwürdigkeit wird beschädigt. Diese Glaubwürdigkeit müssen wir nicht nur aus moralischen Gründen wieder herstellen: Anti-Amerikanismus ist auch eine sehr reale Bedrohung für unsere Sicherheit. Als amerikanischer Patriot bitte ich unsere europäischen Freunde, den Druck auf die US-Regierung aufrechtzuerhalten. Wir brauchen Eure Unterstützung, um unseren eigenen Idealen gerecht zu werden.

Volker

Obwohl sie das McCain-Amendement zunächst ablehnte ...

Die Regierung hat das McCain-Amendement tatsächlich zunächst abgelehnt, aber nur, weil die Regierung zeigen wollte, dass sie den Schlamassel selbst regelt, ohne äußeren Druck. Schließlich wurde das Gesetz vom Kongress verabschiedet, der Präsident unterschrieb, und nun ist es US-Recht.

... tat die Regierung ihr bestes, die Situation der Gefangenen zu verbessern

Zur rechtlichen Grundlage für das Festhalten und die Behandlung einzelner Gefangener in Guantanamo: Hier haben Verteidigungsminister Rumsfeld und die Regierung ihr Bestes getan, um die Situation zu verbessern. Viele von Ihnen würden wohl lieber hören, dass der Minister entlassen wird, aber den Gefallen kann ich Ihnen nicht tun.

May

Was Sie über Abu Ghraib und Guantanamo sagen, ergibt durchaus Sinn. Aber Ihre Erklärungen sind unzulänglich, gerade auf der emotionalen Ebene. Donald

Rumsfeld hat nur Militärs unterer Dienstgrade zur Rechenschaft gezogen, während frühere große Verteidigungsminister wie George Marshall (1950–51) oder Robert Lovett (1951–53) sofort die verantwortlichen Generäle vor ein Kriegsgericht gestellt hätten. Wenn ähnliche Skandale unter Präsident Dwight D. Eisenhower (1953–61) geschehen wären, wäre vermutlich der Verteidigungsminister selbst an der Reihe gewesen.

Ich verstehe die Kritik von Herrn Al-Azm und Herrn Singer. Aber gleichzeitig bin ich davon überzeugt, dass die US-Regierung über diese Vorfälle ernsthaft schockiert ist und schon viel dafür getan hat, die Situation zu verbessern. Dennoch wäre es für die Glaubwürdigkeit der USA am besten, Guantanamo zu schließen.

Große Verteidigungsminister hätten auch die Generäle zur Verantwortung gezogen

Pflüger

Im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit sollten die USA Guantanamo schließen

II. Regionale Perspektiven

Sommer Lassen Sie uns nun die regionale Perspektive einnehmen: Was denken die Menschen in der Region über Reformen und die Rolle, die der Westen dabei bislang gespielt hat? Wer sind regionale Reformkräfte, welche Ziele haben sie, und was erwarten sie vom Westen?

1. Der westliche Umgang mit Autokraten

Kassem
Ausländischer Unterstützung für
Diktatoren brachte den Mittleren Osten
an den Rand des Zusammenbruchs

Viele Menschen in der Region und im Westen warnen den Westen davor, der Region Demokratie aufzuzwingen, denn Demokratisierung von außen sei unmöglich. Das führt in die Irre: Niemand möchte, dass Sie bei uns Demokratie einführen, hören Sie einfach auf, Diktaturen zu unterstützen! Präsident Bush sagt zu Recht, dass der Westen die Diktatoren der Region 60 Jahre lang in dem vergeblichen Bemühen gestützt hat, Stabilität zu sichern. 60 Jahre ausländischer Unterstützung für Diktatoren haben die meisten Staaten des Mittleren Ostens an den Rande des Zusammenbruchs gebracht.

Polenz
Ist westliche Unterstützung der einzige
Grund für Autokratien in der Region?

»Hört auf, die Autokraten zu unterstützen, und wir kümmern uns um den Rest« klingt gut, aber ich bezweifle, dass westliche Unterstützung der einzige Grund für die Autokraten in der Region ist. Wenn Ihre Gesellschaften so ein großes demokratisches Potenzial haben und einige eine lange demokratische Tradition, warum ist es dann so schwer, eine starke demokratische Opposition zu bilden? Westliche Abhängigkeit von Öl führt nicht zwangsläufig zur Unterstützung von Autokraten. Die westlichen Länder würden zweifellos lieber Beziehungen zu ölreichen Demokratien unterhalten als zu ölreichen Autokratien.

Rouleau
Ohne Unterstützung hätten
die Diktaturen nicht überlebt

Der Westen hat eine Verantwortung für die anhaltende autokratische Herrschaft in der Region. Diese Diktaturen wurden zwar nicht vom Westen erschaffen, aber ohne wirtschaftliche Unterstützung, Waffenexporte und die Unterstützung westlicher Geheimdienste (CIA etc.) gegen die Opposition hätten sie nicht lange überlebt.

Al-Khalil Autokratische Regime existieren nicht nur durch westliche Unterstützung. Der Überlebenswille der von manchen als »Diktatoren« bezeichneten Herrscher ist stark, und ihre Regime sind sehr stabil. So ist zum Beispiel der Abtritt von Präsident Bashar al-Assad noch nicht in Sicht, trotz erheblichen internationalen Drucks auf Syrien seit der Zedernrevolution im Libanon.

Der Westen muss bei uns
keine Demokratie einführen.
Hören sie einfach auf,
Diktaturen zu unterstützen!

Kassem



Wir sollten nicht den Schwarzen Peter für die Schuld an der Stagnation der Region zwischen internen oder externen Akteuren hin und her schieben. Aber die westlichen Mächte müssen unbedingt Doppelmoral vermeiden. Wenn die USA sich weiterhin über internationales Recht stellen, über faire Prozesse und andere Kernprinzipien, wie können sie dann von den Ländern des Mittleren Ostens die Respektierung dieser Prinzipien erwarten? Wenn Israel weiterhin internationale Standards verletzt, ohne dass Europa und die USA dagegen wirklich Druck ausüben, wie können die westlichen Mächte da als glaubwürdig gelten? Ich beginne die Zweifel der Menschen in der Region daran zu verstehen, dass die USA ihre Demokratisierungsbemühungen unabhängig von amerikanischen Öl- oder Sicherheitsinteressen fortführen werden.

Mit seiner Doppelmoral verschlimmert der Westen seine Unterstützung für Autokraten noch. Ich gebe Ihnen zwei Beispiele. 1998 wies mich ein EU-Vertreter stolz darauf hin, dass das bevorstehende Assoziationsabkommen mit Ägypten auch einen Artikel zu demokratischen Prinzipien und Menschenrechten enthalte; Rückschritte in diesen Gebieten würden zur Aufhebung des Abkommens führen. Im Mai 2001 wurde Herr Ibrahim, der hier mit uns am Tisch sitzt, wegen Kritik an der Regierung zu sieben Jahren Haft verurteilt. Trotz dieser Verletzung von Artikel 2 unterzeichnete die EU das Abkommen wenige Wochen später, und 2004 trat es in Kraft. Die Historiker werden sich später fragen, wie diese eklatante Diskrepanz und Heuchelei – verbale Unterstützung der Demokratie, Hilfe und Handel für Diktatoren – die offizielle Politik führender Länder der Welt sein konnte.

Ein weiteres Paradebeispiel westlicher Doppelmoral ist der Umgang von Italiens Premierminister Berlusconi und Frankreichs Präsident Chirac mit Libyen. Die Sanktionen gegen den ehemaligen Terrorfinanzier und Diktator Ghaddafi waren gerade erst aufgehoben, da eilten die westlichen Staatsmänner schon zu seinem Zelt, um Ölkonzessionen zu bekommen. Dabei ist sein Regime immer noch eins der abscheulichsten der Welt. Er hat berechtigten Anspruch auf die Medaille für den schlimmsten Diktator der Region, denn seinem größten Konkurrenten Assad ist er im Dienstalter voraus.

Die Menschen im Mittleren Osten zweifeln, ob der Westen ihren Ländern bei ihrer Entwicklung helfen will oder nur eigene Interessen verfolgt. Abrupte Umschwünge in der westlichen Politik ließen sie oft im Regen stehen, wie etwa im Fall der Beziehungen der USA zu Libyen. Diese Fälle haben die Glaubwürdigkeit

Cohrs

Der Westen muss Doppelmoral vermeiden
und internationales Recht achten

Kassem

Ein Paradebeispiel für westliche
Doppelmoral ist der Umgang mit Libyen

Al-Khalil

Abrupte diplomatische Umschwünge
ließen oft Reformen im Regen stehen



der USA und der EU untergraben. Gewisse westliche Länder verkaufen unseren Ländern Waffen, wann immer die Mittel dazu da sind – auf Kosten der Grundbedürfnisse der Bevölkerungen.

Polenz

Menschenrechtsverletzungen durch westliche Verbündete wie Saudi-Arabien, Ägypten und Pakistan zu ignorieren und gleichzeitig Iran scharf zu kritisieren bedeutet in der Tat, mit zweierlei Maß zu messen. Das zerstört unsere Glaubwürdigkeit.

Al-Khalil

Westliche Außenpolitik bevorzugt Nicht-Muslime ...

Westliche Außenpolitik bevorzugt Nicht-Muslime. Der Konflikt in Ost-Timor wurde durch den Einsatz Europas gelöst, während Kaschmir noch in der Schwebe hängt. Für islamische Völker stellt sich das als religiöse Diskriminierung dar. Der ethnische Konflikt in Bosnien-Herzegowina wurde zwar zugunsten der Muslime im Land gelöst, was auch hoch anerkannt wird. Trotzdem wächst das Gefühl, Muslime würden im politischen Bereich erpresst.

... und akzeptiert die Instrumentalisierung radikaler Gruppen

In einigen Fällen akzeptiert der Westen die Instrumentalisierung radikaler Gruppen durch Staaten des Mittleren Ostens. Die Hisbollah ist ein aktuelles Beispiel für die Gefährlichkeit dieses Phänomens: Syrien und der Iran nutzen die Hisbollah für ihre eigene politische Agenda – zu Lasten der nationalen Sicherheit und Einheit des Libanons.

Koolaee

Die Doppelmoral des Westens ist offensichtlich. Während die US-Invasionen im Irak und in Afghanistan an Kreuzzüge westlicher Armeen erinnerten, führt der Westen gleichzeitig seine bedingungslose Unterstützung Israels fort. Das stärkt radikale Trends unter Muslimen, besonders den jüngeren, und schreckt moderate und verantwortungsbewusste Gruppen ab.

Rouleau

Die USA wenden ihren »Big Stick« sehr selektiv an

Das Hauptinstrument der US-Außenpolitik im Mittleren Osten, der sprichwörtliche »big stick«, wird doch sehr selektiv angewandt. Echter Druck, Sanktionen und Militäreinsätze sind für die sogenannten Schurkenstaaten reserviert, denen Menschenrechtsverletzungen, Terrorfinanzierung und Proliferation vorgeworfen werden (derzeit gehören nur noch Nordkorea und Iran dazu, während Libyen, Irak und Afghanistan nach der Annahme amerikanischer Benimm-Standards nicht mehr auf der Liste stehen).

Auf ihre Freunde und Verbündete üben die USA höchstens milden Druck aus. Kosmetische Veränderungen werden als großer Fortschritt bejubelt. Die USA spre-



chen von Fortschritten im Irak, aber sogenannte freie Wahlen und ein höflicher Briefwechsel zwischen Präsident und Premierminister machen noch keine Demokratie. Dagegen zeigen die Reaktionen auf den Hamas-Sieg in Palästina, dass demokratische Wahlen nur akzeptiert werden, wenn dem Weißen Haus das Ergebnis gefällt.

Es ist völlig klar, dass Europa und die USA mit Ölstaaten anders umgehen als mit Nicht-Ölstaaten. Das zeigte sich sowohl im Barcelona-Prozess als auch auf der Doha-Konferenz der WTO 2001. Energiepolitik wird immer wichtiger: Als der Hurrikan Katrina im August 2005 die US-Benzinpreise nach oben trieb, wurde Energiesicherheit in den USA zum ersten Mal landesweit diskutiert. Zum ersten Mal seit drei Jahrzehnten war die sicherheitspolitische Relevanz von Energie parteiübergreifender Konsens. Ich fürchte, die Bedeutung des Öls wird in den kommenden Jahrzehnten noch steigen. Seien wir ehrlich: Der Mittlere Osten ist wegen seiner Ölressourcen von strategischer Bedeutung für den Westen.

Amerikanische Unterstützung für Demokratie wird immer mit Realpolitik verbunden sein. Die USA stützten die Autokraten in Lateinamerika, Asien, Afrika und dem Mittleren Osten nicht aus Zuneigung über 60 Jahre lang, sondern aus nationalem Interesse. Im Mittleren Osten waren und sind diese Interessen Öl und Israel.

Die westlichen Agenden für Demokratisierung und Sicherheit widersprechen sich von Natur aus. Um der Stabilität willen ermutigt der Westen autokratische arabische Regime, die Freiheit und Bürgerrechte ihrer Völker weiter zu unterdrücken.

Westliche Werte geraten nicht nur im Mittleren Osten in Verruf, sondern, aus ähnlichen Gründen, auch in Lateinamerika und Russland. Eine glaubhafte Unterstützung von Demokratie und Freiheit ist dort genauso dringend wie im Mittleren Osten. Die Glaubwürdigkeit der USA steht dabei nicht mehr auf dem Spiel als die Deutschlands: Denken Sie an die Klagen über Deutschlands enge Energiekooperation mit Russland, die sowohl die Interessen seiner europäischen Partner missachtete als auch Russlands problematische Tendenzen in den Bereichen Menschenrechte und Demokratie.

Durch die Kompromissbereitschaft gegenüber autokratischen Regimes waren die meisten westlichen Demokratisierungsbemühungen in der Region von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Über Jahrzehnte haben Autokraten und ihre Spiegelbil-

Singer

Kamal

Amerikanische Demokratisierungspolitik wird immer mit Realpolitik verbunden sein

Al-Kitbi

Hoyer

Ibrahim

Kompromißbereitschaft gegenüber Diktatoren vereitelt Demokratisierungsbemühungen



der, die Theokraten, die politische Arena dominiert, während die Demokraten an den Rand gedrängt wurden – und der Westen stand fest hinter diesen Autokraten. Wie sollen die Menschen in der Region nun westliche Demokratisierungsabsichten ernst nehmen?

Ottaway Mit keiner Region ist der Westen je über mehrere Jahrzehnte konsistent umgegangen. Die beständige westliche Unterstützung im Kalten Krieg für Demokratie in Osteuropa war nur möglich, weil der Wunsch nach Demokratie im Osten selbst so stark war.

Koolae Die EU-Länder waren sogar oft noch geduldiger mit autokratischen Regimen als die USA.

Hoyer
Vielleicht schwenken die USA bald wieder um: von Demokratisierung zur Unterstützung der Diktatoren

Ich befürchte, unzureichend durchdachte politische Programme und ihre unzureichende Implementierung haben so katastrophale Ergebnisse gezeitigt, dass die US-Regierung ihren Kurs ändern wird. Vielleicht sehen wir schon vor Jahresende einen pragmatisch motivierten Paradigmenwechsel von der Freiheits- und Demokratieagenda zurück zur Unterstützung von Autokraten.

2. Wahrnehmungen und Vorurteile

Sommer Damit die Menschen in der Region westliche Hilfe annehmen, müssten sie Europa und die USA als ihre Verbündeten wahrnehmen. Angesichts der fast einhelligen Klage über westliche Doppelmoral bezweifle ich, dass dem so ist. Oder doch?

Al-Khalil Die meisten Menschen im Mittleren Osten machen den Westen für die politische Instabilität und schlechte sozioökonomische Lage der Region mit verantwortlich.

Pflüger Die USA werden von vielen in der Region beschuldigt, aus machtpolitischen Gründen eine neokoloniale Herrschaft aufzubauen, unter dem Vorwand, Frieden und Demokratie zu bringen.

Moukheiber
Die Menschen im Mittleren Osten trauen Europäern mehr als Amerikanern

Das Misstrauen gegenüber den USA ist viel größer als gegenüber der EU. Auf einer Konferenz in Kairo über Reformen haben kürzlich alle Teilnehmer, einschließlich der Islamisten, das EU-Engagement in der Region sehr viel positiver bewertet als die US-Aktivitäten.

Noch nie habe ich in der Region solchen Hass auf den Westen erlebt wie heute.

Rouleau

Präsident Ahmadinedschads Äußerungen über den Holocaust riefen sehr scharfe Reaktionen des Westens hervor, aber die dänischen Cartoons über den Propheten Mohammed wurden in ganz Europa ohne Proteste veröffentlicht. Ich persönlich glaube an die Pressefreiheit, aber diese Cartoons wurden sowohl von religiösen als auch von säkularen Muslimen als Angriff auf fundamentale islamische Werte wahrgenommen.

Was die Gewalt aufgebrachtener Muslime gegen skandinavische Botschaften als Antwort auf diese Cartoons angeht, so war diese Gewalt zweifellos unangebracht. Aber Muslime sollten ihren Protest und Schmerz in angemessener Weise ausdrücken können, mit Respekt für die Pressefreiheit in den Gemeinschaften, in denen sie leben, statt sich vom Rest der Welt zu isolieren.

In der Region herrscht eine Atmosphäre tiefen Misstrauens gegenüber dem Westen. Ich habe über 50 Jahre lang im Mittleren Osten gearbeitet, erst als Journalist, dann als Diplomat. In all dieser Zeit habe ich nie solch tiefe Gefühle von Hass, Frustration und Misstrauen dem Westen gegenüber erlebt wie jetzt. Unsere Unterstützung der regionalen Diktatoren und unsere unausgewogene Haltung im Israel-Palästina-Konflikt sind daran mitschuldig. Wir werden in der Region nichts erreichen, solange wir als doppelgesichtige Heuchler angesehen werden, die nur ihrer eigenen Agenda folgen.

Westliche Anti-Terror-Operationen werden oft als Kreuzzug des Westens gegen die Muslime wahrgenommen. Angesichts des Ausmaßes westlicher Islamophobie sollte es uns nicht überraschen, dass die Menschen in der Region unsere guten Absichten anzweifeln. Die dänischen Cartoons haben den Propheten mit einer Bombe auf dem Kopf, also als Terroristen, dargestellt. Viele im Westen setzen heute Terrorismus mit dem Islam gleich, als ob ein Haufen Krimineller, der sich Al-Qaida nennt, authentische Repräsentanten der Religion des Propheten wären.

Solche Selbstgeißelungen regen zwar die Diskussion an, aber ich glaube nicht, dass der Westen die Situation dadurch besonders wirksam verbessert, dass er ständig die Verantwortung für alle Fehlentwicklungen in der Region übernimmt.

Den Westen für alle Defizite in der arabischen Welt verantwortlich zu machen, für autokratische Regime, die Benachteiligung von Frauen und mangelnde Aktivität der Zivilgesellschaft, gibt den Menschen in der Region ein Alibi für Untätigkeit.



Koolae

Esfandiari

Rouleau

Wir werden nichts erreichen, solange wir als Heuchler gelten

Brengelmann

Westliche Selbstgeißelungen nutzen niemanden ...

Fischer

... außer jenen, die für ihre Untätigkeit ein Alibi brauchen



Wir sollten sie nicht aus der Pflicht entlassen, ihren eigenen Modernisierungspfad zu finden.

Kamal
Demokratie braucht einheimische Akteure

Man kann der USA nicht die Schuld für die Gesamtsituation in der Region geben: Demokratisierung ist vor allem auf einheimische Akteure angewiesen.

Berman

Herr Rouleau, ich habe den Eindruck, dass Ihr Studium des westlichen Bildes im Mittleren Osten Sie fast dazu gebracht hat, dieses Bild zu übernehmen. Ich würde Sie gern daran erinnern, dass die Diktatoren in der Region genau das sehen wollen: Menschen, die ihre Aufmerksamkeit auf den Israel-Palästina-Konflikt und westliche Interventionen richten statt auf Wirtschaftsprobleme und schlechte Regierungsführung. Ein früherer ägyptischer Botschafter beklagte sich bei mir einmal über das äußerst schlechte Image der USA in Ägypten. In jedem Straßencafé in Kairo, bedauerte er, sprächen sie darüber, dass die USA mit ihrem Boykott des Irak Kinder töteten. Der Botschafter wusste sehr genau, dass in Wahrheit der Missbrauch des Irak des Öl-für-Nahrungsmittel-Programms der UN (das dafür sorgen sollte, dass die Bevölkerung ausreichend Medizin und Nahrungsmittel bekommt) für diesen Missstand verantwortlich war. Aber offenbar hatte er nicht vor, selbst zur Aufklärung der Menschen in den Cafés beizutragen, wer wirklich zur Rechenschaft gezogen werden sollte.

Volker
Für den Zustand der Länder sind deren Regierungen verantwortlich

Tatsächlich machen viele Menschen in der Region den Westen für politische und wirtschaftliche Defizite verantwortlich. Dabei sind es die Regierungen im Mittleren Osten, die für den Zustand von Demokratie und Wirtschaft ihrer Länder zuständig sind.

Klose

Der Westen ist natürlich nicht schuld an allen Konflikten im Mittleren Osten. Der Irak hat 1980 den Iran angegriffen, und obwohl einige westliche Regierungen den Irak unterstützten, kritisierte der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher diesen Angriff. Es war auch der Irak, der 1990 Kuwait angegriffen hat, und die USA haben Kuwait befreit.

Polenz

Ich denke, es gibt einen strukturellen Grund für die Entfremdung zwischen dem Westen und der islamischen Welt: die moderne Telekommunikationsinfrastruktur. Wir leben heute in einer verbundenen Welt. Das könnte – eigentlich – den Druck auf autokratische Regime erhöhen. Aber bisher hat es nur zur Vereinheitlichung der Konsummuster geführt, nicht zu allgemein akzeptierten Standards für

Überall treiben die Amerikaner die Globalisierung voran – nur nicht in den USA.

Al-Kitbi



Zivilgesellschaften. Im politischen Bereich hat es vor allem die Verbreitung von Verschwörungstheorien in der islamischen Welt erhöht.

In arabischen Ländern steuern die Regierungen die öffentliche Meinung durch die Medien, aber elektronische Kommunikationsmittel wie Textnachrichten und E-Mail sind frei. Gerüchte verbreiten sich in Sekundenschnelle und können nicht mit unabhängigen Quellen abgeglichen werden. So entsteht ein Nährboden für alle möglichen öffentlichen Aufschreie und Verschwörungstheorien. Dadurch verstärkt sich die ohnehin vorherrschende Ansicht der Menschen im Mittleren Osten, besonders der Islamisten, dass demokratische westliche Gesellschaften egoistisch, dekadent und familienfeindlich sind und keine Werte haben. Westliche Politik, so denkt man, ist imperialistisch und gefährdet die nationale Unabhängigkeit der Staaten der Region und ihre Kontrolle über wirtschaftliche Ressourcen.

Staatlich kontrollierte Medien tragen ihren Teil zur Radikalisierung bei. Sie zeigen zum Beispiel, wie israelisches Militär US-Waffen gegen Palästinenser einsetzt. Das ist eine Hauptquelle der verbreiteten Feindseligkeit gegen die USA: die übermäßig hohe Bedeutung, die man dem arabisch-israelischen Konflikt zumisst.

Es mag sein, dass der Eindruck einer antiislamischen Politik übertrieben ist, und in der Tat instrumentalisieren die Autokraten dieses Klischee. Trotzdem möchte ich anregen, die Einstellungen des Westens gegenüber der islamischen Welt kritisch zu analysieren.

Im Westen herrscht ein weitverbreitetes Misstrauen gegen alles, was aus der islamischen Welt kommt. Obwohl Präsident Bush die Vereinigten Arabischen Emirate als »wertvollen strategischen Partner« im Kampf gegen den Terror bezeichnete, hinderte der US-Kongress das Unternehmen Dubai Ports World am Kauf von sechs US-Häfen. Der einzige Grund dafür war, dass Dubai Ports World eine Firma aus dem Mittleren Osten ist. Für die Region zeigte das, dass die USA die Globalisierung überall vorantreiben wollen, nur nicht bei sich selbst.

Die meisten Menschen im Westen unterschätzen die Araber und Muslime, das habe ich über Jahrzehnte beobachtet. Als ich im Außenministerium über Tunesien arbeitete, haben die französischen Diplomaten immer gesagt: »Ach, die Araber, die können gar nichts.« Sie zeigten keinen Respekt vor der arabischen Kultur, obwohl Karthago lange vor Frankreich eine Zivilisation war. Die Franzosen verloren dann

Elektronische Medien sind ein Nährboden für Verschwörungstheorien...

Kassem

... und staatliche Programme radikalieren die öffentliche Meinung

Sommer

Al-Kitbi

Smyser

Der Islam ist längst Teil
der westlichen Zivilisation.

Al-Khalil



allerdings ihren Krieg gegen die Araber, wie Sie sich vielleicht erinnern. Heute stellen die meisten Cartoonisten in den USA die Araber und Muslime entweder als reiche Scheichs mit Ölfässern dar oder als Terroristen mit Bomben. Es war kein Zufall, dass Verteidigungsminister Rumsfeld die Anzahl an Truppen, die zur Befriedung des Iraks nötig sind, grob unterschätzt hat. Vorurteile gegen die arabisch-welt zeigten sich kürzlich auch gegenüber Prinz Al-Walid ibn Talal Al-Saud, einem saudischen Geschäftsmann und Mitglied der Königsfamilie. Der Prinz spendete den Universitäten Harvard und Georgetown jeweils \$20 Millionen zur Finanzierung von Islamstudien. Statt dies als Chance zu sehen, kulturelle Brücken zu bauen, wurde die moralische Vertretbarkeit der Spende infrage gestellt, weil der Prinz mit der Einrichtung dieser Zentren die amerikanische Einstellung zum Islam ändern will.

Volker
Radikale von beiden Seiten
wildern in der Mitte

In der letzten Zeit ist die Islamophobie im Westen gewachsen, der Fall Dubai Ports World ist nur ein Beispiel. Die Angst vor dem Islam wird durch arabische Extremisten genährt, aber auch durch intolerante Kräfte im Westen. Radikale auf beiden Seiten wildern in der Mitte und versuchen so, eine Wagenburg-Mentalität zu schüren.

Koolae
Seit dem 11. September behandelt der Westen
alle Muslime als potenzielle Terroristen

Seit dem 11. September und Präsident Bushs Teilung der Welt in gut und böse ist die islamische Welt zum Ziel im Kampf gegen den Terror geworden – ein Kreuzzug, ähnlich der Verdammung der Sowjetunion als »Reich des Bösen« durch Präsident Reagan in den 1980er-Jahren. Plötzlich behandelt der Westen alle Muslime wie potenzielle Terroristen.

Al-Khalil
Die Menschen im Mittleren Osten
hassen den Westen nicht – im Gegenteil

»Islamophobie« ist in den intellektuellen Kreisen und öffentlichen Arenen des Westens verbreitet. Besonders nach den Terroranschlägen vom 11. September haben irreführende Vorstellungen Anhänger gewonnen. Es heißt, die Menschen im Mittleren Osten verabscheuten westliche Werte und Lebensstile. Der Wahrheitsgehalt dieser von Politikern in Krisenzeiten präsentierten Darstellung ist fragwürdig. Muslime »hassen« den Westen nicht. Eine Studie von 2004, durchgeführt vom Center of Strategic Studies der Universität von Jordanien, mit dem Titel »The Arab Street Revisited: Research from Within«, ergab, dass die Muslime am Westen am meisten Technologie, Demokratie und Meinungsfreiheit bewundern. Ein Blick auf die Muslime, die vor westlichen Botschaften für Einreisevisa anstehen, ist Beweis genug, dass Muslime westliche Werte hoch schätzen, ungeachtet der lauten, verzerrenden Äußerungen islamistischer Extremisten.

Der Islam wird als Bedrohung für den Westen angesehen. Muslime werden in westlichen Medien, einigen Schulbüchern und Filmen als Fundamentalisten, Extremisten und Terroristen dargestellt. Es gibt in der Tat extremistische und gewalttätige Gruppen in der islamischen Welt. Das gilt aber auch für den Westen. Die falsche Vorstellung einer islamischen Gefahr stützt die Theorie vom »Kampf der Kulturen«. Tatsächlich aber ist der Islam längst Teil der westlichen Zivilisation: Muslime im Westen sind Ärzte, Sportler, Musiker, Akademiker, Politiker, Geschäftsleute, Anwälte und aktive Bürger. Die moderne Welt lässt sich nicht mehr nach Religionen trennen. Es regiert nicht mehr der Papst die eine Hälfte der Welt, der islamische Kalif die andere. Muslimen ist heute klar, dass das Konzept von »Dar al-Harb« (Haus des Krieges) und »Dar al-Islam« (Haus des Islam) nicht mehr gilt.

Über Jahrhunderte hat der Westen schwere Fehler im Umgang mit der islamischen Welt begangen, erst mit dem Kolonialismus, dann durch den Export zum Scheitern verurteilter Ideologien wie Nationalismus, Faschismus und Marxismus. Muslime haben gute Gründe für ihre Skepsis gegenüber westlichen Konzepten. Aber bessere Regierungsführung, weniger Korruption und mehr soziale Gerechtigkeit sind im Interesse der islamischen Welt, auch wenn sie vom Westen propagiert werden.

Der Westen muss für seine Konzepte werben! Nur so haben die Menschen in der Region die Chance, sich ihre eigene Meinung über Demokratie zu bilden. Die Demokratisierung Osteuropas war nicht so sehr ein Erfolg europäischer oder amerikanischer politischer Strategien, sondern westlicher Ideen. Nichts ist mächtiger als Ideen. Osteuropa war sicher eine freundliche Umgebung für die westlichen Ideen. Nun sollten wir versuchen, unsere Ideen in der weniger freundlichen Umgebung des Mittleren Ostens zum Blühen zu bringen. Europäer neigen aus historischer Erfahrung dazu, ihre eigenen Werte anzuzweifeln. Wir sollten für unsere Werte werben und dann den Menschen im Mittleren Osten die Entscheidung überlassen.

3. Der arabisch-israelische Konflikt

Bevor wir uns der Zukunft zuwenden, kommen wir nicht umhin, einen, vielleicht *den* Hauptgrund für das Misstrauen der arabischen Welt gegen den Westen anzusprechen: Wie bewerten die Menschen dort die westliche Rolle im arabisch-israelischen Konflikt?

Pflüger

Reiter

Wir sollten für unsere Werte werben und dann den Menschen in der Region die Entscheidung überlassen

Sommer

Zur Lösung des Israelisch-Palästinensischen
Konflikts müssen die arabischen
Staaten ihre Politik ändern.

Volker

Moukheiber Die Glaubwürdigkeit des Westens beim Thema Demokratisierung ist unauflöslich mit dem arabisch-israelischen Konflikt verknüpft, denn das unausgewogene Verhalten der Westmächte beschädigt ihre Glaubwürdigkeit. Es ist eine der Motivationsquellen für Terroristen. Die USA gelten nicht mehr als ehrliche Makler, sondern sind berüchtigt für ihre Doppelmoral.

Polenz Die Wahrnehmung des Westens in der islamischen Welt wird in der Tat stark durch unseren Umgang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt beeinflusst. Das betrifft besonders die USA.

Al-Khalil Die Menschen im Mittleren Osten denken, alle dortigen Konflikte seien durch die USA, europäische oder andere Länder außerhalb der Region entfacht worden. Israel ist ein Fremdkörper im Mittleren Osten, den Europa gepflanzt hat. Israel ist das beste Beispiel: Als Fremdkörper von Europa ins Herz des Mittleren Ostens gepflanzt, wurde es später durch die USA erhalten und geschützt. Alle wissen, dass Israel ohne die enorme westliche Unterstützung mit Geld, Technologie, Waffen und politischer Macht keine zehn Jahre überlebt hätte.

Klose Israel wurde nicht von den Europäern geschaffen, sondern von der UN. Die Zustimmung der Generalversammlung zum Teilungsplan von 1947 schuf die Grundlage für den Staat Israel. Hätten die Palästinenser und arabischen Nachbarstaaten den Plan damals akzeptiert, hätten die Palästinenser einen fast genauso großen Staat erhalten wie Israel.

Volker Herr Al-Khalil stellt die Lage verzerrt dar: Wie viele arabische Regierungen treiben offen Handel mit Israel? Wie viele haben diplomatische Beziehungen mit Israel oder erkennen den Staat an? Wie viele drängen die Hamas aktiv dazu, Israel anzuerkennen? Bevor der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern gelöst werden kann, müssen die Araber ihre Politik grundlegend ändern.

Rouleau Die bedingungslose Unterstützung Israels ist das schlimmste Beispiel für westliche Doppelmoral. Wie können Muslime westlichen Ankündigungen freier Wahlen trauen, wenn EU und USA die Mehrheit der Bürger dafür bestrafen, anders zu wählen, als der Westen es gewünscht hätte? Als der Chefberater des israelischen Premierministers, Dov Weissglass, zynisch scherzte, Israel würde die Palästinenser nicht verhungern lassen, wenn sie die Hamas wählten, sondern nur auf Diät setzen, haben seine Kollegen fröhlich gelacht. Das wurde in der arabischen Presse



berichtet. Kein westlicher oder israelischer Politiker hat Weissglass kritisiert oder ihn aufgefordert, sich für seinen unmenschlichen Witz zu entschuldigen.

Der verstorbene Jassir Arafat hat fünf israelische Premierminister überdauert und viele Jahre verschwendet. Er hat die Bedürfnisse seines Volkes vernachlässigt und die Verhandlungen mit Israel stümperhaft geführt, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Es geht auch anders: Als Präsident Anwar Sadat im ägyptischen Parlament ankündigte, er wolle die Knesset besuchen, begrüßten die Israelis dies, und die USA verhielten sich als verlässlicher Makler. So kam das Camp-David-Friedensabkommen zustande.

Der arabisch-israelische Konflikt behindert die Demokratisierung der Region. Die Doppelmoral gegenüber Israel und seinen islamischen Nachbarn fördert Terrorismus in der Region.

Auch Besatzungstruppen blockieren demokratische Entwicklungen – der Libanon war durch die lange Besetzung durch syrische Truppen wie gelähmt.

Trotzdem ist das palästinensische Argument falsch, erst nach dem Abzug der Israelis könne es eine palästinensische Demokratie geben. Auch dürfen wir nicht hinnehmen, dass andere Regierungen den Konflikt als Alibi für die Verschleppung von Demokratisierung benutzen.

4. Gründe für Radikalismus

Radikalismus ist eine der wichtigsten Bedrohungen des Westens. Ihm die Grundlage zu entziehen ist vielleicht das Hauptmotiv westlicher Demokratisierungsbemühungen. Woher rührt die zunehmende Radikalisierung, die die Grundlage für Terrorismus schafft?

Der 11. September hat den Mittleren Osten wieder in unser politisches Bewusstsein gerückt. Vor diesem schrecklichen Ereignis haben sich nur wenige Politiker und Konferenzen mit dem Mittleren Osten oder dem Iran beschäftigt. Erst unsere Angst vor islamistischen Terroristen hat westliche Politiker dazu gebracht, den Islam und seine politischen Implikationen verstehen zu wollen und sich in Parlament und Öffentlichkeit damit zu beschäftigen. Wir sind jetzt schon allein aus Sicherheitserwägungen gezwungen, die Probleme der Region zu analysieren und uns um ihre Lösung zu bemühen.

Kassem

Moukheiber

Sommer

Polenz

Erst der 11. September rückte den Mittleren Osten ins politische Bewusstsein

Die Bevölkerungsentwicklung ist die größte Herausforderung im Mittleren Osten.

Singer



Koolae
Weltweite Ungerechtigkeit ist eine Quelle des Terrorismus

Terrorismus erwächst nicht nur aus den Defiziten der Gesellschaften und politischen Systeme im Mittleren Osten, sondern auch aus der Ungerechtigkeit unserer globalisierten Welt. Statt sich nur auf den Krieg gegen den Terror zu konzentrieren, muss der Westen die Lücke zwischen unterentwickelten und entwickelten Ländern verringern und internationale Institutionen stärken. Wenn das internationale System gerechter ist, versiegt eine wichtige Quelle terroristischer Gefahren.

Klose

Terrorismus wird von einer Minderheit selbst erklärter heiliger Krieger in unsere Gesellschaften getragen. Der Konflikt ist kein Kampf der Kulturen, denn er ist kein Kampf zwischen Muslimen und Christen oder Westlern, sondern ein Kampf zwischen Extremisten und friedlichen Gesellschaften.

Singer

Zur Radikalisierung trägt die Bevölkerungsentwicklung bei – die größte Herausforderung für den Mittleren Osten. In der nächsten Generation werden 100 Millionen junge Menschen in stagnierenden Volkswirtschaften Arbeit suchen. Man kann nur hoffen, dass die Reformversprechen nicht durch diese Entwicklung untergraben werden.

Diese Generation wird zudem in der Nach-11.-September-Zeit aufwachsen, in einer Umgebung von Hass und Wut, weshalb sie auf englisch schon »Hateration« genannt wird. Diese Menschen vor Radikalisierung zu bewahren ist eine schwierige, aber immens wichtige Aufgabe.

Sommer

Ist der Sieg der Hamas in Palästina ein Zeichen für den Aufstieg des radikalen Islamismus?

Fischer

Die Wahlen zum palästinensischen Parlament waren fair und frei. Die Bürger, die unter schwersten Bedingungen zur Wahl gingen, haben gezeigt, wie wichtig ihnen Demokratie ist.

Wahlsiege von Islamisten nähren Zweifel, ob die Menschen die Demokratie annehmen

Der Sieg der Islamisten wirft natürlich Zweifel auf, ob die Menschen im Mittleren Osten die demokratischen Ideale so angenommen haben wie wir im Westen. Aber ich bin davon überzeugt, dass die Wahlentscheidung für Hamas keine Entscheidung gegen Demokratie oder für Islamismus war, sondern für einen besseren Alltag, für Sicherheit, Sozialleistungen und Bildung. In diesen Bereichen hatte Fatah versagt.

Berman

Bei der Betrachtung der Region dürfen wir Saudi-Arabien nicht vergessen: Es ist ein Schlüsselland für die Demokratisierung der Region, und zwar ein höchst pro-

blematisches. Das Land ist nicht nur einer der weltgrößten Ölexporteur, sondern auch leidenschaftlicher Exporteur seiner strengen, feudalen, aus dem 18.-Jahrhundert stammenden Variante des Islam, des Wahhabismus. Die saudische Finanzhilfe an die Anhänger dieser Lehre hat unvorhersehbare Auswirkungen.

Der Wahhabismus trägt zum negativen Image des Westens in der Region bei, und Saudi-Arabien ist mit großen Spenden von Privatleuten und wohlthätigen Institutionen ein Hauptexporteur des Wahhabismus. Da Saudi-Arabien offiziell den Krieg gegen den Terror unterstützt und islamistischen Terror verdammt, ist es nicht kontraproduktiv, gleichzeitig antiwestliche Stimmung zu verbreiten, Herr Al-Khalil?

Ich muss zugeben, dass der viel kritisierte Export des Wahhabismus auch zum internen Problem für Saudi-Arabien geworden ist. Die Regierung hat erste Schritte unternommen, darunter die Schließung der einflussreichen islamischen Al-Haramain-Stiftung in Riad und anderer Wohltätigkeitsorganisationen, die von den USA der Finanzhilfe für Terrorgruppen verdächtigt wurden. Eine neue Institution, die »Saudi National Commission for Relief and Charity Work Abroad«, wird sich darum kümmern, zukünftig wohlthätige Spenden von den falschen Händen fernzuhalten.

Saudis sind dem Westen nicht feindlich gesinnt, abgesehen vom Bekenntnis zur rechtmäßigen palästinensischen Sache. Unsere Beziehungen zu Europa und den USA in den letzten Jahrzehnten waren sogar sehr fruchtbar. Seit 1950 haben zahllose Saudis im Westen studiert, was Saudi-Arabien beinahe zum bilingualen Land macht. Aber Saudi-Arabien hat nie seine Zugehörigkeit zur islamischen Welt vergessen; es hat gute Verbindungen zu seinen Nachbarn im Golfkooperationsrat und anderen islamischen Ländern. Saudi-Arabien interessiert sich für die Belange der Region, übernimmt oft eine Führungsrolle und ist bereit zu helfen.

5. Kann der Mittlere Osten demokratisch werden?

Viele Menschen behaupten, dass Demokratie im Mittleren Osten aus kulturellen und religiösen Gründen nie funktionieren wird. Ich frage die Teilnehmer aus der Region: Stimmt das?

Ich weigere mich zu akzeptieren, dass Muslime genetisch ungeeignet für Demokratie sein sollen. Das ist ein Vorwand unserer Herrscher, um die Menschen von

Brengelmann

Warum schürt Saudi Arabien antiwestliche Stimmungen?

Al-Khalil

Die saudische Regierung wird religiöse Stiftungen künftig schärfer kontrollieren

Sommer

Kassem

Demokratie ist im Mittleren Osten nichts Neues.

Ibrahim



Muslime sind keineswegs genetisch ungeeignet für die Demokratie

der Bestimmung ihres eigenen Lebens abzuhalten. Leider treten oft gerade diejenigen im Westen in diese Falle, die Verständnis für lokale Traditionen zeigen wollen.

Ibrahim

Statt sozialer Gerechtigkeit herrschen seit 50 Jahren Stagnation und Verfall...

Demokratie ist nichts Neues im Mittleren Osten. Viele vergessen, dass es hier einmal ein liberales Zeitalter gab und Ägypten schon 1866 ein gewähltes Parlament hatte. Bevor Deutschland und Italien zur nationalen Einheit fanden, hatten wir schon Liberalismus und Demokratie. Es war keine Westminster-Demokratie, aber Partizipation am politischen Prozess. Menschen über 60 wie Herr Al-Azm und ich erinnern uns noch an das Ende dieser liberalen Zeit. In den 1960er-Jahren haben wir die verleumdete Demokratie gegen Autokraten, Diktatoren und Militärregime eingetauscht, die die Befreiung Palästinas, soziale Gerechtigkeit und arabische Einheit versprochen, einen alternativen sozialen Pakt zum liberal-demokratischen Vorgänger. Heute, 50 bis 60 Jahre später, ist Palästina kein Stück freier, die arabische Welt nicht vereint, und statt sozialer Gerechtigkeit erleben wir Stagnation und Verfall.

... und zwar darum, weil manche die Region für demokratieunfähig erklären

Die Behauptung, Demokratie könne in der arabischen Welt aus kulturellen und religiösen Gründen nicht funktionieren, ist Europas liebste Ausrede für Untätigkeit. Sie ist so unzutreffend wie verbreitet. Vor 60, 70 Jahren waren viele US-Politiker und Sozialwissenschaftler überzeugt, dass die Deutschen wegen ihrer autoritären Mentalität und die Japaner wegen der konfuzianischen Tradition nie Demokraten sein könnten. Über Slawen wurde gesagt, sie könnten aus historischen Gründen nicht ohne autokratische Herrscher leben, und bis in die 1970er-Jahre meinten viele, dass die südamerikanischen und südeuropäischen Diktatoren das Richtige für die katholischen Bevölkerungen dieser Länder seien. Trotzdem haben sich seit 1974 hundert Länder aller Rassen, Farben und Religionen zu Demokratien gewandelt, angefangen mit Portugal. Ich bin nicht bereit, das scheinbar so verständnisvolle Urteil zu akzeptieren, die Menschen in meiner Region seien dazu verdammt, ihr Leben unter diktatorischer oder theokratischer Herrschaft zu verbringen, weil sie zur Demokratie nicht fähig sein sollen. Sehen Sie mich an: Hindert mich meine DNS daran, Bürger eines demokratischen Staates zu sein wie Sie?

Reiter

Demokratiegegner argumentieren heute genauso wie früher gegenüber dem Ostblock

Demokratisierungsgegner im Osteuropa der 1970er- und 80er-Jahre argumentierten genauso wie die, die heute meinen, dass westliche Demokratie nicht in den Mittleren Osten passt. Die Behauptung der kommunistischen Regime, ihre Völker



seien nicht reif für die westliche Demokratie und sollten ihren eigenen Weg finden dürfen, fand bei gewissen politischen Gruppen in Europa Widerhall, sehr zu unserem Leidwesen in Polen.

Der Wunsch nach Reform und Modernität im Mittleren Osten reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück, und das Streben nach Menschenrechten und Demokratisierung ist nicht neu. Die Stärkung der Menschenrechte sollte nicht durch übertriebenen Respekt für regionale kulturelle Traditionen behindert werden. Jedes UN-Mitglied muss die Menschenrechte respektieren, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) aufgeführt sind.

Die älteste Reformbewegung in der Region kam von innen: Mit der *Tanzimat*-Periode wurde die Türkei zum führenden Modernisierer in der islamischen Welt. *Tanzimat* bedeutet, wie die *Perestroika* der Sowjetunion, »Umgestaltung«. 1839 begann der Sultan mit Reformen, um den Rückfall des Osmanischen Reichs hinter die europäischen Mächte zu verhindern. Er modernisierte die Armee und das Bildungssystem und bekämpfte die Korruption. Der Höhepunkt kam 1876 mit einer Verfassung zur Begrenzung der autokratischen Macht des Sultans. Trotz heftiger Gegenreaktionen lief die Modernisierung des Osmanischen Reichs und seines Nachfolgers, der Türkei, bis nach dem Zweiten Weltkrieg weiter. Die Jungtürken und späteren Republikführer wurden in den Schulen ausgebildet, die während der *Tanzimat*-Zeit errichtet wurden.

Viele Menschen in der islamischen Welt, besonders im Iran, weisen Modernisierung, Säkularisierung, Relativismus und Individualismus als westliche Werte zurück, die ihren jahrhundertealten Traditionen und Identitäten entgegenstehen. In großen Teilen der Region haben demokratische Werte nie Fuß gefasst, und der Aufstieg des politischen Islam hat ihren Einfluss zusätzlich eingeschränkt.

Der Iran hat aber auch eine lange Demokratisierungstradition. Seit der bürgerlich-demokratischen russischen Revolution von 1905 haben die Ideen von Demokratie, Menschenrechten, Gleichberechtigung und Rechtsstaat Irans Gesellschaft beeinflusst, früher als sonst irgendwo in Westasien. Der politische Islam ist in meinem Land nicht die einzig mögliche Alternative zu despotischen säkularen Regimen – die Theokratie erfüllt heute nicht mehr die Erwartungen der Men-

Esfandiari

Respekt vor Traditionen sollte niemand an der Stärkung der Menschenrechte hindern

Al-Azm

Koolae

Der Iran besitzt eine lange demokratische Tradition



schen. Unsere Bevölkerung ist geteilt in die Unterstützer des Mullahs, die jeden internationalen Einfluss ablehnen, und die, die sich Reformen wünschen und internationalen Einfluss für potenziell positiv halten.

Kassem

Islamisten sind besser gegen Unterdrückung geschützt als säkulare Parteien

Manche halten Islamismus für die einzig mögliche Alternative der Region zu autoritärer Herrschaft. Die säkularen Parteien seien derzeit zu schwach. Schwach sind sie aber nur, weil sich die Islamisten besser gegen Unterdrückung schützen können.

Nehmen Sie das Beispiel von Ägypten: Seit dem Attentat auf Präsident Anwar Sadat 1981 steht das Land, obwohl formell demokratisch, unter Kriegsrecht. Über 20 Jahre lang wurden die Parteien der sogenannten »alten Opposition« unterdrückt: Ihre Aktivitäten wurden eingeschränkt, die Aktivisten zogen sich in die Hauptquartiere zurück, und ihre Zeitungen wurden geschlossen. Heute sind diese Parteien nur noch ein Schatten ihrer selbst; die Parteichefs sind korrupt und fordern Mubarak und seine herrschende National-Demokratische Partei nicht mehr ernsthaft heraus. In den letzten Jahren ist eine neue Opposition aufgekommen, die es mit demokratischem Wandel ernst meint und nicht in Mubaraks Farce mitspielen will. Dazu gehören die Hisb al-Ghad (Partei von morgen), eine liberale, säkulare Partei der Mitte, der ich selbst angehöre, die nasseristische Hisb al-Karama (Partei der Würde) und die Hisb al-Wasat (Zentrumspartei), ein Ableger der Moslembroderschaft mit moderater Ausrichtung und koptischen Mitgliedern, die sich von islamischem Fundamentalismus hin zu moderner Politik bewegt. Hisb al-Wasat und Hisb al-Karama haben vom Politische-Parteien-Ausschuss des Shura-Rats noch nicht die notwendige volle Lizenz erhalten, und Hisb al-Ghad hat seine Lizenz erst nach Einschaltung des Parteiengerichts am Hohen Verwaltungsgericht bekommen.

Die Menschen wählen Islamisten aus Mangel an Alternativen

Also warum haben die Islamisten bei der letzten Wahl so stark hinzugewonnen? Nur weil säkulare Parteien nicht richtig arbeiten dürfen, während die Islamisten von den Moscheen aus operieren, die das Regime nicht schließen kann. Das ägyptische Volk hatte nur die Wahl zwischen dem Regime und der Moschee. Da die alte Opposition diskreditiert und die neue Opposition schwach und Schikane ausgesetzt ist, wählen die Menschen aus Mangel an Alternativen die Islamisten. Der Niedergang säkularer Parteien in der Region ist fast ein Spiegelbild der ägyptischen Entwicklung. Solange sich Andersdenkende nicht auch außerhalb der Moschee versammeln dürfen, werden die säkularen Parteien gegenüber den islamistischen im Nachteil sein.



Es gab zwar Unregelmäßigkeiten bei der letzten Parlamentswahl, aber die regierende Partei hat nur 34% der Sitze gewonnen; die Mehrheit der Sitze ging an unabhängige und Oppositionskandidaten. Die Opposition sollte die Regierung nicht für ihre internen Probleme verantwortlich machen.

Herr Kassem, Sie behaupten, dass Schikanen der ägyptischen Regierung am Niedergang der säkularen Parteien schuld sind – aber säkulare Parteien sind in der ganzen Region im Niedergang begriffen. In Marokko wird ihnen etwas mehr Spielraum gegeben als in Ägypten, dennoch stehen sie vor den gleichen Problemen. Gibt es im Mittleren Osten nicht vielleicht eine allgemeine Krise der säkularen Parteien, weil sie keinen Kontakt zu den Wählern haben?

Wenn Sie einen guten Tipp haben, wie säkulare Parteien besseren Kontakt zur Wählerschaft aufbauen können, gebe ich das gern an die säkulare Partei der USA weiter, denn die hat besseren Kontakt zu ihren Wählern auch bitter nötig.

Saudi-Arabien braucht keine sofortige Demokratisierung. Nicht weil Demokratie im Widerspruch zum Islam stünde. Sondern unser derzeitiges politisches System ist einfach am besten dazu geeignet, unsere Hauptziele wie Verantwortlichkeit der Regierung, Bildung und effiziente Nutzung des nationalen Reichtums zu erreichen. 1950 lag die Analphabetenrate bei 95%, es gab keine modernen Schulen oder Universitäten. Die gewaltigen Fortschritte seitdem sind das Verdienst der Regierung. Unsere westlich ausgebildeten Intellektuellen teilen diese Ansicht. Ich persönlich unterstütze die Demokratie und andere westliche Ideen – immerhin habe ich 17 Jahre in den USA gelebt, meine beiden Töchter sind Amerikanerinnen, und eine davon studiert hier an der Georgetown University. Aber für die Modernisierung in Saudi-Arabien brauchen wir unser derzeitiges politisches System.

Demokratisierung zu verschieben, weil drängende Probleme angeblich am besten von einer Autokratie gelöst werden könnten, ist genau das Falsche. Staaten können nur mithilfe demokratischer Institutionen effektiv mit solchen Herausforderungen umgehen. Ich frage mich, wie viele Saudi-Arabier bereit sind, mit den ersten Schritten Richtung Demokratisierung so lange zu warten, bis ihr Staat versagt.

Wie kann man nur dafür argumentieren, Demokratisierung müsse warten, bis dieses oder jenes politische Problem bewältigt sei? Mit solchen Problemen kann

Kamal

Die säkulare Opposition ist für ihre internen Probleme selbst verantwortlich

Ottaway

Berman

Al-Khalil

Saudi Arabien braucht keine sofortige Demokratisierung

Kassem

Wollen die Saudis mit der Demokratisierung warten, bis der Staat versagt?

Ibrahim



eine offene Gesellschaft am besten fertig werden – der Schlüssel ist der Aufbau von Institutionen. Darum sollte Demokratisierung Priorität vor anderen Zielen haben – wie besserer Bildung, unabhängigen Gerichten oder der Reform der Gesetze, die den Status von Frauen regeln.

Moukheiber

Herr Al-Khalil, Ihre Einschätzung, Saudi-Arabien brauche noch keine Demokratie, erschreckt mich. Ich denke, die Länder der Region brauchen demokratische Systeme, die auf der Souveränität des Volkes aufbauen, nicht auf einer von Gott verliehenen Souveränität und Königen, die Gottes Willen umsetzen sollen. Ein solches monarchisches System wäre für mich als Libanesen ein Albtraum. Wir müssen die Staatsführung säkularisieren, auch wenn das komplex und mühsam ist.

Al-Kitbi

In den letzten Jahren haben viele Bittsteller in Saudi-Arabien Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht der Regierenden, Reformen und eine Verfassung gefordert.

Al-Khalil

Natürlich wünschen sich viele Saudis Reformen – so auch ich –, aber eine sofortige Demokratisierung nach westlichem Muster würde unsere Fortschritte bei der Verbesserung von Verantwortlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit und der Verwendung unseres nationalen Reichtums zum Wohle des Volkes behindern.

Sommer

Gibt es eine Basis für Reformen in der Region selbst?

Kamal

Die Internet-Generation
unterstützt Reformen

Der heutige Mittlere Osten unterscheidet sich zusehends von der Darstellung im letzten UN »Arab Human Development Report«. Heute gibt es eine Basis für Reformen in der Bevölkerung, nicht nur Opposition und Bürgerrechtsaktivisten, sondern auch innerhalb der Regierungskreise. Politisierung und politische Mobilität nehmen in vielen Ländern zu. Einer der Gründe dafür ist der demografische Wandel: Über 70% der Bevölkerung sind heute unter 30 Jahre alt. Die junge Generation, von der modernen Welt durch Satelliten-TV und Internet beeinflusst, unterstützt Reformen.

Al-Kitbi

Die Menschen wollen nicht mehr politische
Rechte gegen materielle Vorteile eintauschen

Lange haben die Menschen in der Golfregion ihre politischen Rechte für die Vorteile aufgegeben, die ihnen das Öl brachte. Aber heute verlangen sie Redefreiheit und das Recht, die Regierung zu kritisieren.

Die politische Landschaft im Mittleren Osten verändert sich auf der Mikroebene. Scheinbar kleine Schritte haben fast revolutionäre Auswirkungen.



Al-Azm

Die Menschen dürsten nach Reformen. Aber die Regime kontrollieren ihre Bürger so streng, dass Reformer oft keine Möglichkeit haben, ihre Unzufriedenheit zu äußern.

Demokratisierung gewinnt im Mittleren Osten dadurch Unterstützung, dass andere Versuche zur Überwindung der politischen Stagnation gescheitert sind. Nach dem Scheitern nationalistischer und populistischer Reformen wandten sich viele Reformer in den 1980er-Jahren der Unterstützung von Zivilgesellschaft, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und unabhängiger Justiz zu. Dieser neue Konsens wurde zwar auch von außen unterstützt, aber durch einheimische Bedürfnisse angetrieben.

Auf der Mikroebene ist in der politischen Landschaft und beim Aufbau von Zivilgesellschaften in letzter Zeit viel passiert. Diese scheinbar kleinen Schritte haben bei uns fast revolutionäre Auswirkungen. Solche Prozesse sollten die USA und die EU unterstützen. Das Gleiche gilt für die beginnende Debatte darüber, Gesellschaften auf dem Respekt für Menschenrechte, Meinungsfreiheit und religiöser Neutralität des Staates aufzubauen. Auch wenn derzeit nur ein Drittel der Bevölkerung hinter dem steht, was ich den neuen liberalen Konsens nennen würde, ist das ein großer Fortschritt. Endlich hat ein signifikanter Teil der Bevölkerung sich für die Option zur Überwindung des Teufelskreises aus Stagnation, Korruption und Verfall entschieden, der oft genug zu Unruhen bis hin zu Bürgerkrieg führt.

Interessanterweise haben zuerst die Linken, sogar die traditionellen Marxisten, diesen Konsens angenommen und verteidigen ihn seitdem vehement. Als mit dem Ende der Sowjetunion das Scheitern des Projekts einer sozialistischen fortschrittlicheren Form der Demokratie offensichtlich wurde, hat sich die Linke auf ihre zweite Verteidigungslinie zurückgezogen: eine auf »bürgerliche« Werte wie Menschenrechten und Säkularismus aufgebaute Zivilgesellschaft.

Heute unterstützen auch viele Islamisten diesen liberalen Konsens. Die Muslimbruderschaft hat seit ihrer Gründung 1928 als politische und soziale revolutionäre Bewegung für eine traditionelle Interpretation des Islam gekämpft und versucht, jeglichen modernistischen Einfluss von den islamischen Ländern fernzuhalten. Aber nachdem ihre Versuche, in Syrien, Algerien und Ägypten gewaltsam die Macht zu ergreifen, spektakulär fehlschlagen, hat sie jüngst ihren Kurs geändert. Sie fordert nicht mehr die sofortige Anwendung des Scharia-Rechts und die Wiedereinsetzung des muslimischen Kalifats, sondern hat sich dem liberalen Konsens zugewandt. Verständlicherweise vermeidet sie das Wort »Säkularismus«

Moukheiber

Al-Azm

Es gibt einen neuen liberalen Konsens im Mittleren Osten ...

...den auch viele Islamisten unterstützen

Im Unterschied zu Maschinen lässt sich
Demokratie nicht einfach exportieren.

Kassem



um jeden Preis, aber sie spricht von »ziviler Regierung« und meint einen säkulareren Staat. Wenn die Scharia schon nicht zur Rechtsgrundlage werden kann, ist ein religiös neutraler Staat aus ihrer Sicht die zweitbeste Lösung.

Brengelmann

Wie repräsentativ sind Ihre Forderungen?

Alle Teilnehmer aus der Region an diesem Tisch – hauptsächlich Akademiker und zivilgesellschaftliche Akteure – haben den Wunsch nach Reformen geäußert. Es freut mich, das zu hören, aber gleichzeitig frage ich mich, wie repräsentativ das ist. Was ist mit den Islamisten, die nicht hier bei uns sind? Keiner im Westen hat mit den Wahlsiegen Ahmadinedschads oder der Hamas gerechnet. Eilig wurden sie als Protestwahlen gegen das korrupte Establishment interpretiert, nicht als generelle Ablehnung der Demokratie. So gern ich diese Interpretation glauben würde, befürchte ich doch, dass wir schlicht nicht mehr wissen oder uns weigern anzuerkennen, was die Mehrheit im Mittleren Osten heute denkt. Diese Menschen sind vielleicht schon auf einem ganz anderen Weg.

Moukheiber

Sie sind repräsentativ, denn die
Menschen wollen Reformen

Ob die Teilnehmer aus der Region bei diesem Gesprächskreis repräsentativ sind? Ja, sind sie! Zwar sind wir säkular: Während die Islamisten daran glauben, dass Legitimität von Gott durch den Koran verliehen wird, glauben wir an Legitimität durch die Wahlbürger. Aber: Die Menschen im Mittleren Osten wollen Reformen, freie und faire Wahlen und das Ende korrupter Regierungen. Sie wollen Arbeit, unabhängige Richter, Bürgerrechte, Partizipation und aktivere zivilgesellschaftliche Organisationen und Parteien. So gesehen sind wir sehr repräsentativ.

Sommer

Kann Demokratie von außen erzwungen oder gefördert werden?

Kassem

Demokratie kann nie aufgezwungen werden, man kann sie nicht einfach exportieren wie eine Maschine. Wie ein Sämling braucht sie Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte, um Wurzeln zu schlagen und zu wachsen – und bleibt doch gefährdet. Nach dem 11. September wurde die Demokratie in den USA durch den *Patriot Act* aufs Spiel gesetzt – ohne hartnäckige Opposition aus der Zivilgesellschaft und ein funktionierendes Rechtssystem wären die USA vielleicht in ein autoritäres System geschlittert.

Warten Sie nicht, bis unsere Regierungen
uns für demokratiefähig erklären

Trotzdem können und sollten externe Akteure versuchen, die Autokraten in der Region zu Reformen zu drängen. Warten Sie nicht, bis unsere Regierungen ihre Bürger für demokratiefähig erklären. Natürlich ist der Mittlere Osten noch nicht bereit für die Demokratie. Er ist ja mit Sektierertum, Nationalismus und is-

Im Mittleren Osten fehlen sowohl demokratische Traditionen als auch politische Führer, die sich demokratischen Standards verpflichtet fühlen.

Klose

lamischem Fundamentalismus geschlagen. Aber Vorsicht vor den Herrschern, die ständig wiederholen, die Demokratie nach westlichem Vorbild sei noch weit entfernt: Das ist ihre Lieblingsausrede, um noch nicht einmal einen Schritt in diese Richtung machen zu müssen. Kürzlich haben US-Außenministerin Condoleezza Rice und Ägyptens Präsident Hosni Mubarak vorhergesagt, dass es bis zur Demokratisierung der Region noch eine Generation brauchen wird. Ich stimme dem zu, aber Mubarak ist einer der Verantwortlichen dafür, dass es noch so lange dauert. Ginge es nach ihm, würde die Demokratie endlos in die Zukunft verschoben, mit der Begründung, die Gesellschaft könne sie nicht sofort umsetzen.

Regierungen im Mittleren Osten begeben sich nur auf den Reformpfad, wenn ihnen wirkliche Anreize geboten oder sie unter großen Druck gesetzt werden. Im Libanon war der internationale Druck durch die USA, Europa und die UN-Kommission nach Hariris Ermordung maßgeblich an der sogenannten Zedernrevolution beteiligt. Es wird Zeit, auf Demokratisierung zu drängen, statt sich um mögliche negative Auswirkungen auf die regionale Stabilität Sorgen zu machen. Das ist oft nur eine Ausrede zur Unterstützung von Diktaturen. Der Westen muss auf einem schmalen Grat wandeln: zwischen willkommener Hilfe und unwillkommenem Eingreifen.

Nach den jüngsten Farben- und Blumenrevolutionen in Serbien, Georgien, der Ukraine und Kirgisien glauben viele reformorientierte Menschen im Iran, dass Druck von außen auch die Demokratisierung des Iran beschleunigen könnte.

Reformen von außen anzustoßen, ohne dass es eine interne Basis gibt, ist unmöglich. Der Vergleich zwischen der derzeitigen US-Nahost-Politik und der US-Politik in Deutschland nach 1945, der in den USA diskutiert wird, passt nicht. Deutschland hatte eine lange demokratische Tradition und politische Führer wie Konrad Adenauer, Kurt Schumacher und Theodor Heuss, die sich seit langem den westlichen demokratischen Standards verpflichtet fühlten. Im Mittleren Osten fehlt beides.

Ein positives Beispiel aus jüngster Zeit gibt es: Im Libanon haben seit dem Hariri-Attentat große Veränderungen stattgefunden. Bei einem Libanon-Besuch nach dieser Tragödie haben meine Kollegen aus dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestags und ich viele mutige Aktivisten der Zivilgesellschaft getroffen, die gegen die syrische Besatzung protestierten und innenpolitische Reformen ver-



Moukheiber

Ungeachtet regionaler Stabilität sollte der Westen auf Demokratisierung drängen

Koolae

Klose

Die Region muss ein Bewusstsein
für Reform-Ownership entwickeln.

Scharioth



langten. Schließlich hatten diese Proteste, unterstützt durch gut koordinierten internationalen Druck insbesondere der UN, der USA und Frankreichs, Erfolg: Die syrischen Besatzungstruppen wurden vertrieben, und es gab freie Wahlen. Der Libanon ist nun auf dem Weg zur Demokratie. Das könnte ein positives Vorbild für westliche Interventionen in der Region sein.

Scharioth Die Region muss ein Bewusstsein für Reform-Ownership entwickeln. Zuerst müssen regionale Eliten ihre eigenen Reformkonzepte entwickeln. Darauf aufbauend könnten wir, wenn gewünscht, unseren Rat, unsere Hilfe und unsere Unterstützung bei der Umsetzung dieser Reformkonzepte anbieten.

Kamal Die westliche Nahostpolitik sollte weder zu sicherheitsversessener Realpolitik noch zu idealistischer Demokratisierungspolitik Wilsonscher Prägung zurückkehren. Zwischen diesen Extremen muss es einen Mittelweg geben. Es ist an den Regierungen in der Region, ihre eigenen Visionen und Reformpläne zu entwickeln, für die sie dann Rechenschaft ablegen müssen. Der Westen sollte allenfalls Anreize dafür bieten, sich in die richtige Richtung zu bewegen.

Esfandiari Demokratie braucht auch die Zivilgesellschaft, aber die muss von innen wachsen, aus basisdemokratischen Bewegungen heraus. Sie sollte nicht von außen, das heißt von der EU oder den USA, forciert werden.
Zivilgesellschaft im Mittleren Osten muss von innen wachsen

Berman Das Argument, Demokratisierung könne nicht von außen durchgesetzt werden, wurde auch in den 1980er- und 1990er-Jahren gegen die Bemühungen der USA angeführt, im Fernen Osten Demokratisierung zu fördern. Es war damals so falsch wie heute. Die Demokratisierung in Taiwan, Südkorea und auf den Philippinen wurde von außen beschleunigt, auch wenn sie ohne wirtschaftliche Entwicklung und einheimische demokratische Kräfte natürlich unmöglich gewesen wäre.
Die Demokratisierung in Fernost wurde auch von außen beschleunigt

Piscatori Externe Hilfe könnte aus zwei Gründen notwendig sein:

1. Autoritarismus wird geschwächt, wenn seine politische Basis geschwächt ist. Da autoritäre Regime aus Koalitionen bestehen, muss man die Teile des Regimes ermutigen, die bereit zu Reformen sind. In dem Zusammenhang spielt Konditionalität eine wichtige Rolle, aber sie muss sorgfältig austariert sein.
2. Externe Hilfe kann normativen Wandel erleichtern. Unterstützung für zivilgesellschaftliche Gruppen verändert nicht nur das Leben von Einzelnen, sondern



trägt auch dazu bei, die Ideen von Freiheit, Recht und Demokratie unter den Bürgern zu verbreiten. Darauf können wir anschließend aufbauen.

Westlicher Druck hat schon vielen Dissidenten geholfen. Herr Ibrahim, der hier unter uns sitzt, wurde aus dem Gefängnis entlassen, weil westliche Regierungen und NGOs hartnäckig und jahrelang darauf gedrängt hatten. Übrigens haben sich nur sehr wenige seiner arabischen Kollegen für seine Freilassung eingesetzt.

Wir brauchen eine nüchterne Bewertung bestehender Demokratisierungsprojekte. Die US-Regierung unterstützt zum Beispiel ein Fortbildungsprogramm für weibliche Wahlkandidaten, an dem auch Frauen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten teilnehmen. In diesem Land wählt aber niemand irgend jemanden.

Um Reformen in den Golfstaaten zu fördern, braucht man Zuckerbrot und Peitsche. Ich sehe aber nirgends eine geeignete Peitsche – wie kann der Westen hier Druck ausüben? Finanzielle Hilfe brauchen sie jedenfalls nicht.

Wie entsteht Demokratie – ist sie schon erreicht, sobald freie und faire Wahlen stattgefunden haben, oder sind Wahlen der letzte Schritt eines langen Prozesses?

Die USA haben anscheinend die fixe Idee, dass Wahlen der Funke sind, der die Demokratisierung entzündet. Demokratie ist zwar ohne Wahlen nicht möglich, aber Wahlen führen nicht automatisch zu einer nachhaltig demokratischen Entwicklung. Wahlen in einer frühen Übergangsphase sind auch kein Beweis für funktionierende Demokratie. Sie könnten sogar Parteien den Weg ebnen, die bei der ersten Gelegenheit den ganzen Prozess umzukehren versuchen. Die deutsche Geschichte ist da ein gutes Beispiel: 1932 wurde eine Mehrheit an nicht demokratischen Parteien in das deutsche Parlament gewählt, mit Hitlers NSDAP als stärkster Kraft. Sie kennen das Ergebnis.

Wir sollten uns mehr auf die Entwicklung eines Rechtssystems konzentrieren als darauf, so schnell wie möglich Wahlen abhalten zu lassen.

Man kann bei Demokratisierung keine Reihenfolge bestimmen: Wahlen und Rechtsstaatlichkeit werden gleichzeitig benötigt. Als Volkswirtschaftler habe ich gelernt, welche Probleme sich entwickelnde Marktwirtschaften bekommen,

Kassem

Westlicher Druck half schon vielen Dissidenten

Ottaway

Al-Kitbi

Wo ist die Peitsche, die in den Golfstaaten das westliche Zuckerbrot ergänzt?

Sommer

Klose

Polenz

Hoyer

Demokratie braucht Wahlen und Rechtsstaatlichkeit gleichermaßen

Ohne gute Gerichte und Behörden
funktionieren weder
Demokratie noch Marktwirtschaft.

Hoyer



wenn sie keine Eigentumsrechte garantieren können oder die Kartellämter nicht funktionieren. Um in der islamischen Welt Demokratie und freie Märkte aufzubauen, müssen wir einem funktionierenden Rechtssystem, im Dialog entwickelt, höchste Priorität geben.

Besonders die USA konzentrieren sich zu stark auf formelle Charakteristika von Marktwirtschaft und Demokratie, etwa Wahlen, und vernachlässigen dabei den Aufbau von Institutionen und die Stärkung des Rechtsstaats. Ohne gute Gerichte und Behörden können weder Demokratie noch Marktwirtschaft funktionieren. In Russland und Lateinamerika wird auch gewählt, und formell sind sie Marktwirtschaften, aber es fehlt ihnen an einem unabhängigen, gut funktionierenden Rechtssystem.

Kepel

Ohne Institutionen nutzen
freie Wahlen wenig

Faire und freie Wahlen haben der Hamas in Palästina einen Erdrutschsieg beschert und im Irak dazu geführt, dass verschiedene konfessionelle Parteien sich in Grabenkriegen gegenseitig attackieren und nicht in der Lage sind, einen demokratischen Irak aufzubauen. Freie Wahlen helfen wenig, solange die notwendigen Institutionen fehlen.

Moukheiber

Wahlen sind ein demokratisches Kernelement

Freie, demokratische Parlamentswahlen garantieren keine Demokratie, wenn das Parlament keine echten legislativen und Kontroll-Kompetenzen hat. Darum ist Demokratie noch lange nicht erreicht, wenn nur freie Wahlen durchgeführt sind.

Wahlen sind aber natürlich ein Kernelement von Demokratie. Die unfairen, unfreien Wahlen im Libanon wurden vom Westen über 15 Jahre ignoriert, nur die letzten Wahlen wurden infolge der Zedernrevolution aufmerksam beobachtet. In ihrer Eile, die Wahlen abzusegnen, übersah die EU jedoch einige ernste Verletzungen der Wahlregeln, darunter Vergehen, die mit den Medien und der Parteienfinanzierung zusammenhängen. In Ägypten hat die Regierung die Wahlen manipuliert, aber der Westen kritisierte das nur sehr zurückhaltend. Diese Inkohärenz scheint mir darauf hinzudeuten, dass der Westen Unregelmäßigkeiten ignoriert, wenn er damit sein Gewissen schonen kann. Das ermutigt dazu, sich auf kosmetische Verbesserungen zu beschränken.

Um echte Reformen anzustoßen, muss der Westen den Menschen helfen, eigene Institutionen aufzubauen, statt bloß Politiker auszutauschen. *Good Governance* bedeutet faire Wahlen, wirksame Parlamente, unabhängige Gerichte, freie Medien und eine lebendige Zivilgesellschaft. All das muss von innen aufgebaut werden.

Zur Demokratisierung
braucht man Demokraten.



Al-Kitbi

Im Irak und in Palästina haben wir den Institutionenaufbau vernachlässigt. Wir haben sogar Institutionen zerstört, die uns hätten nützlich sein können: Im Irak hat US-Verwalter Paul Bremer die Armee aufgelöst, und in Palästina haben »mit US-Dollar bezahlte Panzer mit Euro bezahlte Institutionen zerstört«, um Chris Patten, den früheren EU-Außenkommissar, zu zitieren. Ohne Institutionen können demokratische Gesellschaften nicht nachhaltig aufgebaut werden.

Kepel

Zur Demokratisierung braucht man Demokraten. Der Westen sollte Demokratie viel stärker an der Basis unterstützen, um die notwendige Grundlage zu schaffen.

Al-Kitbi

Welche einheimischen Bedingungen müssen erfüllt sein, damit westliche Hilfe fruchtet?

Sommer

Demokratie braucht eine lebendige und unabhängige Zivilgesellschaft. Die Zedernrevolution im Libanon war nicht von traditionellen politischen Parteien organisiert, sondern vom Volk, und der Demokratisierungsprozess wird von aktiven, gut verknüpften NGOs angetrieben. Viele Reformbewegungen in der Region sind mit der Menschenrechtsbewegung verbunden. Politische Partizipation ist zwar weithin eingeschränkt, aber im Menschenrechtsbereich kann man einige Reformwünsche aussprechen.

Moukheiber

Aber abgesehen vom Libanon und, in geringerem Maße, Marokko fehlt den meisten arabischen Ländern der rechtliche und finanzielle Rahmen für eine funktionierende Zivilgesellschaft. Leider unterstützt der Westen oft von Vetternwirtschaft gezeichnete Regierungsableger, die nur dem Namen nach zivilgesellschaftliche Organisationen sind, anstatt auf der Schaffung angemessener Rahmenbedingungen zu bestehen.

Statt echter NGOs unterstützt der Westen oft dubiose Regierungsableger

Wichtig für Demokratisierung sind auch Vorbilder, wie die Ereignisse nach der Zedernrevolution zeigten. Die Bilder der Libanesen in den Straßen und die Medien, die nicht mehr über Reformen theoretisierten, sondern tatsächlich live im Fernsehen und im Radio über Politik diskutierten und so Teil des sich entwickelnden Demokratisierungsprozesses wurden, haben die Region enorm motiviert. Das libanesische Volk hat gezeigt, dass Demokratisierung nicht von außen hergetragen werden muss – es war ein positives Beispiel für Demokratisierung von innen.

Unabhängige Medien sind eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft. Leider haben die meisten Länder

Kassem



in der Region immer noch keine freien, unabhängigen Medien, darunter mein Land, Ägypten.

Kamal

Als Herausgeber einer kritischen Zeitung sollten Sie wissen, dass der heutige Grad an Meinungsfreiheit in Ägypten beispiellos ist.

Kassem

Ägypten wartet noch immer darauf, dass Mubarak Medienfreiheit gewährt

Ganz im Gegenteil: Ägypten ist eins von weltweit zwölf Ländern, in denen Journalisten für Kritik an der Regierung ins Gefängnis kommen. Meine Zeitung ist in der Tat unabhängig. Die Haltung der Regierung ist: Sag, was du willst, wir tun, was wir wollen – ich möchte hier nicht ins Detail gehen. Seit Präsident Mubarak größere Medienfreiheit versprochen hat, wartet das ganze Land darauf, dass das Versprechen eingelöst wird. Fernseh- und Radiosender, die zugegeben mehr Menschen erreichen als die Presse, sind immer noch staatlich beherrscht.

Moukheiber

Fernsehen und Rundfunk sind im Mittleren Osten wichtiger als Zeitungen...

Für die Informationsfreiheit, die Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie ist, sind unabhängige TV- und Radiosender in der Tat wichtiger als unabhängige Zeitungen. Nur eine Minderheit liest; die Mehrheit muss über die audiovisuellen Medien erreicht werden. In der ganzen Region sind diese Medien unter strikter Regierungskontrolle, außer im Libanon.

Polenz

Wie sieht es denn mit westlichen Fernsehsendern aus: Sind sie willkommene Stimmen der Demokratie, oder werden sie eher als westliche Propaganda wahrgenommen? Als deutscher Parlamentarier bin ich besonders daran interessiert, wie Deutsche Welle und ihre arabischen Programme aufgenommen werden, denn wir geben eine Menge Geld dafür aus.

Al-Kitbi

... und regionale Medien sind wichtiger als ausländische Programme

Bei den meisten Menschen in der arabischen Welt genießen unabhängige regionale Medien wie Al-Dschasira größere Glaubwürdigkeit als arabischsprachige westliche Satellitensender wie Al-Hurra. Diesem Programm begegnen die Menschen skeptisch, weil es vom US-Kongress finanziert und vom US-Rundfunkrat geleitet wird und die explizite Absicht dahinter steht, den – aus westlicher Perspektive – voreingenommenen, antiamerikanischen Berichten und Kommentaren von Al-Dschasira und Al-Arabia etwas entgegenzusetzen. Die unabhängigen regionalen Medien sind für die Demokratisierung viel wichtiger als ausländische Programme – besonders, wenn die ausländischen Programme als Propaganda betrachtet werden.



Wir sollten uns nicht so viele Sorgen wegen Al-Dschasira und anderer arabischer Programme machen, auch wenn sie nicht immer mit westlichen Standards übereinstimmen, zum Beispiel indem sie Osama bin Ladens Videos zeigen. Al-Dschasira ist zu einer Art audiovisueller Umma geworden, mit politischen und auch alltäglichen Themen. Es gibt heute einen neuen Pluralismus in der islamischen Welt, der unmöglich war, als regierungsgesteuerte Medien noch die einzige Informationsquelle waren. Westliche Programme wie Deutsche Welle könnten ergänzend wirken.

Pflüger

Wenn es darum geht, auf Reformen zu drängen, können ausländische und regionale Medien, Al-Arabia und Al-Dschasira eingeschlossen, lokale Medien nicht ersetzen. Im Libanon haben die audiovisuellen Medien enormen Einfluss ausgeübt. In gewisser Weise haben sie mit der Diskussion über Themen wie Korruption das ineffiziente Parlament ersetzt.

Moukheiber

Welche lokalen Akteure drängen auf Reformen oder könnten Partner für den Westen werden?

Sommer

Obwohl die Arabische Liga (AL) als Akteur praktisch nicht vorhanden ist, gibt es dort einige positive Entwicklungen. Weil die AL versucht, Beschlüsse für jedes Mitglied akzeptabel zu machen, sucht sie nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner und erreicht so hauptsächlich kosmetische Effekte. Aber obwohl ihr Wirtschafts- und Sozialrat, ihre Menschenrechtsdeklaration und ihr Konzept für ein vereintes arabisches Parlament den Erwartungen der meisten Menschen nicht gerecht werden, ist doch schon der Versuch, eigene Institutionen zur Demokratisierung zu schaffen, ermutigend.

Moukheiber

Jeder kleine Demokratisierungsschritt der Arabischen Liga ist ermutigend

Zweitens zeigt die Justiz in mehreren Staaten endlich Anzeichen zunehmender Unabhängigkeit. In Ägypten haben im April 2005 1.200 Richter des Richtervereins Alexandria damit gedroht, ihre Supervision der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu verweigern, wenn ihnen nicht echte Unabhängigkeit gewährt würde. Leider wurde diese Drohung nicht wirklich beachtet, aber Ägyptens Richter kämpfen weiter für ihre Unabhängigkeit. Im Libanon fordern Intellektuelle und Politiker eine unabhängige Justiz als Grundpfeiler der Demokratisierung, seit die Zedernrevolution den Verfall des Rechtssystems unter syrischer Besatzung gestoppt hat. Man will das Recht auch gegen religiösen Einfluss immunisieren. Die EU hat im Rahmen des Nachbarschaftsprogramms umfassende Unterstützung für eine Reform des Justizsystems angeboten.

Auch die Justiz drängt auf Unabhängigkeit



Jüngst wurde die Unabhängigkeit der Politik auf beispiellose Art verteidigt: Als der Hisbollah-freundliche Gelehrte Scheich Afif Naboulsi eine Fatwa ausgesprochen hat, die Schiiten, die nicht der Amal-Partei (Partei Gottes) angehören, den Eintritt ins libanesische Kabinett verbieten sollte, haben ihn acht libanesische Intellektuelle verklagt auf »Identitätsberaubung, Bedrohung und Terrorisierung mit der Absicht, die Ausübung von Bürgerrechten zu behindern, indem konfessionelle Differenzen aufgewiegelt und politische Dispute als Dispute zwischen Religionen und Sekten dargestellt werden«. Sie sagten, Scheich Afif Naboulsi habe nicht das Recht, »eine Fatwa auszusprechen und die schiitischen Bürger an der Ausübung ihrer verfassungsgemäßen Rechte zu hindern«.

Drittens erkennen reformerisch gesinnte Parlamentarier der herrschenden und anderer Parteien eine Verfassungsreform und unabhängige Rechtssysteme als Voraussetzungen für bleibenden Wandel an. In Ägypten und dem Libanon akzeptieren einige Abgeordnete nicht mehr, dass sie nur eine kosmetische Rolle im politischen Prozess ihres Landes spielen sollen.

Al-Azm
Ägypten und Syrien ähneln
Osteuropa vor 1989...

Was die Institutionen betrifft, ähneln Staaten wie Ägypten und Syrien den Ländern Osteuropas vor 1989. Die Sicherheitsapparate und die Massenorganisationen für Jugendliche und Studenten in Ländern des Mittleren Ostens sind im Grunde Kopien von osteuropäischen Modellen, sie wurden zum Teil mit ostdeutschen Beratern geschaffen.

... doch anders als dort gibt es kaum
zusammenhängende Reformgruppen
innerhalb der politischen Elite

Als der Ostblock in den späten 1980er-Jahren in die Krise geriet, die in seinem Zusammenbruch enden sollte, übernahmen es die Reformgruppen der herrschenden Parteien, den Machtwechsel reibungsloser zu gestalten. In Syrien oder anderen Ländern des Mittleren Ostens mit ihren Ein-Parteien-Systemen sehe ich keine solchen relativ zusammenhängenden Reformgruppen. Diese Länder sind dem kommunistischen Rumänien ähnlicher als Ungarn oder Polen vor 1989. Während Letztere einen friedlichen Übergang geschafft haben, stürzten die Rumänen ihr Regime gewaltsam und töteten die Herrscher. Ein potenzieller Zusammenbruch der politischen Systeme des Mittleren Ostens muss geschickt gesteuert werden, um Chaos und Gewalt zu verhindern.

III. Was ist zu tun?

Was sollen nun die EU und die USA in der Region unternehmen? Erste Vorschläge macht Khalil Al-Khalil, Mitglied des saudi-arabischen Ausschusses für Sicherheit, des Shura-Rates.

Sommer

Wie können die Beziehungen zwischen dem Mittleren Osten und dem Westen verbessert werden? Europa und Amerika sollten mit dem Mittleren Osten auf allen Ebenen in einen ehrlichen und konstruktiven Dialog treten: mit Staaten, Bürgerorganisationen, Wirtschaftsverbänden, intellektuellen Führern, politischen und islamischen Bewegungen. Es ist wichtig, den Islam und die Muslime zu verstehen, indem man sie einbezieht, anstatt nur durch Interessengruppen ein Bild vermittelt zu bekommen. Die westlichen Mächte müssen die politische und intellektuelle Atmosphäre von antiislamischen Mythen bereinigen. Wir sollten betonen, dass – auf beiden Seiten – die extremen Gruppen nicht die Mehrheit repräsentieren und darum auch nicht die Agenda diktieren dürfen. Westliche Hilfe für Reformen wird geschätzt werden, wenn die Reformen das Leben der Menschen direkt verbessern und den Lebensstandard heben.

Al-Khalil

Antiislamische Mythen
müssen verschwinden

Also welche Rolle sollten Europa und die USA bei den Reformen spielen? Erstens müssen sie dabei helfen, mehr Sicherheit zu schaffen. Europa und die USA sind die Hauptverantwortlichen für Frieden und Sicherheit in der Welt. Sie sollten die Bedeutung von gegenseitigem Respekt, friedlichen Verhandlungen, bilateralen und regionalen Abkommen und internationalem Recht betonen und Polarisierungen aus der Weltpolitik ausmerzen. Milizen und gewaltbereite Gruppen dürfen um keinen Preis unterstützt werden.

Zweitens muss der Westen sich im Umgang mit seinen muslimischen Einwanderern darum bemühen, kulturelle Diversität zu tolerieren und die Menschenrechte zu wahren.

Drittens müssen Reformen, die vom Westen unterstützt werden, ein umfassendes Paket mit Grundrechten wie Menschenrechten, Bildung, Meinungsfreiheit, Medienfreiheit, Minderheiten- und Frauenrechten und etwa funktionierenden Abwassersystemen beinhalten.

Viertens sollten die USA etwas umsichtiger sein, wenn sie sich als Weltpolizei aufführen. Europa sollte nicht bedingungslos dem US-Lager beitreten, da das Resentiments gegen Europa schüren könnte. In dieser Hinsicht beunruhigt mich die dänische Cartoon-Kontroverse.

Fünftens sollte die Türkei eine faire Chance bekommen, der EU beizutreten. Sie könnte zum wichtigen Bindeglied zwischen Europa und dem Mittleren Osten werden.

Saudi Arabien gehört nicht
in die »Achse des Bösen«

Sechstens: Bildung ist das entscheidende Element Europas und der USA zur Förderung von Reformen. Armut, Arbeitslosigkeit, Unwissenheit, Extremismus und politische Unruhen hängen direkt oder indirekt mit dem Mangel an Bildung zusammen. Westliche akademische Institutionen wie die American University in Beirut und in Kairo haben wesentlich zur Modernisierung im Mittleren Osten beigetragen. Der Westen sollte diese Tradition fortführen und den Menschen in ihren Ländern und im Ausland durch Angebote und Stipendien gute Bildung bieten.

Alarmierend ist die Einordnung eines Landes wie Saudi-Arabien, das Experten als moderates Land und verlässlicher Verbündeter der USA kennen, in die »Achse des Bösen«. So wurde es jedenfalls in dem Buch »An End to Evil: How to Win the War on Terror« der Autoren Richard Perle und David Frum von 2003 bezeichnet. Das wirft Fragen nach der Intention und der Expertise einiger westlicher politischer Strategen auf. Das Königreich Saudi-Arabien ist seit 70 Jahren einer der engsten Verbündeten der USA, in Kriegs- und Friedenszeiten. Auch mit einigen europäischen Ländern ist es partnerschaftlich verbunden. Die Rolle, die Saudi-Arabien 1990 im zweiten Golfkrieg zur Befreiung Kuwaits spielte, zeugt von diesen guten Beziehungen. Ein weiteres Beispiel ist die herausragende Zusammenarbeit Saudi-Arabiens mit Europa und den USA seit dem 11. September im Kampf gegen Al-Qaida und Terrorismus.

1. Der arabisch-israelische Konflikt

- Sommer** Lassen Sie uns nun versuchen, politische Empfehlungen für die drängendsten Probleme zu entwickeln. Der arabisch-israelische Konflikt ist eins der Haupthindernisse für Demokratisierung im Mittleren Osten. Was kann der Westen zu einer Lösung beitragen?
- Pflüger** Leider hat Israels einseitiger Rückzug aus dem Gaza-Streifen dem Friedensprozess keinen neuen Schwung verliehen. Mit der Wahl der Hamas ist in den letzten Monaten eine Pattsituation entstanden. Die EU und die USA müssen nun fest auf ihren Prinzipien bestehen: Solange Hamas nicht Israels Existenzrecht anerkennt, den Friedensprozess unterstützt und der Gewalt abschwört, wird der Westen weder mit der Hamas kooperieren noch die palästinensische Autonomiebehörde finanzieren.
- Al-Azm** Angesichts der Bedeutung Palästinas für die islamische Welt würde ein sichtbarer Einsatz des Westens für Gerechtigkeit für die Palästinenser helfen, die Sunniten im Irak und irakische Muslime allgemein zu besänftigen.



Die Lösung des arabisch-israelischen Konflikts könnte einen positiven Dominoeffekt in der Region auslösen. Der Westen muss beide Seiten dazu drängen, die Roadmap zu implementieren, die immer noch die vielversprechendste Basis für eine Lösung ist. Das erfordert einheitliche Maßstäbe: Wir müssen von der Hamas die drei gerade genannten Punkte einfordern. Gleichzeitig aber müssen wir, um unserer Forderung mehr Legitimität zu verleihen, die israelische Regierung daran erinnern, dass sie den in der Roadmap vorgesehenen Siedlungsstopp noch nicht umgesetzt hat. Und: Ein Zaun mag nötig sein, um Terroranschläge zu verhindern, doch wir müssen darauf bestehen, dass er entlang der Waffenstillstandslinie von 1967 errichtet wird. Schließlich sollte Israel anerkennen, dass es bei der Roadmap um eine verhandelte Lösung für den Konflikt geht, nicht um eine unilaterale »Lösung«, wie sie Israels Premierminister Ehud Olmert angekündigt hat. Hoffentlich ist die US-Diplomatie auf beiden Seiten gleich hartnäckig.

Was den Zaun, die Siedlungen und die Notwendigkeit, der Roadmap zu folgen, betrifft, sprechen wir sehr offen mit Israels Regierung.

Derzeit ist der Friedensprozess wegen des Hamas-Sieges blockiert. Die israelische Regierung wird sich einseitig zurückziehen, aber ohne verhandelte Lösung. Der Hamas-Sieg ist insofern ein Eigentor für die palästinensische Sache.

Wenn der Westen Demokratie in der Region unterstützen will, muss er das Ergebnis freier Wahlen akzeptieren. Er muss die Hamas-Regierung anerkennen, in einen Dialog eintreten und die traditionellen Instrumente der Demokratie – Anreize und Druck – zur Förderung des Friedens einsetzen.

Die westliche Reaktion auf den Hamas-Sieg ist ein Beispiel für Konsistenz, nicht für Doppelmoral. Der Westen hat die Fairness der Wahlen begrüßt. Aber das Ergebnis, also die Hamas-Regierung, stellt ein Problem dar. Denn die Hamas steht den Prinzipien des Friedensprozesses entgegen. Diese Prinzipien – Beendigung der Gewalt, Anerkennung des Existenzrechts Israels und die Anerkennung bestehender Verträge – wurden nicht der Hamas-Regierung auf den Leib geschneidert. Sie wurden ebenso im Umgang mit der Fatah-Regierung angewendet. Wahlen und Waffen passen nicht zusammen. Es ist zynisch von Hamas, das Scheitern des Osloer Friedensprozesses zu erklären, wenn Hamas selbst den Prozess mit ihren Bombenanschlägen nach Unterzeichnung des Vertrags 1993 aus der Bahn

Polenz

Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts hätte einen Dominoeffekt

Volker

Fischer

Rouleau

Der Westen sollte die Ergebnisse freier Wahlen akzeptieren

Freitag

Wir kritisieren die Hamas und nicht die Wahlen



geworfen hat. Selbst wenn jetzt die Mehrheit der Palästinenser dem Hamas-Kurs folgen möchte, muss der Westen seinen Standards treu bleiben. Eine Regierung als politischen Partner zu akzeptieren, die die grundlegenden Prinzipien des Friedensprozesses zurückweist, würde unsere Glaubwürdigkeit zerstören.

Volker

Der Sieg der Hamas ist ein Rückschlag

Der Hamas-Sieg ist insoweit ein Rückschlag, als er eine verhandelte Lösung zwischen den Palästinensern und den Israelis derzeit sehr unwahrscheinlich macht. Uns gefällt die Politik der Hamas nicht, und wir werden sie erst unterstützen, wenn sie Israels Existenzrecht und die bisherigen Abkommen anerkennt und der Gewalt abschwört. Gleichzeitig begrüßen wir die Tatsache, dass die Wahlen frei und fair waren. Außerdem bin ich vorsichtig optimistisch, was die Wirkung der Demokratie auf die Hamas angeht. Sie wurde nicht für ihre Unterstützung des Terrorismus gewählt, sondern weil die Menschen das Missmanagement der Fatah satt hatten. Wenn die Palästinenser nun die Hamas für ihre Leistung haftbar machen, ändert die Hamas vielleicht ihre Politik entsprechend dem Wählerwillen. Im Übrigen stellt der Hamas-Sieg nicht den langfristigen Einsatz der US-Regierung für Demokratisierung infrage.

Klose

Die westlichen Mächte haben beschlossen, die Hamas finanziell nicht zu unterstützen. Der Westen bestraft aber nicht die Palästinenser für den Hamas-Sieg. Die EU hat sich entschieden, die Autonomiebehörde weiter zu finanzieren, ebenso die USA. James Wolfensohn, ehemaliger Weltbank-Präsident und Sondergesandter des Nahost-Quartetts für den Gaza-Rückzug, fordert die internationale Gemeinschaft ebenfalls auf, ihre Unterstützung der Autonomiebehörde fortzusetzen.

Rouleau

Die westlichen Bedingungen für die Anerkennung der Hamas sind unzumutbar

Der Westen hat drei Bedingungen für Gespräche mit der Hamas formuliert: die Anerkennung des Existenzrechts Israels, die Anerkennung bestehender Abkommen und ein Ende der Gewalt.

Dass sie Israels Existenzrecht anerkenne: innerhalb der Grenzen von 1947 oder der derzeitigen Grenzen? Und wann haben die EU und die USA Israel aufgefordert, den legitimen palästinensischen Staat in den vom UN-Sicherheitsrat und der UN-Generalversammlung festgelegten Grenzen anzuerkennen? Haben sie je Israel unter Druck gesetzt, seine schleichende Annexion Palästinas zu beenden?

Dass sie die bestehenden Abkommen respektiere: Die Oslo-Abkommen und die Roadmap sind tot. Haben wir vergessen, dass die israelischen Rechts-Regierungen, die nach der Ermordung von Jizchak Rabin an die Macht kamen, das Oslo-Ab-

Der Friedensprozess ist nicht tot,
sondern Realität.

Fischer



kommen abgelehnt und systematisch verletzt haben? Zudem wurde die Roadmap nie von Israel umgesetzt. In den letzten zehn Jahren gab es keine Fortschritte im Friedensprozess. Ariel Sharon weigerte sich, mit Jassir Arafat zu sprechen, mit dessen Nachfolger Mahmud Abbas hat er selten gesprochen, und wirklich verhandelt hat er mit ihm nie. Auch der derzeitige Premierminister Ehud Olmert weigert sich, einen Dialog zu eröffnen. Israel wiederholt ständig, es habe »keinen palästinensischen Partner«. Aber sucht Israel überhaupt einen Partner, oder legt es unilateral seine Grenzen fest?

Dass sie der Gewalt abschwöre: Wann hat der Westen Israel dazu aufgerufen, seine täglichen Operationen in den besetzten Gebieten einzustellen? Israel verletzt mit seinen gezielten Tötungen palästinensischer Führer internationales Recht. Die US-Regierung hat immer wieder ihr Vetorecht gebraucht, um eine Verurteilung durch den UN-Sicherheitsrat zu verhindern, unter Missachtung der internationalen Gemeinschaft. Wir fordern von Hamas ein Ende der Gewalt, obwohl wir genau wissen, dass Hamas seit fast einem Jahr einen einseitigen Waffenstillstand einhält, während ihre führenden Politiker und militärischen Führer systematisch ermordet werden.

Also was ist zu tun? Ich sage es Ihnen: Israel und der Westen sollten ihren Boykott der Hamas-Regierung beenden und ohne weitere Bedingungen direkte oder indirekte Verhandlungen anbieten. Wenn die Hamas annimmt, erkennt sie Israel implizit an. In den Nachwehen des Jom-Kippur-Kriegs, 1973, war die PLO von der Genfer Friedenskonferenz ausgeschlossen, weil sie Israel noch nicht anerkannte. Nahum Goldmann, damals Präsident des jüdischen Weltkongresses, nannte dieses Vorgehen »einfach dumm«. Wenn die PLO zu Verhandlungen mit Israel bereit sei, meinte er, bedeute das die Anerkennung des jüdischen Staates. Diese Einsicht ist nichts als gesunder Menschenverstand. Wird sie sich 30 Jahre später endlich durchsetzen?

Von Israel bedingungslose Verhandlungen mit der Hamas zu verlangen wäre ungerecht und würde die Konfrontation nur verhärten. Wenn der Westen den Friedensprozess unterstützen will, ist eine ausgewogene Position das Allerwichtigste.

Der Friedensprozess ist nicht tot, sondern Realität – so unangenehm diese Realität für beide Seiten sein mag. Die Hamas-Regierung ist dafür der lebende Beweis: sie ist eine Folge des Oslo-Abkommens. Ohne Oslo-Abkommen keine Palästinensische Autonomiebehörde, ohne Autonomiebehörde keine Wahlen, ohne Wahlen keine Hamas-Regierung. Und jetzt sagen Sie, der Friedensprozess

Israel verletzt internationales Recht

Fischer



Die Hamas benimmt sich wie eine revolutionäre Organisation im Exil

sei tot. Es ist nahe liegend, dass die Hamas die Pfeiler, auf denen ihre Macht ruht, akzeptieren muss.

Zur Anerkennung von Israels Existenzrecht: Die europäische Position ist natürlich, dass das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung in ihrem eigenen Staat genauso wichtig ist. Territoriale Fragen sollten basierend auf den 1967er-Grenzen gelöst werden, Abweichungen davon müssen verhandelt werden.

Die Hamas-Regierung muss aufhören, sich wie eine revolutionäre Organisation im Exil zu benehmen, und demokratische Prinzipien und internationales Recht anerkennen. Wenn die Hamas ihre terroristischen Aktivitäten einstellt, bin ich mir sicher, dass Israel, die USA und die EU mit ihr irgendeine Form von Beziehung aufbauen. Zurzeit ist die Hamas in den USA als terroristische Vereinigung verzeichnet, denn sie ist teilweise für Terrorakte verantwortlich, die den Friedensprozess zum Entgleisen gebracht haben.

Wenn die Hamas nicht bereit ist, die Oslo-Abkommen zu akzeptieren, wie wäre es dann mit der arabischen Friedensinitiative, die auf dem Gipfel der Arabischen Liga 2002 in Beirut gestartet wurde? Demnach müsste Israel seine Truppen aus den besetzten Gebieten abziehen und einen unabhängigen palästinensischen Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt anerkennen, damit die arabischen Staaten Israel anerkennen und normale Beziehungen zu Israel aufbauen.

Pflüger
Womit lindert Saudi Arabien die Not der Palästinenser?

Was hat Saudi-Arabien mit seiner gewaltigen Finanzkraft bisher eigentlich getan, um das Leid der Palästinenser zu lindern? Ich verstehe, dass die Menschen aus der Region auf den Westen schauen, aber auch ihre eigenen Regierungen stehen in der Pflicht.

Hoyer
Wäre Saudi Arabien zur Anerkennung Israels bereit?

Ich zweifle immer noch daran, dass Saudi-Arabien, einer der wichtigsten Akteure im Mittleren Osten, bereit ist, Israels Existenzrecht anzuerkennen. Räumen Sie diesen Zweifel aus, und wir haben eine vollkommen neue Perspektive.

Al-Khalil

Saudi-Arabien wird das letzte islamische Land sein, das Israel anerkennt, schon allein weil es überhaupt nichts sofort anerkennt. Die Grenzen unseres Nachbarlands Jemen haben wir erst nach 70 Jahren endgültig anerkannt. Sogar die acht Tore, die Deutschland bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2002 gegen uns geschossen hat, wurden heftig diskutiert, und viele Saudis stritten die Niederlage ab. Israel wird erst anerkannt, wenn das Palästina-Problem vollständig zufriedenstellend gelöst ist. Die Friedensinitiative von König (damals Kronprinz) Abdullah von 2002 nennt klare Bedingungen dafür.



Ich persönlich glaube nicht, dass der arabisch-israelische Konflikt beigelegt wird, bevor wir verantwortliche Regierungen haben. Über die staatlich kontrollierten Medien werden die Autokraten der Region weiterhin ein verzerrtes Bild israelischer Gräueltaten und parteiischer US-Politik verbreiten, um Unterstützung für ihre Regime zu gewinnen.

2. Iran

Ein zweites drängendes Problem und eine der akutesten sicherheitspolitischen Herausforderungen ist der vermutete Versuch der Iraner, Atomwaffen zu entwickeln.

Ich denke, der Iran strebt nach Atomwaffen. Die Iraner haben nicht nur 18 Jahre lang die internationale Gemeinschaft und die IAEA getäuscht. Sie entwickeln auch Langstreckenraketen, die nur für den Transport nuklearer Sprengköpfe Sinn ergeben, nicht aber für konventionelle Bewaffnung.

Iranische Atomwaffen würden die ganze Region bedrohen, ein nukleares Wettrüsten auslösen und damit die Gefahr der Proliferation an Terroristen erhöhen. Kein Araber, mit dem ich darüber gesprochen habe, befürwortet das iranische Atomprogramm. Die Europäer und die USA wollen eine politische Lösung, aber der Iran muss kooperieren.

Natürlich ist der Iran angesichts der US-Truppen im Irak und in Afghanistan um seine Sicherheit besorgt. Aber von einem regionalen Sicherheitssystem, das von den arabischen Ländern, Europa, den USA und dem Iran unterstützt wird, würde der Iran viel mehr profitieren als von Atomwaffen.

Die USA müssen in der Frage des iranischen Atomprogramms mit der EU zusammenarbeiten und alle verfügbaren diplomatischen Mittel einsetzen. Sie sollten sich dabei klar darüber sein, dass die iranischen Bürger zwar keine Atomwaffen wollen, aber fest daran glauben, dass der Iran das Recht auf friedliche Atomenergienutzung hat, Anreicherung eingeschlossen.

Beim Atomprogramm des Iran müssen wir eines deutlich machen: Ein undemokratisches Regime, dessen Präsident mit der Auslöschung Israels droht, darf keine Atomwaffen besitzen. Es darf auch keinen geschlossenen Brennstoffkreislauf haben, weil er ein Atomwaffenprogramm möglich macht. Der Iran darf natürlich zivile Atomkraft nutzen, vielleicht mit Anreicherung auf russischem Boden.

Kassem

Sommer

Klose

Iran strebt nach Atomwaffen ...

...kein Araber befürwortet das

Koolae

Die Iraner glauben fest an ihr Recht auf ein friedliches Atomprogramm

Volker

Ein undemokratisches Regime darf keinen geschlossenen Brennstoffkreislauf haben

Das amerikanische Nuklearabkommen mit Indien sendet die falsche Botschaft.



Hoyer

Um den iranischen Kurs zu ändern, wird die US-Regierung jedes diplomatische Mittel einsetzen, zusammen mit den EU-3, den UN und der IAEA. Langfristig müssen wir Irans demokratische Prozesse stärken. Wäre der Iran demokratisch und würde Israel anerkennen, wäre der Westen vielleicht immer noch zögerlich in Bezug auf den Brennstoffkreislauf, aber die Besorgnis wäre ganz bestimmt geringer.

Wir können anderen keine Entscheidungen aufzwingen. Die iranische Regierung entscheidet über ihr Atomprogramm, ihre Regionalpolitik und ihre Position zu Israel und dem Holocaust. Wir können nur die richtigen Schritte unternehmen, um diese Entscheidungen zu beeinflussen. So sollten wir nicht eine glaubwürdige Militäroption vom Tisch nehmen. Die will zwar niemand in der US-Regierung, aber wir sollten uns darauf vorbereiten, dass Diplomatie am Ende scheitern kann.

May
Warum belohnt die US-Regierung
Indiens Atomwaffenprogramm?

Die US-Regierung muss überzeugend erklären, warum sie anscheinend das indische Atomwaffenprogramm belohnt und bei Israels Atomwaffen fünf gerade sein lässt, während sie sich Irans Atomprogramm so vehement entgegenstellt.

Hoyer

Bedenkt man Indiens Bedeutung als zukünftiger wirtschaftlicher und strategischer Partner, ist der Schritt der USA vernünftig. Aber ein Nuklearabkommen mit Indien zu unterzeichnen hat die falsche Botschaft an diejenigen Kräfte im Iran gesendet, die bereit wären, sich auf die zivile Nutzung zu beschränken. Die USA laufen Gefahr, ein neues Wettrüsten loszutreten, wenn andere Länder in der Region – und darüber hinaus – Indiens Beispiel folgen: Vergiss den NPT und andere lästige Hindernisse, tu, was deine strategische Stellung in der Welt verbessert, widerstehe äußerem Druck zur Einhaltung der Regeln, und eines Tages sitzt du als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat.

Volker

Nach intensiven Konsultationen mit Mitgliedern des Sicherheitsrats, NPT-Mitgliedern und der indischen Regierung über die Frage, wie man die Entwicklung des zivilen indischen Atomprogramms fördern könne, hat Präsident Bush im März 2006 ein Abkommen mit Indien unterzeichnet. Das Land wird Zugang zu ziviler US-Atomtechnologie bekommen und im Gegenzug einen Teil seiner Atomanlagen für Inspektionen öffnen. Die Botschaft, die wir dem Iran senden, ist, dass eine demokratische, vertrauenswürdige Regierung, die mit der internationalen Gemeinschaft kooperiert, den Weg zu internationaler Anerkennung ebnet.

Ein regionales Sicherheitssystem muss Israel einschließen.

Kamal

Sie senden eine klare Botschaft, aber die lautet nicht, dass den NPT zu befolgen das Beste für sein Land ist, sondern dass heimlich Atomwaffen zu entwickeln das Beste ist. Indien hat außerhalb des NPT Atomwaffen entwickelt.

Nein: Indien hat nie zu Atom-Proliferation beigetragen oder Terrorismus finanziert. Im Gegensatz zum Iran ist Indien bereit zu einem Garantieprozess für Nicht-Proliferation.

Ein regionales Sicherheitssystem muss auch Israel einschließen. Nicht nur für Israels Sicherheit, sondern weil sich fast jeder in der Region über Israels Atomsprengköpfe Sorgen macht. Es ist höchste Zeit, wieder den multilateralen Kurs bezüglich der Schlüsselthemen (einschließlich NPT) aufzunehmen, der sich nach den bilateralen Gesprächen bei der Madrid-Konferenz 1991 entwickelte.

Der große Unterschied zwischen den Atombestrebungen Israels und des Irans ist, dass niemand den Iran auslöschen möchte, während einige Regierungen und viele Menschen in der Region, darunter der Präsident des Irans, Israel auslöschen möchten.

Irans nukleare Ambitionen sind Gegenstand größter Sorge für die internationale Gemeinschaft. Ich glaube aber, dass Europa und die USA gute Chancen haben, den Konflikt zu lösen, wenn wir Irans Interessen berücksichtigen und gemeinsam handeln. Iran ist das größte Land der Region, aber es ist politisch isoliert, um seine Sicherheit besorgt und muss dringend benötigte Arbeitsplätze für seine große, junge, gut ausgebildete Bevölkerung schaffen. Wir müssen darum erstens wirtschaftliche Kooperation anbieten – hier kann Europa eine große Rolle spielen. Zweitens müssen wir uns mit den iranischen Sicherheitsbedenken befassen. Nur wenn die USA sich direkt an den Verhandlungen mit dem Iran beteiligen, kann eine Sicherheitsstruktur entstehen, für die Iran seine nukleare Option aufzugeben bereit ist.

Mit seinen nuklearen Ambitionen will der Iran die strategische Architektur der Region ändern, vor dem Hintergrund seiner Stärkung durch die Irak-Invasion der USA.

Aber die Türkei, Saudi-Arabien und Ägypten werden keine iranische nukleare Vorherrschaft akzeptieren. Sie werden ein nukleares Wettrüsten beginnen, das



Pflüger

Indien entwickelte heimlich Atomwaffen ...

Volker

... aber garantiert Nicht-Proliferation

Kamal

Klose

von Weizsäcker

Gemeinsam können Europäer und Amerikaner den Konflikt lösen

Fischer

Die Region würde eine nukleare Vorherrschaft Irans nicht akzeptieren

Der Iran muss sich zwischen
Kooperation und Isolation entscheiden

Wir werden Teherans Spiele nicht mitspielen

weniger der Situation im Kalten Krieg ähnelt als dem viel irrationaleren nuklearen Wettrüsten zwischen Indien und Pakistan. Nach dem Terroranschlag auf das indische Unionsparlament in Neu Delhi 2001 brachte Indien an der Grenze zu Pakistan Raketen in Stellung, weil es den Nachbarn der Unterstützung der Terroristen verdächtigte. Da Pakistan ebenfalls Atomwaffen besitzt, stand die Welt am Rande eines Atomkriegs. Ein nuklear bewaffneter Mittlerer Osten wird noch irrationaler sein – ein Albtraumszenario.

Gegenüber dem Iran ist es entscheidend, eine gemeinsame westliche Position zu finden und die USA in die Verhandlungen einzubinden. Der Iran wird versuchen, wie bereits erfolglos bei den EU-3, den Westen zu spalten. Darum ermutige ich die USA, sich den EU-3 anzuschließen und die Führung in den Verhandlungen zu übernehmen. Wir sollten unseren gemeinsamen Standpunkt absolut deutlich machen und den Iran vor eine klare Entscheidung stellen: Kooperation oder Isolation.

Wir sollten erklären, dass wir Irans Recht auf zivile Nutzung der Atomkraft akzeptieren und zur Kooperation in diesem Bereich ebenso bereit sind wie zur Öffnung unserer Märkte, zu Technologietransfer und einer Normalisierung der Beziehungen. Das ist das Zuckerbrot. Die Peitsche wäre: Wenn ihr euch weigert, euch in der Region verantwortungsvoll zu verhalten, auf Anreicherung zu verzichten und bei allen nuklearen Aktivitäten vollkommen transparent zu sein, werden wir euch isolieren. Steigende Ölpreise schrecken uns nicht, und nicht ihr werdet davon profitieren, sondern Russland und Saudi-Arabien. Wir werden eure Spiele nicht mitspielen – Abmachungen mit Russland heute getroffen, morgen zurückgezogen, eigene Anreicherung heute stoppen, morgen fortsetzen usw. Wir werden euch auch nicht auf Zeit spielen lassen, damit eure Nuklearaktivitäten vorankommen. Überlegt euch unser Angebot, akzeptiert es, oder weist es zurück, und stellt euch den Konsequenzen. Für die USA würde ein solches Angebot beinhalten, den Regimewechsel erst einmal zurückzustellen und eine Transformationsstrategie ähnlich wie im Kalten Krieg zu verfolgen. Wenn sie dazu bereit sind, besteht die echte Chance auf einen diplomatischen Durchbruch.

Ohne ein gemeinsames EU-US-Paket geriete die transatlantische Einheit immer mehr in Gefahr, je weiter wir im Sicherheitsrat voranschreiten. Der Iran ist sich dessen bewusst. Wenn er aber mit einem gemeinsamen Angebot konfrontiert wird, wird die Regierung verstehen, dass Isolation eine ernste Drohung und selbst eine Isolation im G77-Rahmen und im Hinblick auf seine Beziehungen zu Russland und China nicht unmöglich ist.

Die USA müssen in der Tat Verhandlungen mit dem Iran beginnen, weil nur die Amerikaner glaubwürdig über iranische Sicherheitsorgen verhandeln können. Bei dem Treffen zwischen Kanzler Schröder und Präsident Bush in Mainz im Februar 2005 haben die USA zugesagt, die Verhandlungen der EU-3 bezüglich der WTO und Flugzeug-Ersatzteilen zu unterstützen. Nun müssen sie ihren Einsatz erhöhen.

Die USA sollten in der Tat in direkte Verhandlungen mit dem Iran eintreten; diese Idee wird auch vom Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, Richard Lugar, befürwortet. Die EU kann technologische und wirtschaftliche Kooperation anbieten, aber nur Amerika kann Irans legitime Sicherheits- und Regionalinteressen befriedigen. Gespräche zwischen den USA und dem Iran könnten ein erster Schritt sein. Danach könnte ein Gipfel wie die Madrider Friedenskonferenz von 1991 eine umfassende Diskussion aller betroffenen Staaten, einschließlich der USA, ermöglichen.

Um den notwendigen Druck auf den Iran aufzubauen, müssen wir Einigkeit erzielen, vor allem unter den Ländern, die die IAEA-Gouverneursrat-Resolution vom 4. Februar 2006 unterstützt haben, in der Iran-Frage an den UN-Sicherheitsrat zu berichten. Wenn der Westen diese Länder zu sehr unter Druck setzt, riskieren wir eine Spaltung. Die USA müssen Russland mehr Zeit lassen, um sein Anreicherungsangebot zu verhandeln, und auch China braucht mehr Zeit für seine Verhandlungen. Chinesische Vertreter haben mir versichert, dass sie nicht wollen, dass die Zahl der nuklear bewaffneten Staaten sich erhöht. China werde auf Einhaltung des NPT pochen.

Außenministerin Rice und Staatssekretär Burns sind in ständigem Kontakt mit den Außenministern Frankreichs und Deutschlands, Philippe Douste-Blazy und Frank-Walter Steinmeier. Die Pakete und Ideen, die die EU-3 mit den Iranern diskutieren, haben unsere volle Unterstützung – wir wollen sicherstellen, dass die Iraner wissen, dass wir bei diesem Thema im selben Boot sitzen.

Der Westen muss sich abstimmen, aber ich bin nicht sicher, ob die US-Regierung das direkte Gespräch mit dem Iran suchen sollte. Die USA sind nicht bereit, sich auf diplomatische Spiele einzulassen. Solange die Grundlagen von Irans Atomprogramm – Anreicherung, militärische Atomforschung und die Entwicklung von Trägerraketen – unverändert bleiben, erreichen wir auch nichts mit direkten Verhandlungen.

Brengelmann

Nur die Amerikaner können Irans Sicherheit garantieren

Polenz

Volker

Europäer und Amerikaner sitzen im selben Boot

Zu direkten Verhandlungen mit dem Iran sind die USA noch nicht bereit

Ein nuklearer Iran ist kaum mehr zu verhindern.

Wells

Pflüger Es ist entscheidend, dass die USA und die EU ihr Vorgehen zum Iran abstimmen und eine Spaltung wie bei der Irak-Krise vermeiden. Bei Präsident Bushs Deutschlandbesuch im Februar 2005 haben die USA glücklicherweise ihre Unterstützung für die diplomatische Initiative der EU-3 ausgedrückt. Die russisch-iranische Abmachung zur Urananreicherung in Russland könnte ein Weg aus der Krise sein. Weil die Iraner aber weiter auf ihrem Recht auf einen geschlossenen Brennstoffkreislauf im Rahmen des NPT beharren, könnten die Verhandlungen mit Russland auch bloß ein Versuch sein, Zeit für weitere Forschung zu gewinnen.

Die EU und die USA sollten außerdem die Russen und die Chinesen mit einbeziehen, um den größtmöglichen diplomatischen Druck auf den Iran aufzubauen.

Der Iran kann sich keine Selbstisolation wie Nordkorea erlauben

Trotz seiner Öleinnahmen hat der Iran große wirtschaftliche und soziale Probleme, unter anderem suchen mehr als eine Million junger Menschen pro Jahr nach Arbeit. Auch Präsident Ahmadinedschad kann sich wohl kaum eine Politik der Isolationen wie Nordkorea erlauben. Die Notwendigkeit technologischer Kooperation mit dem Westen könnte die iranische Elite letztlich überzeugen.

Ahmadinedschads antiisraelische Rhetorik ist inakzeptabel

Der Westen sollte aber unnachgiebig sein, was die Haltung zu Ahmadinedschads Äußerungen über Israel angeht: Über die Auslöschung Israels zu sprechen oder die Shoa zu leugnen ist absolut inakzeptabel. Es ist wichtig, dass nicht nur westliche Länder das kritisieren – es sollte auch Kritik aus der arabischen Welt kommen.

Wells Die USA müssen verschiedene Kommunikationskanäle mit dem Iran öffnen. Ich hoffe, die Gespräche von Botschafter Khalilzad mit iranischen Regierungsvertretern über den Irak führen zu umfassenderen Verhandlungen, und ich hoffe, dass Amerika Wege finden wird, mit Moderaten wie Frau Koolae zu kommunizieren und sie zu unterstützen.

Aber ich bezweifle, dass wir einen nuklearen Iran durch direkte Gespräche der USA mit dem Iran verhindern können. In der Öffentlichkeit betonen US-Beamte, die mit Nuklearthemen befasst sind, Iran müsse in seinen Bestrebungen gestoppt werden. Privat geben dieselben Leute zu, dass sie keine echte Chance dafür sehen. Darum sollte sich unsere Planung auf die Entwicklung eines Plan B konzentrieren. Wie sollten wir mit einem zukünftig nuklear bewaffneten Iran umgehen? Wie kann man ein regionales Sicherheitssystem und eine internationale Struktur schaffen, die auch einen Iran mit Atomwaffen zurückhalten kann?



Die US-Regierung muss aber ihre Rhetorik zu Regimewechsel, militärischen Präventivschlägen usw. mildern. Diese Optionen können in internen Kreisen diskutiert werden, aber dürfen nicht immer wieder nach außen getragen werden.

Der Iran hat seine Bedeutung nicht nur als potenziell gefährliche potenzielle Atommacht, sondern auch als größtes Land der Region, das immense interne Probleme hat und dessen politisches System aus Sicht des Westens problematisch ist. Was sollten die Iraner hier selbst unternehmen, was kann der Westen tun?

Wir sollten die Idee eines Regimewechsels im Iran noch nicht aufgeben. Wir brauchen demokratischen Wandel und die Entwicklung einer Zivilgesellschaft. Ich stimme aber zu, dass der Westen nicht aggressiv den Sturz des Regimes anstreben sollte. Regimewandel muss als langfristige Entwicklung von innen passieren – und ja, es mag sinnvoll sein, an unsere Strategie im Kalten Krieg zu denken. Wir können nur helfen, günstige Bedingungen zu schaffen. So ist unser primäres Ziel bei der Unterstützung von NGOs nicht direkt Regimewandel, sondern die Stärkung der Zivilgesellschaft.

Um Demokratie im Iran und anderen islamischen Ländern zu fördern, muss der Westen berücksichtigen, dass diese Gesellschaften oft eher von historischen Erfahrungen geleitet werden als von Rationalität. Diesen Menschen übereilt westliche Werte oder Lebensstile aufdrängen zu wollen wird nur Gegenreaktionen hervorrufen. Wandel ist unausweichlich, aber er muss schrittweise geschehen.

Im Iran sind nationalistische Stimmungen Realität, genau wie historische Erinnerungen: Weite Teile der Bevölkerung setzen die westlichen Aktionen gegen Irans nukleare Anreicherungsaktivitäten mit dem britischen Coup gegen den ehemaligen iranischen Premierminister Mossadegh nach dessen Nationalisierung der Ölindustrie gleich.

Der Iran ist keineswegs eine monolithische Gesellschaft. Während einige Iraner modern, sogar verwestlicht sind, ist der Traditionalismus ebenfalls stark, und die ursprünglichen Werte der Islamischen Republik Iran finden zunehmend Anklang in einigen Schichten der Bevölkerung. Religiöser, ethnischer und sozialer Unfriede ist eine echte Gefahr in unserem Land.

Der Iran hat eine größere Chance auf Demokratisierung als die meisten anderen Länder im Mittleren Osten, ungeachtet der Rhetorik seiner Politiker. Er hat eine

Sommer

Volker

Der Iran braucht einen Regimewechsel

Koolae

Wandel ist unausweichlich, aber er muss schrittweise geschehen

Der Iran ist modern und traditionell zugleich

Klose

Öl und Gas behindern Reformen und Demokratie.

Polenz



hochgebildete, meist reformfreudige junge Bevölkerung, von der viele die USA bewundern.

Beim Nuklearthema müssen wir zwar hart bleiben, aber wir sollten den Iran nicht als Teil der »Achse des Bösen« isolieren.

Der Deutsche Bundestag engagiert sich für den Dialog: Seit der Mykonos-Affäre – dem Attentat auf vier prominente Kurdenführer 1992 in einem Berliner Restaurant, das vom iranischen Geheimdienstchef angeordnet worden sein soll –, die den Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen Deutschland und dem Iran markiert, hat der Bundestag einen Dialog mit seinen Kollegen im iranischen Majlis etabliert. Ehrliche Beziehungen und wechselseitiges Verständnis unter Politikern können den Iran an die Demokratie heranführen.

Koolae
Der Westen ließ die iranischen
Reformer oft im Regen stehen

Aber die westliche Politik ist nicht konsistent und lässt demokratische Kräfte im Iran oft im Regen stehen. Prinz Charles hat den Iran vor der siebten Parlamentswahl 2004 besucht, obwohl viele Reformkandidaten disqualifiziert worden waren.

Die Geschichte westlichen Einflusses im Iran ist ein Fiasko gegensätzlicher EU- und US-Politik und falscher Aktionen zur falschen Zeit. Zusammen mit der unbefriedigenden Leistung des reformerischen Präsidenten Khatami hat das zu einer tiefen Frustration unter reformerisch eingestellten Iranern geführt.

Polenz

Öl- und Gasreserven behindern Reform und Demokratie im Iran und anderswo, weil sie es den Mullahs, Königen und Autokraten erlauben, mit den Einnahmen die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Es ist nicht nötig, einen funktionierenden Privatsektor, der Güter für den Weltmarkt produziert, aufzubauen und daraus sein Einkommen zu erzielen. Es ist nicht nötig, in höhere Bildung und technologischen Fortschritt zu investieren. Es ist nicht nötig, Steuern zu erheben, also gibt es auch keine Rechenschaftspflicht den Bürgern gegenüber. Die Folge sind Korruption und wirtschaftlicher Niedergang.

Koolae

Die Menschen, die sich Reformen wünschen, werden ihre Bemühungen um die Demokratisierung des Iran fortsetzen und westliche Hilfe dankbar annehmen. Aber die Transformation einer Gesellschaft, geformt durch traditionelle Ideale und autokratische Herrschaft über Jahrhunderte, braucht Zeit. Der Westen sollte das aus eigener Erfahrung wissen. Die Vermittlung demokratischer Werte dauert mindestens eine Generation; eine Verwandlung über Nacht zu erwarten wäre

Die Vermittlung demokratische Werte dauert mindestens eine Generation.



Koolae

naiv. Nur wenn der Westen konsistent, vernünftig und geduldig agiert, kann sein Einsatz fruchten und den Weg für Demokratisierung bereiten. Auch die iranischen Besonderheiten müssen beachtet werden.

Der jüngste Wandel in der US-Strategie zugunsten von Dialog mit der Region ist ein guter Schritt. Ich hoffe, die USA treten auch in einen echten Dialog mit dem Iran.

Aber die Entscheidung des US-Senats, Demokratie im Iran finanziell zu fördern, wird sich kontraproduktiv auswirken. Die Forderung des Außenministeriums nach zusätzlich \$ 75 Millionen, um damit demokratische Kräfte zu unterstützen, Radio- und Satellitenprogramme auszudehnen, Forschungs- und Studentenstipendien auszuweiten und die öffentliche Diplomatie der USA zu intensivieren, klingt zunächst überzeugend. Aber jeder Iraner, jede Organisation, die US-Förderung erhält, verliert sofort jede Glaubwürdigkeit. Man kann diesen Menschen nichts Schlimmeres antun als amerikanisches Geld.

Nichts schadet Reformern in der Region mehr als amerikanisches Geld

Der Iran hat eine sehr lebendige Zivilgesellschaft, aber iranische NGOs, die finanzielle Förderung von den USA oder der EU bekommen, werden von der Regierung schikaniert. Wenn man die Hilfe für NGOs mit einem Programm zur Förderung eines Regimewechsels verknüpft, untergräbt man ihre Glaubwürdigkeit.

Esfandiari

Westliche Finanzierung hat zivilgesellschaftliche Gruppen in der Region häufig diskreditiert. Es müssen andere Mechanismen für Demokratisierung gefunden werden.

Al-Khalil

3. Instrumente und Partner für Reformen

Das Problem, wie man Entwicklungen von außen beeinflussen kann, ohne Gegenreaktionen zu provozieren, ist ein generelles. Wie sollte der Westen vorgehen, welche Instrumente sollte er benutzen oder vermeiden?

Sommer

Der Westen muss sich voll hinter die demokratischen Kräfte stellen, und zwar indem er auf Konditionalität besteht. Demokratisierung wird wirksam gefördert, wenn man nur diejenigen Politiker unterstützt, die sich in Richtung Demokratie und Zivilgesellschaft bewegen. Der Barcelona-Prozess der EU und die BMENA der G8 können daran scheitern, dass gegenüber Autokraten wie Ägyptens Präsident Mubarak und Tunesiens Präsident Ben Ali keine festen Bedingungen gestellt wur-

Ibrahim



den. Konditionalität wie beim Helsinki-Prozess sollte ein Eckpfeiler westlicher Politik sein.

Freitag

Wir sollten Konditionalität zur Unterstützung von Reformen einsetzen, aber überschätzen Sie ihre Auswirkungen nicht. Sie wird zwar in allen Barcelona-Dokumenten und ENP-Aktionsplänen erwähnt, und sie ist selbstverständlich wichtig.

Trotzdem müssen wir Prioritäten setzen und langfristige demokratische Entwicklung gegen strategische Stabilitätsinteressen abwägen. In Ägypten sehen wir einerseits Wahlbetrug, Kriegsrecht und eine äußerst langsame Demokratisierung, die nur so weit gestattet wird, wie sie die derzeitige Regierung nicht gefährdet. Andererseits haben wir kein Interesse daran, Ägyptens bedeutende stabilisierende Rolle in der Region zu gefährden. Konditionalität kann bei der Unterstützung konkreter und spezifischer Schritte in Reformen vor allem auf juristischem Gebiet helfen, bei der Unterstützung von Rechtsstaatlichkeit und beim Aufbau einer pluralistischen Gesellschaft, in der es nicht nur die Wahl zwischen der herrschenden Partei und einer islamistischen Fundamentalopposition gibt.

Kamal

In Ägypten fördern weder Sanktionen noch Konditionen die Demokratisierung

In Ägypten würden weder Sanktionen noch Konditionen, geschweige denn eine Militärintervention Demokratisierung fördern. Das Image des Westens ist so negativ, dass niemand eng mit den USA oder Europa assoziiert werden will. Dialog, der auf gemeinsamen Eckwerten und Anreizen aufbaut, ist die bessere Strategie.

Berman

Was ist falsch an Konditionalität?

Was ist falsch an Konditionalität? Warum soll man Autokraten ihre eigenen Zeitrahmen und Reformpläne entwickeln lassen, ohne unsere eigenen Standards einzubinden? Es müssen natürlich im Dialog individuelle Ansätze entstehen, aber das bedeutet nicht, alle Bedingungen aufzugeben.

Moukheiber

Ein Anstoß von außen durch Konditionalität, *Benchmarks* und einen Zeitplan für Reformen ist in der Region hochwillkommen.

Gegen kosmetische Tricks muss sich der Westen standhaft wehren. Die EU muss Artikel 2 des Assoziationsabkommens mit dem Libanon, wonach die Beziehungen »auf dem Respekt für demokratische Prinzipien und fundamentale Menschenrechte, wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aufgeführt«, aufgebaut sein sollen, ernst nehmen. Wenn die andere Vertragspartei die Auflagen nicht erfüllt, muss die EU die Konditionalitätsklausel anwenden, die entsprechende Sanktionen vorsieht.

Alternde europäische Gesellschaften brauchen qualifizierte Immigranten.

Kepel



Auf lange Sicht ist Bildung der entscheidende Faktor. Bei 70% der Bevölkerung unter 30 und 60% unter 25 strebt eine ganze Generation nach Bildung, die sie für gute Jobs qualifiziert. Aber die staatlichen Bildungsinstitutionen in der Region sind in einem beklagenswerten Zustand, und private Schulen und Universitäten konkurrieren um Investitionen. Europa und die USA sollten hier tätig werden. Nicht nur, um die Gesellschaften des Mittleren Ostens zu stabilisieren, sondern auch, um qualifizierte Immigranten auszubilden, die einige europäische Länder mit ihren alternden Gesellschaften bald dringend brauchen werden.

Wir müssen die negative Wahrnehmung des Westens im Mittleren Osten verändern. Da diese Wahrnehmung auf Gefühlen basiert, wird das leider lange dauern. Während die Menschen im Mittleren Osten ihren eigenen Pfad zur Demokratie definieren müssen, sollten wir ein realistisches Bild unseres Demokratiemodells vermitteln und damit einheimische Reformdebatten stärken, in einem offenen Dialog mit Akteuren aus der Region. Auch ein interkultureller Dialog über das Fernsehen könnte helfen, langfristig ein realistisches und nuanciertes Image des Westens zu kreieren, das wiederum ein Vorbild zur Überwindung politischer Restriktionen sein könnte. Die europäische Geschichte zeigt, dass die Entwicklung von Zivilgesellschaften Jahrhunderte dauern kann.

Wir sollten in der Tat den Zugang zu den Medien im Mittleren Osten suchen. Al-Dschasira, Al-Arabia und andere quasi-»post-autoritäre« Medien sind zwar offen für Demagogen wie Bin Laden, aber auch offen für Westler. Zum Beispiel erscheinen Herr Rouleau und ich recht häufig auf Al-Dschasira. So kann man ein breiteres Publikum im Mittleren Osten in seiner eigenen Sprache erreichen.

Der Westen sollte das Internet umfassend nutzen, um mit den reforminteressierten Menschen im Mittleren Osten zu kommunizieren und sie zu informieren. Wenn Al-Qaida Anleitungen zum Bombenbau ins Netz stellen kann, sollte es möglich sein, auch Rat anzubieten, wie man die Rechtsstaatlichkeit oder die Bedingungen für private Unternehmen verbessern kann – sowie Verbindungen zu Menschen im Westen herzustellen, die Beratung anbieten. Das könnte helfen, Vertrauen zu bilden und ein positiveres Bild des Westens zu erzeugen.

Es ist weithin Konsens, dass der Westen seine Reformanstrengungen auf lokalen Traditionen aufbauen sollte. Wie kann das in der Praxis aussehen?

Kepel

Polenz

Zivilgesellschaften wachsen
über Jahrhunderte

Kepel

May

Al-Qaida nutzt das Internet
besser als der Westen

Sommer

Kein islamisches Land lehnt westliche
Ideen nur wegen ihrer Herkunft ab.

Al-Khalil



Pflüger Statt Demokratie auf paternalistische, eurozentristische Art zu behandeln (»Westminster für alle«), unterstützen wir einheimische Traditionen. In Kuwait zum Beispiel gibt es die Diwanias, private Treffpunkte, wo Männer offen über Politik diskutieren. Es gibt die Shura, die traditionelle arabische Methode zur Entscheidungsfindung und Auswahl von Führungskräften. Um Demokratie zu fördern, sollten wir nicht unsere Maßstäbe auferlegen, sondern solche regionalen demokratischen Traditionen stärken.

Lokale Traditionen statt
»Westminster für alle«

Sommer Könnte ein modernisiertes Scharia-Recht die Verbindung des lokalen Rechtsverständnisses mit westlichen humanitären Werten ermöglichen?

Koolae Aus meiner Zeit als Mitglied des sechsten iranischen Parlaments, 2000–2004, weiß ich, dass einige moderne Interpretationen des Islam und der Scharia sowohl für Reformen geeignet sind als auch das Gerechtigkeitsbedürfnis der Menschen befriedigen.

Hoyer Wir stehen gerade erst am Anfang unseres Lernens über die Traditionen der islamischen Welt. Wir müssen so schnell wie möglich so viel wie möglich über verschiedene Interpretationen des Scharia-Rechts versuchen zu verstehen. Wir haben noch einen langen Weg vor uns, aber wir sollten uns in Bewegung setzen, denn es ist der einzige Weg zu dauerhaftem Fortschritt, für uns und für die Menschen in der Region. Ein Verständnis für die Kompatibilität oder Inkompatibilität westlicher Rechtssysteme mit dem Scharia-Recht ist eine Voraussetzung für Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit in der Region.

Wir müssen die Scharia verstehen lernen

Al-Khalil Obwohl der Islam strenge religiöse Normen hat, ist das politische System in islamischen Ländern doch offen für Modernisierung, und keine westliche Idee wird nur wegen ihres Ursprungs abgelehnt.

Trotz strenger religiöser Normen sind
islamische Gesellschaften modernisierbar

Kassem Islamische Länder müssen nicht unbedingt die Scharia anwenden. Es ist eine Interpretation des Koran, eine vor 1400 Jahren von Menschen geschriebene Rechtslehre, die von Menschen geändert werden kann. Alles hängt also von der Interpretation ab. Ich glaube zwar, dass wir in unseren Ländern neue Gesetze brauchen, aber sie müssen nicht notwendigerweise auf der Scharia beruhen.

Neue Gesetze müssen nicht
auf der Scharia beruhen

Polenz Anscheinend arbeiten weibliche iranische Abgeordnete immer stärker Inkonsistenzen in islamischen Traditionen heraus, um ihrem Kampf für mehr Gleichbe-

Der Dialog der Kulturen bedarf
der Übersetzung – zum Beispiel
beim Begriff der Gerechtigkeit.



May

rechtigung Nachdruck zu verleihen. Zum Beispiel sollen Frauen nach dem Gesetz, das ihren Status regelt, Haus und Kinder versorgen, aber bei einer Scheidung bekommen die Väter das Sorgerecht.

In der arabischen Welt bestehen starke soziale Ressentiments gegen Frauen in der Politik, und Frauen werden wirtschaftlich und sozial diskriminiert. Das wird oft durch fundamentalistische Interpretationen des Koran gerechtfertigt. Momentan nutzen einige Regime das Aufbegehren der Frauen und das Drängen von Initiativen wie der »Middle East Partnership Initiative« der USA aus: Durch Zugeständnisse lenken sie von anderen Defiziten bei Begrenzung der Amtszeiten, Pressefreiheit und Parteienfreiheit ab. Ich beobachte das besonders in der Golfregion, wo in letzter Zeit einige Frauen Parlamentsabgeordnete oder Ministerinnen wurden.

Die Frauenrechte im Bereich des Familien- und des Sorgerechts zu verbessern ist nur dann hilfreich, wenn Frauen auch größere wirtschaftliche Autonomie erhalten.

In jedem Dialog zwischen der islamischen und der westlichen Welt sollte Gerechtigkeit ein Kernthema sein. Sie ist für beide Seiten sehr wichtig, aber unser Verständnis davon ist unterschiedlich. Religiöse Gelehrte sollten angeregt werden, die jeweiligen Bedeutungen zu übersetzen, um unsere Verständigung zu fördern.

Wir sollten uns bemühen, die Sprache unserer Partner zu sprechen. Ich möchte für eine bescheidene Wortwahl plädieren, wenn wir für unsere Ideale werben. Die neue nationale Sicherheitsstrategie der USA erwähnt zahllose Male »Freiheit« und »Demokratie«, aber nur einmal »Rechtsstaatlichkeit«.

Ich denke, wir sollten eher Elemente unserer Demokratien wie ordnungsgemäße Verfahren, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit betonen, denn hier können wir an die islamische Welt anknüpfen. Der Islam hat sehr starke religiöse, soziale und kulturelle Normen, und der Respekt für Normen ist in der Region weitverbreitet.

Deutschland konnte nach 1945 nicht wegen seiner langen demokratischen Tradition – die war eher kurz und unerfreulich – eine stabile Demokratie etablieren, sondern wegen seiner langen Rechtsstaatstradition.

Al-Kitbi

Koolae

Ohne wirtschaftliche Autonomie nützen verbesserte Frauenrechte wenig

May

Scharioth

Bescheidenheit täte dem Westen gut

Partizipation ist der Schlüssel zum Wandel.

Scharioth

- Freitag** Rechtsstaatlichkeit ist ein Kernelement des Barcelona-Prozesses. Die meisten Partnerregierungen sind sehr offen, was die Themen Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit als Kernelemente von Zivilgesellschaften betrifft. Jetzt müssen wir Partner in den Zivilgesellschaften finden und einen Weg des Umgangs mit ihnen, der sie nicht als westliche Agenten stigmatisiert.
- Scharioth** Partizipation ist der Schlüssel zum Wandel. Die KSZE-Erfahrung zeigt, dass alle Eliten, nicht nur die herrschenden, partizipieren müssen. Der enorme Erfolg der KSZE ist auf ihren indirekten Einfluss auf die Gesellschaften Osteuropas zurückzuführen – unter dem Schutz des Westens konnten sich Zivilgesellschaften entwickeln. Aber wie genau man Basisbewegungen unterstützen kann, ohne übermäßiger externer Einflussnahme bezichtigt zu werden, bleibt ein praktisches Problem für uns und unsere Stiftungen.
- Volker** Das »Zukunftsforum«, 2004 als Herzstück der BMENA geschaffen, führt Regierungsbeamte, gesellschaftliche Aktivisten und Vertreter des Privatsektors zusammen. Als Initiative der G8-Staaten und Länder des weiteren Mittleren Ostens und Nordafrikas unterstützt es durch Konferenzen in der Region einheimische Reformbestrebungen. Der zugehörige »Zukunftsfonds« bietet kleinen Unternehmen finanzielle Unterstützung, um Wirtschaftswachstum und Jobs zu fördern. Die Finanzierung kommt aus westlichen Ländern und aus der Region, im Vorstand sitzen Entscheider aus dem Mittleren Osten und Europa. Eine unabhängige »Zukunftsstiftung«, finanziert durch Länder aus der Region, Europa und von den USA, wird regionale NGOs in den Bereichen Demokratie und Menschenrechten fördern.
- Moukheiber** Man muss echte Partnerschaften kreieren, um basisdemokratische Bestrebungen zu unterstützen und koordinieren.
- Polenz** Um Partner zu gewinnen, müssen wir glaubwürdig sein. Demokratisierung ist immer ein heftiger Kampf um Werte und Ideen. Einheimische Eliten und Hilfe von außen sind gleichermaßen nötig, aber fremde Hilfe muss auf »Soft Power« und Glaubwürdigkeit aufbauen. Folglich muss der Westen eine kohärentere Menschenrechtspolitik verfolgen und entsprechende Verletzungen gleichmäßiger kritisieren.
- Pflüger** Bei Menschen- und Bürgerrechten ist die Macht des Vorbilds wichtiger als alle Militärkampagnen und Demokratisierungs-Initiativen. Der Ausdruck »City upon



the hill« für Amerika sollte die ersten Kolonisten daran erinnern, dass ihre Gemeinschaft von der Welt beobachtet wird, und Ronald Reagan brachte damit den amerikanischen Anspruch auf den Begriff, ein Vorbild für die Welt zu sein – »Hier sind Menschenrechte Realität«. Aber weder Guantanamo noch Abu Ghraib werden dem gerecht. Selbst wenn wir anerkennen, dass sich die USA seit dem 11. September im Krieg sehen, müssen wir auch die arabische Perspektive berücksichtigen. Um ihrer eigenen Interessen willen sollten die USA Guantanamo schließen.

Sollte der Westen Islamisten als Partner in den Modernisierungsprozess einbeziehen, als regionale Alternative zu autoritären Herrschern?

Die Idee, Islamisten in den politischen Prozess einzubeziehen, ist derzeit in Mode. Sie beruht auf der Annahme, dass für die muslimischen Menschen in der Region Islamismus die einzige Alternative zu Autokratie ist. Im Moment gibt es aber keinen politischen Prozess, in den man irgend jemand einbeziehen könnte. Dieses Defizit ist das eigentliche Problem, und unser Ziel sollte der Aufbau demokratischer Institutionen sein. Das würde auch demonstrieren, dass Islamismus nicht das einzige Mittel ist, das man zum Kampf gegen Autoritarismus aufbringen kann.

Wenn wir ein funktionierendes demokratisches System haben, sollen die Menschen entscheiden, ob sie von Islamisten regiert werden wollen. Solange unsere Institutionen garantieren, dass sie auch wieder abgewählt werden können, muss man keine Angst vor ihnen haben. Bedenken Sie, dass die Muslimbruderschaft es unter vier Regimen – Monarchie, Nasser, Saddat und Mubarak – in einem Dreivierteljahrhundert nicht geschafft hat, an die Macht zu kommen. Es fehlt ihr wohl an politischer Schläue.

Es ist höchst wichtig, jetzt den Anfang Richtung Demokratie und Verantwortlichkeit zu machen. Wenn die Menschen die Islamisten als einzige Alternative ansehen und es keine Mechanismen gibt, über die man sie auch wieder aus dem Amt wählen kann, könnte die nächste Wahl aus Ägypten eine Theokratie wie den Iran machen.

Theokraten sind das Spiegelbild der Autokraten der Region. Hören Sie auf, Autokraten zu unterstützen, und Islamismus wird nicht mehr die einzig sichtbare Alternative sein.

Weder Abu Ghraib noch Guantanamo entsprechen amerikanischen Ansprüchen

Sommer

Kassem

Der Westen sollte nicht Islamisten unterstützen...

...sonderen demokratische Systeme ...

... dann können die Menschen selbst Islamisten wählen und wieder abwählen

Ibrahim

Autokraten nutzen die westliche Angst vor Islamisten.

Ibrahim



Al-Azm Für mich ist das wichtigste Thema heute zu verhindern, dass das Scharia-Recht wieder auf alle anderen Bereiche des Rechtssystems ausgedehnt wird und damit die Errungenschaften der letzten 50 Jahre Säkularismus zunichtemacht – Abdel Nasser hat die Scharia auf die Gesetze beschränkt, die den Status von Frauen regeln, nicht die Islamisten. Aus islamistischer Sicht genügt es nicht, die Scharia nur auf das Familienrecht anzuwenden.

Sommer Wie sieht es mit der Gefahr aus, die Herr Kassem sieht: Würden freie Wahlen in unvollständigen demokratischen Strukturen zum Aufstieg des Islamismus führen, und würde das die Stabilität gefährden?

Moukheiber Der Westen fürchtet die Wirkung der Islamisten auf Terrorismus und Sicherheit, während sich die Menschen in der Region sorgen, dass sie unter religiöser Herrschaft ihr Leben nicht mehr mit angemessenen Institutionen regeln können.

Angst vor Islamisten darf Reform und Wandel nicht behindern

Aber Angst vor Islamisten sollte externe Akteure nicht davon abhalten, Reform und Wandel zu fördern. Islamisten werden als Gefahr für regionale Stabilität, Zivilgesellschaft, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gesehen. Aber Autokraten nutzen diese Angst bereitwillig aus, um sich als geringeres Übel zu präsentieren und die Kontrolle über ihr Volk anzuziehen. Die Hauptsorge bezüglich Syrien ist zum Beispiel nicht das schreckliche Regime, sondern dessen potenzielle Ablösung durch Islamisten.

Al-Kitbi Die Islamisten haben eine große Wirkung auf die Menschen in der Region, Sie sollten nicht hoffen, sie einfach isolieren zu können – am wenigsten die moderateren. Denken Sie an das Sprichwort »If you can't beat them, join them«: Man sollte sich ihnen nicht wirklich anschließen, aber mit ihnen in Dialog oder eine Art Kooperation einzutreten könnte helfen, die Herzen und Köpfe der Menschen in der Region zu gewinnen.

Ibrahim
Der Westen sollte die Ergebnisse freier Wahlen nicht fürchten

In Deutschland haben 1933 demokratisch gewählte Politiker tatsächlich die Demokratie beendet, aber ich erinnere mich nicht an ähnliche Ereignisse in der islamischen Welt. Der Westen sollte sich nicht länger vor den Ergebnissen freier Wahlen dort fürchten. 1,4 Milliarden Muslime weltweit leben bereits unter demokratisch gewählten Regierungen.

Autokratische Regime danken dem Westen für seine Angst vor demokratischen Siegen der Islamisten und bestätigen gerne, dass freie Wahlen ihren vor-

Zum Dialog mit Islamisten gibt es keine Alternativen.

Pflüger

geblichen Bemühungen um Modernisierung und Demokratisierung ein Ende bereiten würden. Seit 1991 hat das algerische Militär bedeutenden Einfluss auf die Regierung. Autokraten sind sehr geschickt darin, westliche Befürchtungen zu instrumentalisieren.

Wir müssen zumindest mit einigen islamistischen Gruppen in Dialog treten. Der Begriff »Islamisten« deckt ein breites Spektrum ab. In Marokko und Ägypten habe ich islamistische Politiker getroffen, die nur Islamisten sind, weil es die einzige starke Alternative zu ihren autokratischen Regierungen ist. Zum Dialog mit den Muslimbrüdern und ähnlichen Gruppen gibt es keine Alternative.

Die USA sollten ihre extrem kleine Zielgruppe für Demokratisierung erweitern. Nehmen Sie zum Beispiel die Hamas: Vielleicht bewundern wir sie nicht gerade, aber sie ist Teil des Demokratisierungsprozesses. Oder die linken syrischen Parteien, die inzwischen den liberalen Konsens angenommen haben und die syrische Demokratisierungsbewegung unterstützen. Die USA unterstützen diese Gruppen nicht, weil ihre Definition demokratischer Akteure zu eng ist.

Die US-Politik gegenüber islamistischen Gruppen wandelt sich. So steckte etwa die Untersuchungskommission zu den Anschlügen des 11. September noch alle islamistischen Gruppen in die gleiche Schublade. Hätte man damals einen Dialog mit islamistischen Gruppen befürwortet, wäre man als Al-Qaida-Sympathisant verdächtigt worden. Jetzt haben die einzigen erfolgreichen US-Demokratisierungsbemühungen dazu geführt, dass Islamisten an die Macht kamen – bei den Wahlen im Irak, in Palästina und Ägypten und dem Wandel im Libanon. Es geht nicht mehr darum, ob die USA Islamisten einbeziehen sollten, sondern unter welchen Bedingungen.

Die USA haben auch linksgerichtete Gruppen unterstützt, wenn es ihnen nützte. Entgegen ihrer Rhetorik haben alle US-Regierungen aus praktischen Gründen auch mal ideologische Differenzen ignoriert. Im Nachkriegseuropa, in den frühen Jahren des Kalten Krieges, haben die USA energisch die nicht kommunistische Linke gefördert. Weil die Öffentlichkeit und der Kongress dies nicht unterstützten, musste diese Politik der Exekutive im Verborgenen durchgeführt werden.



Pflüger

Ottaway

Amerikaner definieren demokratische Akteure sehr eng...

Singer

... aber ihre Haltung gegenüber den Islamisten wandelt sich

May

4. Irak

von Weizsäcker

Vielleicht der wichtigste Bereich transatlantischer Kooperation wird der Irak sein. Auch die Gegner der Invasion wissen, dass es jetzt Wichtigeres gibt, als retrospektiv das Für und Wider des Sturzes von Saddam Hussein zu diskutieren. Wir sitzen heute alle im selben Boot. Aber weiß irgendjemand, wohin das Boot steuern sollte? Wir sind uns sicher einig, dass ein Rückzug keine Option ist. Aber wie sollte die Irak-Strategie des Westens aussehen?

Volker

Zum Glück sind Europäer und Amerikaner nun zur Zusammenarbeit im Irak bereit

Die Herausforderungen vor uns sind wichtiger als der Streit darüber, wer 2003 recht hatte. Die Invasion in den Irak hat stattgefunden, die USA und ihre Verbündeten sind dort, und Rückzug ist derzeit keine Option, da er zu Chaos und Zerstörung führen würde. Zum Glück sind die europäischen Länder, die gegen die US-Entscheidung waren, jetzt zur Zusammenarbeit bereit, auch wenn sie bei ihrer früheren Einschätzung bleiben. Nur gemeinsam können wir es schaffen, dass das irakische Volk auf Grundlage der eigenen Verfassung seine eigene Regierung wählt und schlussendlich eine freie, vereinte, sichere und gedeihende Gesellschaft aufbaut. Während der Invasion wurden Fehler gemacht, einige sind bereits korrigiert, andere noch nicht. Um einen freien, demokratischen Irak aufzubauen, der nicht mehr von äußerer Einmischung abhängt, braucht Amerika Europas Hilfe.

Reiter

Für dieses gemeinsame Ziel ist enge Zusammenarbeit ungeachtet vergangener Differenzen unabdingbar. Sie kann von den verschiedenen Herangehensweisen auch profitieren. Paradoxerweise hat die politische Schwäche sowohl der USA als auch der EU in den letzten Jahren die Kooperationsbereitschaft erhöht. Denn beide Seiten sind durch die Erfahrung ernüchtert, dass sie allein schnell an Grenzen stoßen.

Pflüger

Die Westmächte müssen gemeinsam die Demokratisierung des Irak unterstützen. Ob wir für den Krieg waren oder dagegen – die Beurteilung sollten wir den Historikern überlassen. Jetzt muss jeder dazu beitragen, das Land zu stabilisieren und bleibende demokratische Institutionen aufzubauen. Deutschland trägt seinen Teil bei, indem es irakische Sicherheitskräfte ausbildet. Ein Abzug der USA in naher Zukunft ist meiner Ansicht nach keine Option, aber ich bin sehr gespannt auf die Meinung der Teilnehmer aus der Region.

Der Krieg im Irak kann nicht gewonnen werden; diese verfehlte Politik wurde von Anfang an als Versuch, die Region zu kolonisieren, aufgefasst.

Al-Kitbi

Einen schnellen Erfolg im Irak zu erwarten wäre unrealistisch, ein Rückzug würde in die sichere Katastrophe führen.

Klose

Ein Abzug der USA aus dem Irak und der nachfolgende Bürgerkrieg und das potenzielle Zerbrechen des Landes würden eine Kombination aus Somalia, Jugoslawien und Afghanistan schaffen. Alle regionalen Akteure würden in die Konfrontation hineingezogen. Ich fürchte, dieses Szenario könnte bald Wirklichkeit werden.

Fischer

Kürzlich beschrieb Jim Hoagland in der Washington Post einen bevorstehenden Wandel der US-Politik zum Irak: US-Truppen werden im Rahmen einer koordinierten Reduzierung und Konzentration aller ausländischen Armeen aus den Städten zurückgezogen, um die Sichtbarkeit zu senken. Als Advocatus Diaboli würde ich sagen, dies ist Phase eins des Rückzugs. Entweder ersetzen die irakischen Sicherheitskräfte die amerikanischen in einem koordinierten schrittweisen Rückzug, oder – wenn die Iraker noch nicht so weit sind – ein Bürgerkrieg bricht aus. Die US-Regierung hat angekündigt, dass die US-Truppen im Falle eines Bürgerkriegs abgezogen werden. Die neue US-Politik könnte bedeuten, dass sie den Irak verlassen – ungeachtet der Folgen.

Wird Amerika sich bald aus dem Irak zurückziehen?

Die USA werden ihre Truppen an weniger sichtbaren Orten konzentrieren, das ist richtig. Wenn dann irakische Sicherheitskräfte die Sicherheit regeln, nimmt vielleicht die Unterstützung für die Aufstände ab. Aber es wird keinen generellen Rückzug geben. Wir werden den Irak nicht verlassen und sagen »Wir haben eine Schlacht verloren, der Krieg geht weiter«. Wir sehen im Irak mehr als ein Schlachtfeld, und ein früher Abzug wäre ein strategischer Fehler kolossalen Ausmaßes.

Volker

Es wird keinen Rückzug geben

Leider sind die irakischen Aufständischen nicht dumm und wissen von den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2008. Die erste Entscheidung des nächsten Präsidenten, ob Republikaner oder Demokrat, wird sich um den Irak drehen. Jeder Kandidat weiß, dass die falsche Irak-Strategie sein oder ihr politisches Ansehen ruinieren wird. Wie die Dinge heute stehen, ist es nicht unwahrscheinlich, dass der nächste Präsident so schnell wie möglich »die Jungs nach Hause holen« wird. Noch einmal, leider sind die Aufständischen nicht dumm. Die Parteien und religiösen

Fischer

Der nächste Präsident wird möglicherweise »die Jungs nach Hause holen«

Gruppen im Irak planen jetzt schon für den Tag, an dem US-Botschafter Khalilzad den Irak zusammen mit den letzten Truppen verlässt.

Volker Wir wissen, dass ein Abzug katastrophale Folgen hätte, darum hat sich die US-Regierung auch klar verpflichtet, ihre Truppen im Land zu belassen. Es ist breiter Konsens, dass ein Rückzug nicht nur eine geschlagene Schlacht bedeuten würde, sondern einen strategischen Fehler, den wir uns nicht leisten können. Jeder Kandidat in der kommenden Präsidentschaftskampagne wird an seinem Eintreten für den Irak gemessen werden. Bis der neue Präsident gewählt ist, wird die US-Militärpräsenz im Irak eine etablierte, parteienübergreifende Position sein.

Wells Wir sind uns alle einig, dass die USA sich nicht zu schnell aus dem Irak zurückziehen sollten. Aber dem militärischen, wirtschaftlichen und politischen Druck in Richtung schneller Rückzug zu widerstehen erfordert beträchtliches politisches Kapital. Hoffentlich hat Herr Volker recht, dass alle Präsidentschaftskandidaten diesem Druck widerstehen werden. Einige geben dem öffentlichen Druck vielleicht nach und stützen die Option des Kongressabgeordneten Murtha, die US-Truppen im Irak »zum frühestmöglichen Zeitpunkt« zu verlegen.

Viele Amerikaner drängen auf einen schnellen Rückzug

Wenn Europa will, dass wir bleiben, muss es uns helfen

Wenn unsere europäischen Freunde wirklich meinen, wir sollten im Irak bleiben, sollten sie auch Wege finden, die US-Regierung zu unterstützen. Deutschland zum Beispiel bildet in den Vereinigten Arabischen Emiraten irakische Polizisten aus; andere europäische Länder könnten sich in diese Richtung ebenfalls Gedanken machen.

Al-Khalil Wenn die USA verhindern wollen, dass der Irak eine Basis für islamistische Terroristen wird, müssen die US-Truppen erst einmal im Land bleiben. Wenn man sie vernünftig anspricht, werden Iraks Nachbarn Kuwait, Saudi-Arabien und Jordanien bereit sein, den USA beim Aufbau eines stabilen Iraks zu helfen. Es ist nicht in ihrem Interesse, dass der Irak zerfällt oder von fundamentalistischen Schiiten beherrscht wird.

5. Transatlantische Zusammenarbeit

Sommer Der Irak ist nur das prominenteste Beispiel für die Notwendigkeit transatlantischer Kooperation. Ich würde die Frage gern allgemeiner stellen: Wie sollten die USA und Europa ihre zukünftige Partnerschaft im weiteren Mittleren Osten gestalten?

Mein Ratschlag an Europa:
Steigt nicht ins Boot der USA!

Smyser



Die Modernisierung des Mittleren Ostens ist eine Herausforderung, um die EU und USA nicht herumkommen. Die Frage ist nicht, ob sie passieren wird, sondern ob dies gewaltsam oder friedlich ablaufen wird. Wir müssen die Entwicklung eines modernen Islam und funktionierender Zivilgesellschaften mit allen Mitteln unterstützen.

Die USA, mit ihren immensen militärischen und finanziellen Ressourcen, können kaum die Implosion des Irak verhindern. Leider kann ein Scheitern im Irak mit all seinen schrecklichen Folgen nicht ausgeschlossen werden. Vielleicht ist dieser Kampf verloren. Das macht eine geeignete Strategie für einen friedlichen Mittleren Osten umso wichtiger, und sie muss gemeinsam von den transatlantischen Partnern entwickelt werden.

Ich bin von dem, was ich bisher gehört habe, sehr entmutigt. Mir scheint, der Krieg im Mittleren Osten wird weitergehen und sich vielleicht sogar ausweiten. Der Mittlere Osten wird vielleicht für unsere Zeiten, was der Balkan für das Ende des 19. Jahrhunderts war. Wie manche von Ihnen vielleicht wissen, war der Balkan damals voll von empfundenen und echten Ressentiments und Ungerechtigkeiten, von religiösem und ethnischem Zwist. Otto von Bismarck weigerte sich als Kanzler des Deutschen Reiches – damals des mächtigsten Staats der Erde –, sein Land durch Parteinahme in einem Konflikt in die Probleme dieser Region zu verwickeln. Er nahm die Position des »ehrlichen Maklers« ein. Für ihn war der Balkan »nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert«. Beim Berliner Kongress ärgerten sich viele über seine Neutralität, aber Deutschland überlebte. Leider hat er seinem Nachfolger nicht seine diplomatische Weisheit vererbt. Deutschland begann sich im Balkan zu engagieren, und am Ende war Deutschland dann nicht mehr der mächtigste Staat der Erde.

Heute machen die Amerikaner im Mittleren Osten einen ähnlichen Fehler – sie lassen sich in die Sache verwickeln. Sie mögen noble Ziele verfolgen, aber sie werden wie Deutschland enden, auch wenn sie es heute noch nicht wissen. Mir als Amerikaner tut das sehr leid, aber es ist die Wahrheit, und wir müssen diese Wahrheit anerkennen.

Wir sind hier, um Ideen auszutauschen und um uns gegenseitig Vorschläge zu machen. Ich habe einen Vorschlag für die Europäer, von dem ich hoffe, dass er ernst genommen wird. Ich rate den Europäern dringend, ihre Distanz zur amerikanischen Politik zu wahren. Steigt nicht ins selbe Boot wie die USA. Wenn ihr schon drin sitzt, steigt aus und sucht ein anderes. Nur so könnt ihr euch von et-

Fischer

Smyser

Amerika steuert im Mittleren
Osten auf ein Desaster zu



was fernhalten, was sich zu einer Reihe schrecklicher Tragödien entwickeln wird. Verfolgt Barcelona, euren eigenen Dialog, eure eigenen Methoden und Hilfsprogramme. Ab und zu könnt ihr ja dem gleichen Kurs folgen wie die Amerikaner, aber behaltet eure eigene Agenda, und macht das auch deutlich. Nicht nur Europa zuliebe, sondern auch für den Mittleren Osten, der ehrliche Makler nötig haben wird. Ein unabhängiger europäischer Kurs ist sogar im Interesse der USA. Es wird der Moment kommen, in dem die USA ihre europäischen Freunde brauchen, um die Situation zu retten, und es wird Zeiten geben, in denen nur die Legitimität der Europäer die Interessen des Westens zu wahren in der Lage ist. Dann wird es von Vorteil sein, nicht zu eng mit den USA verbunden zu sein.

Volker

Ich habe seit langem keinen gefährlicheren Ratschlag gehört als die Idee, Europa sollte aus dem transatlantischen Boot aussteigen, was den Mittleren Osten betrifft.

Pflüger

Die Europäer dürfen das amerikanische Boot nicht verlassen

Die Europäer sollten auf keinen Fall aus dem amerikanischen Boot aussteigen und ihr eigenes bauen. Wir brauchen die USA, um mit dem Iran zu verhandeln, Israel zum Frieden anzutreiben und Stabilität im Irak zu schaffen. Europa muss im amerikanischen Boot bleiben und seinen Kurs beeinflussen. Außerdem könnten zwei Boote am Ende kollidieren.

Amerikanischer Aktivismus und europäische Vorsicht ergänzen sich

Stattdessen könnten sich, wie im Kalten Krieg, der US-Aktivismus und die europäische Vorsicht fruchtbar ergänzen. Die US-Demokratisierungskampagne für den Mittleren Osten ist nützlich, aber sie braucht europäische *Checks and Balances*. Europa sollte die potenzielle amerikanische Selbstgerechtigkeit abschwächen und einen Ansatz finden, der näher am Koran und an islamischen Traditionen ist. Wenn die westliche Demokratisierungskampagne zum echten Dialog wird, statt nur eine Serie naiver Forderungen zu sein, kann sie die politischen Ansichten vieler Araber verändern. Besonders junge Menschen in der Region sehnen sich nach mehr Partizipation. Heute haben sie oft nur zwei Möglichkeiten: sich autokratischen Regierungen anzuschließen oder islamistischen Bewegungen. Europäer und Amerikaner müssen sich zusammentun, um Reformen wie Herrn Ibrahim zu stärken, aber ohne den Kreuzzugseifer, den die Amerikaner allzu oft demonstrieren.

Volker

Wir müssen Gemeinsamkeiten zwischen Europa, den USA und dem Mittleren Osten finden, aufbauend auf Dialog, Verständnis und geteilten Grundwerten: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit.



Die dänische Cartoon-Kontroverse hat verdeutlicht, dass diese Werte kollidieren können, zum Beispiel ist die Balance zwischen Respekt für religiösen Glauben und Meinungsfreiheit ein schmaler Grat. Diese Balance können demokratische Systeme noch am besten finden – Churchills Diktum trifft auch hier zu: Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, abgesehen von allen anderen.

Der Mittlere Osten stellt uns vor einen ganzen Komplex zusammenhängender Probleme. Während einige davon akute Krisen sind und kurzfristige Reaktionen erfordern, sind andere langfristige Themen – wie das Problem der Islamophobie im Westen und die korrespondierenden Ressentiments gegen den Westen in der islamischen Welt. Wir müssen einen transatlantischen Ansatz finden, in den beide Partner ihre jeweiligen Stärken einbringen, um diesen Herausforderungen wirkungsvoll begegnen zu können.

Warum teilen die EU und die USA ihre Tätigkeitsfelder nicht untereinander auf? Die USA üben Druck auf Regime aus, die EU schafft Anreize für den Aufbau von Zivilgesellschaften – ein *good cop, bad cop*-Spiel der internationalen Politik.

Al-Kitbi

Der Westen sollte die jeweiligen Vorzüge seiner Länder bewusst nutzen. Wenn Europa in weiten Teilen der Region ein besseres Image hat – nutzt diese Tatsache aus!

Moukheiber

Europa sollte sich nicht nur auf seine eigene Agenda konzentrieren, sondern auch auf die Abstimmung mit den USA. Wir müssen unsere Trümpfe kombinieren: Europas Stärke im Institutionenaufbau und der Rechtsharmonisierung mit Amerikas beispiellosem politischem Gewicht und seinen Ressourcen.

Singer

Die USA und die EU müssen sich von der Ebene der Konzepte und Konferenzen zu konkreten Programmen bewegen. Bisher ging es bei unseren Treffen meist um weitere Treffen. Beim Zukunftsforum etwa hatten wir eine Sitzung mit allen teilnehmenden Regierungen, und die große Debatte kreiste um das nächste Sitzungsdatum.

Für ernsthafte Programme müssen die USA und die EU viel mehr Geld investieren. Die EU-Ausgaben für den Barcelona-Prozess und das Zukunftsforum sind sehr begrenzt, und die USA konzentrieren ihre Ressourcen auf Militär- und Polizeiarbeit und vernachlässigen dabei die Herausforderung, die Herzen und Ansichten der Menschen zu verändern. Das entscheidende strategische Dokument der US-Regierung für den Kampf gegen Radikalismus identifiziert drei »Säulen«

Für ernsthafte Programme brauchen die Amerikaner und Europäer mehr Geld

dieses Kampfes. Die erste davon, die militärische, kostet etwa \$ 500 Milliarden. Die zweite Säule, Verteidigung und Homeland Security, erhält \$ 120 Milliarden. Aber die dritte Säule, die Veränderung der strategischen Umgebung (Unterstützung von Reformen, Public Diplomacy usw.), erhält nur etwa \$ 500 Millionen pro Jahr. Das ist kaum angemessen, wenn man bedenkt, dass diese Säule die Krankheit nachhaltig bekämpft statt nur die Symptome wie die anderen beiden.

Volker Natürlich müssen wir unsere Konzepte operationalisieren und konkrete Programme implementieren. Aber Konferenzen sind nicht vollkommen sinnlos. Die KSZE war eine Konferenz an wechselnden Orten, die sich nur alle drei Jahre traf – aber mit enormer Wirkung.

6. Türkei und Libanon – Modelle für die Region?

Sommer Gibt es positive Vorbilder für die Region?

Moukheiber Über lange Zeit hielten israelische und syrische Truppen den Libanon besetzt, und das Land verschwand fast in einem Bürgerkrieg. Jetzt, da seine Demokratie – ein seltenes Beispiel in der islamischen Welt – wieder belebt wurde, kann der Libanon ein Vorbild für die Region sein und zeigen, was durch die Kombination interner und externer Bemühungen erreicht werden kann. Der Libanon wird in naher Zukunft eine Konferenz zur Gewinnung ausländischer Unterstützung in Beirut abhalten, bei der eine Reformagenda vorgestellt wird. Wahlsystem, Parlamentsreform, unabhängige Justiz, Antikorruptions-Programme, eine förderliche Umgebung für zivilgesellschaftliche Organisationen und freie audiovisuelle Medien, das alles sind Wege, die Demokratisierung von innen durch Institutionen zu unterstützen. Nicht nur die EU und die USA, auch die UN und die Weltbank sollten die Gelegenheit nutzen, verantwortungsbewusst den Reformprozess zu unterstützen.

Der Libanon und Marokko könnten Vorbilder für Demokratisierung sein, die vielleicht einen Dominoeffekt auslösen. Marokkos Kommission für Wahrheitsfindung und Versöhnung (IER) ist beispiellos in der arabischen Welt. Sie wurde 2004 eingesetzt, um die Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung zu untersuchen.

Al-Azm Die islamische Welt braucht dringend ein demokratisches, liberales, säkulares Vorbild – und da ist die Türkei zurzeit der einzige Kandidat, trotz Fortschritten in Palästina, dem Libanon oder Marokko. Es ist ein interessantes Paradox, dass die

Nur demokratische Länder können gegenüber dem Westen selbstbewußt auftreten.



Al-Azm

säkulare Türkei das einzige islamische Land ist, in dem eine islamistische Partei durch Wahlen an die Macht kam. Premierminister Erdogans Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) versucht nicht, einen islamistischen Staat zu etablieren, obwohl sie auch keine Verbundenheit zur kemalistischen Ideologie zeigt.

Syrien ist ein gutes Beispiel für den Einfluss der politischen Entwicklungen in der Türkei. Hass auf die Türkei ist in Syrien tief verwurzelt, aus Gründen, die aus der Zeit der osmanischen Herrschaft datieren, aber auch wegen heutiger Streitigkeiten um Wasserversorgung und Grenzlinien. Aber vor Kurzem hat die syrische Linke auf der Suche nach regionalen Beispielen funktionierender Zivilgesellschaften und einer überzeugenden Umsetzung des liberalen Konsens ihre Vorliebe für die Türkei entdeckt. Und einige Muslimbrüder in Syrien bewerten das Aufkommen des politischen Islam in der Türkei im Vergleich mit der Verkrustung und Unterdrückung des politischen Islam in ihrem eigenen Land als sehr positiv. Sie beklagen sich, dass die Bruderschaft seit vier Jahrzehnten keine neue politische Idee hervorgebracht hat – mit Anführern in ihren Achtzigern ist das nicht überraschend. Dagegen nennen sie die Türkei als Beispiel für einen lebendigen politischen Islam, der seine Macht auf demokratische Art gewinnt.

Sogar die Nationalisten und Islamisten in Syrien, die die Türkei traditionell für ihre kemalistische Ideologie, die Abschaffung des Kalifats, ihre westliche Orientierung und guten Beziehungen mit Israel hassten, betrachten sie jetzt als ein politisches Modell. Nachdem sie bisher die Türkei und die osmanische Herrschaft (Nationalisten sprechen von der »rückschrittlichen türkischen Besatzung«) für alles Rückständige in der arabischen Welt verantwortlich machten, sagen sie jetzt, dass die Erfolge der Türkei den arabisch-muslimischen Interessen vielleicht mehr gedient haben als jedes andere Regime im Mittleren Osten.

Sogar viele Syrer betrachten die Türkei als politisches Modell

Demokratische Länder wie die Türkei können gegenüber dem Westen eine selbstbewusste, unabhängige Außenpolitik verfolgen. Als die US-Regierung 2003 die Irak-Invasion vorbereitete, wollte sie von der Türkei aus eine nördliche Front öffnen. Aber das türkische Parlament votierte knapp gegen die Stationierung von US-Truppen auf türkischem Boden, und Premierminister Erdogan wies die Bitte der USA standhaft ab. Präsident Bush musste dieses Ergebnis anerkennen, da es die Entscheidung eines demokratisch gewählten Parlaments war. Welcher arabische Präsident, Prinz oder König könnte den USA eine solche Entscheidung seines undemokratischen, unterwürfigen Parlamentes mitteilen, ohne ausgelacht zu werden?



Ibrahim

Das türkische Modell ist eine Verheißung...

Das türkische Modell wird derzeit von jedem auf der Rechten, Linken und aus der Mitte des politischen Spektrums im Mittleren Osten zitiert. Die Geschichte der AKP ist kein Paradox, wie Herr Al-Azm es nannte, sondern eine Verheißung. Darum muss die Türkei Erfolg haben mit ihrem Anliegen, der EU beizutreten. Wenn die EU das türkische Versprechen einlöst und der Westen konsequent Konditionalität anwendet, besteht eine echte Chance, dass irgendwann jedes Land in der Region seinen Weg zur Demokratie findet.

Esfandiari

...aber nur solange die Armee über den laizistischen Staat wacht

Ich kann Herrn Al-Azms Optimismus bezüglich des Aufstiegs des Säkularismus in der Region leider nicht teilen. Herr Ibrahim nannte die Türkei eine Verheißung, aber ich frage mich, wie Erdogans islamistische Partei das Land regieren würde, wenn nicht die türkische Armee als Wachhund über die Verfassung und die Verteidigung des Laizismus wachen würde.

Kepel

Die Türkei wird als Reformmodell für die arabische Welt angesehen, sogar unter unseren arabischen Kollegen hier am Tisch. Warum ist das so? Weil die Türkei relativ stabile demokratische Institutionen hat und diese derzeit reformiert, um die EU-Standards zu erfüllen. Was das türkische Modell uns lehren kann, ist die Bedeutung demokratischer Institutionen. Das Hauptmotiv für den türkischen Umbau von Institutionen ist der Wunsch, der EU beizutreten, der durch die europäische Selbstwahrnehmung der türkischen Eliten motiviert ist. Für die arabischen Nachbarn der Türkei, die nicht diese europäische Selbstwahrnehmung teilen, könnte die Türkei das Vorbild sein.

Kamal

Die Türkei kann kein Vorbild für die arabische Welt sein

Ich bezweifle, dass sich viele Türken dem Mittleren Osten zugehörig fühlen, und bin noch skeptischer, ob die arabische Welt die Türkei als Vorbild betrachten wird. Die türkische regionale Identität, arabisches Selbstwertgefühl und das osmanische Kolonialerbe machen dies fast unmöglich.

Aber die Türkei hat erfolgreich die kritische Aufgabe bewältigt, die Beziehung zwischen Islam und Politik nach klaren Kriterien zu regeln. In der Türkei muss sich jede Partei an die Regeln der säkularen Republik halten. Die AKP will das System nicht ändern und einen religiösen Staat mit Scharia-Recht schaffen – sie beansprucht noch nicht einmal ein Monopol über den Islam. Im Gegensatz dazu beanspruchen die Muslimbruderschaft und andere islamistische Gruppen in der arabischen Welt immer noch, den Islam zu repräsentieren, und glauben an einen religiösen Staat, der auf dem Scharia-Recht aufbaut. Gleichzeitig nutzen fast alle

Die Türkei ist eine Verantwortung und eine Chance für die EU.

Polenz

politischen Gruppen, Parteien und die meisten Regierungen in der arabischen Welt die Religion aus, um politische Ziele zu erreichen. Wir müssen Islamisten ins politische System integrieren, sodass sie sich zu konservativen Parteien wandeln können wie in der Türkei.

Der Erfolg der Türkei als Vorbild für die politische Integration von Islamisten wird von vier Faktoren bestimmt: 1. einer strukturellen Autorität, 2. ausgeweiteter Wählerschaft, 3. der *Feedback*-Schleife und 4. normativem Wandel.

1. Strukturelle Autorität heißt im Fall der Türkei die starke Stellung der Armee. Ihre politische Aufsicht ist zentral für die Integration der islamistischen Bewegung.

2. Sobald die islamistischen Parteien aktiv am System partizipieren, sind sie gezwungen, ihre Wählerschaften auszuweiten und mehr Wähler anzusprechen. Sie werden gezwungen, einige ihrer radikalen Grundsätze aufzugeben.

3. Die *Feedback*-Schleife: Je länger eine islamistische Partei nach den Regeln der strukturellen Autorität spielt, desto mehr ist sie bereit, die Regeln zu befolgen. Darum ist die »*Electoralisation*«, der zunehmende Einsatz von Wahlen, um politische Fragen auf allen Gesellschaftsebenen zu entscheiden, ein wichtiger Faktor von Demokratisierung.

4. Normativer Wandel: Muslimische Gesellschaften müssen nicht nur an Wahlen teilnehmen, sondern sie auch innerlich akzeptieren. Darum ist es wichtig, einen umfassenden Diskurs über Demokratie zu beginnen, der historische und theoretische Entwicklungen berücksichtigt.

Bemerkenswerterweise kamen diese vier Faktoren in der Türkei ohne Einfluss von außen zusammen. Das führte dazu, dass die islamistische AKP integriert wurde, sobald demokratische Partizipation erlaubt war.

Piscatori

Die Türkei stellt eine große Verantwortung und eine große Gelegenheit für die EU dar. Sie wird nicht eins zu eins als Demokratisierungsmodell für alle Nahost-Länder dienen, aber sie kann beweisen, dass unsere demokratischen Werte – Rechtsstaatlichkeit, gegenseitige Kontrolle, Menschenrechte – mit muslimischen Gesellschaften vereinbar sind.

Polenz

Erstaunlicherweise sind Ministerpräsident Erdogan und seine AKP sehr darauf erpicht, die Türkei in die EU zu führen, die der ehemalige französische Präsident Giscard d'Estaing einmal einen »Christen-Club« nannte. Die türkische Armee, Hüterin von Säkularismus und Modernität, ist skeptischer gegenüber dem EU-Beitritt.

Al-Azm

Europa und die USA werden
im Mittleren Osten gebraucht.

von Weizsäcker



Aus diesem Grund muss die EU die Tür für die Türkei offen lassen. Eine Mitgliedsperspektive wird die türkische Armee davon abhalten, sich wieder in zivile Entscheidungen einzumischen, und sie wird verhindern, dass in der AKP eine fundamentalistische Stimmung die Oberhand gewinnt. Die Türkei kann zum lebenden Beweis werden, dass Demokratie in der islamischen Welt funktionieren kann. Gegenwärtig ist das bekannteste Modell einer islamischen Gesellschaft das schreckliche Taliban-Regime in Afghanistan, für das die USA übrigens eine gewisse Verantwortung tragen. Helfen wir der Türkei, der Gegenpol zum Islamismus nach Taliban-Art zu werden!

Singer

Die EU muss der Türkei gegenüber ehrlich sein

Einige EU-Politiker behaupten, dass der Verhandlungsprozess der Türkei schon in sich selbst wertvoll und das letztliche Ergebnis nicht so wichtig ist. Aber das Endergebnis ist in einer Hinsicht doch sehr wichtig: Das türkische Volk und darüber hinaus die weitere Öffentlichkeit in der muslimischen Welt wird den Erfolg von Premierminister Erdogans Politik an dem simplen Kriterium messen, ob die Türkei der EU beitreten darf oder nicht. Die Türken über ihre Chance auf Vollmitgliedschaft bewusst irrezuführen ist riskant, wenn nicht unverantwortlich.

Pflüger

Reformen im Mittleren Osten brauchen eine starke Türkei, die vom Westen unterstützt wird. Die Frage ist nicht, ob die Türkei EU-Mitglied wird. Entscheidend ist, dass die Türkei als Vorbild dafür dienen kann, wie islamistische Parteien in das politische System integriert werden können.

Reiter

Eine enttäuschte Türkei hätte verheerende Nachwirkungen

Wenn wir die Türkei abweisen, schafft die EU sich einen zurückgestoßenen, enttäuschten Nachbarn. Kein islamisches Land war der EU je so nah wie die Türkei jetzt. Die Türken zu enttäuschen und sie in einen Hass auf die EU zu treiben wird verheerende Nachwirkungen für die gesamte muslimische Welt haben.

von Weizsäcker

Zum Abschluss unseres Gesprächskreises möchte ich unserem Moderator Theo Sommer für seine besondere Kombination aus strenger Disziplin und Toleranz danken. Ich möchte auch allen Teilnehmern meinen Dank aussprechen, besonders denen, die aus der Region kommen. Es ist von größter Bedeutung, dass beide Seiten des Atlantiks, die Amerikaner und Europäer, Ihnen zuhören, die Sie im Mittleren Osten leben und arbeiten. Wir haben in den letzten Tagen viel über die ungeheuer reiche, komplexe Kultur und Geschichte der Region erfahren, die uns

heute vor ebenso komplexe Herausforderungen stellt. Europa und die USA werden hier gebraucht, denke ich. Unsere Geschichte erlegt uns eine Verantwortung dafür auf, der Region beim Überwinden ihres schwierigen Erbes zu helfen, und unsere eigenen Sicherheitsinteressen lassen uns auch nicht die Wahl, uns zu distanzieren. Aber wenn wir etwas Sinnvolles beitragen wollen, müssen sie bereit sein zu lernen. Ich habe den Eindruck, dass wir alle eine Menge hier in Washington gelernt haben.

